

Sand im Getriebe 70

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter <http://sandimgetriebe.attac.at>, mail an die Redaktion: sig@attac.de

Die Krise:

historische Chance für einen echten Wandel



„Das Weltfinanzsystem löst sich mit großer Geschwindigkeit auf. Dies geschieht inmitten einer Vielzahl anderer Krisen rund um Nahrungsmittel, Klima und Energie. Dadurch wird die Macht der USA und der EU und die Macht der von ihnen dominierten globalen Institutionen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation, massiv geschwächt. Es wird nicht nur das neoliberale Paradigma in Frage gestellt, sondern die Zukunft des Kapitalismus insgesamt.

Das Chaos im Weltfinanzsystem ist so groß, dass die Regierungen im Norden Maßnahmen ergriffen haben, die progressive Kräfte seit Jahren fordern, wie zum Beispiel die Verstaatlichung von Banken.

Allerdings ist dieses Vorgehen als kurzfristige Stabilisierungsmaßnahme gedacht, und sobald der Sturm vorüber ist, wird man die Banken wahrscheinlich wieder dem Privatsektor überlassen.

Wir haben also nur ein kurzes Zeitfenster, um zu mobilisieren, damit das nicht geschieht.“

(vollständiger Text der „Peking Erklärung“ ab Seite 2)

TNI, Focus on the Global South und viele andere	Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel	2
Via Campesina	5. internationale Konferenz	4
Patrick Bond	Wir zahlen - nicht! Neuer afrikanischer Widerstand	5
Steffen Stierle	Von Lateinamerika lernen	7
Eric Toussaint	Der Internationale Währungsfonds	8
Bernd Riexinger Werner Sauerborn	Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise: Weiter so - oder Krise als Chance?	9
Stephan Krull	Der Kampf um die Zeit	12
Attac Schweiz	Die strukturelle Krise des kapitalistischen Systems	16
Attac Europa	Die Zeit ist reif: Das Casino schließen	17
Alexis Passadakis, Werner Rätz u. a.	Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?	21

	Weitere Initiativen	22
J.-M. Harribey	Wer wird die Krise bezahlen?	23
Michel Husson	Die Finanzeinkommen in die Zange nehmen!	24
G20 gegen G Welt		
	Globaler Aufruf für eine Neue Weltwirtschaftsordnung	25
	Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO!	26
	Attac Frankreich /Attac Österreich zum G20-Gipfel	27
Alexis Passadakis	Karten neu mischen	28
Jean-M. Harribey	Eine Eins plus für die G20!	28
Hugo Braun	Erfolg vom Europäischen Sozialforum	29
Karin Baumert	Reclaim the City - Bericht vom ESF	29
Jürgen Wagner	Kriegsbündnis NATO	31
Tobias Pflüger	Obama: Friedenspolitisch leider wenig Anlass zu Optimismus	35
Tucholsky	Die freie Wirtschaft	36
DGB	Aufruf zur Demonstration	36

Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel

100 soziale Bewegungen und NGOs plädieren in einer ersten Stellungnahme
für ein Programm für radikalen wirtschaftlichen Umbau. Peking, 15. Oktober 2008

Präambel

Das *Transnational Institute* und *Focus on the Global South* nutzten das Asia-Europe People's Forum, zu dem viele Vertreter sozialer Bewegungen in Peking zusammengekommen waren, um vom 13. bis 15. Oktober mehrere informelle Nachtsitzungen abzuhalten. Dabei haben wir uns darüber ausgetauscht, was die Ausweitung der weltweiten Wirtschaftskrise bedeutet, und dass sie für uns Gelegenheit bietet, einige der ermutigenden und realisierbaren Alternativen in die Öffentlichkeit zu tragen, an denen viele von uns seit Jahrzehnten arbeiten. Diese Erklärung ist das gemeinsam erarbeitete Ergebnis dieser Pekinger Nächte. Wir ErstunterzeichnerInnen verstehen sie als einen ersten Beitrag und als Versuch, Vorschläge zu formulieren, die unseren Bewegungen als Grundlage für eine radikal andere politische und wirtschaftliche Ordnung dienen können.

Die Krise

Das Weltfinanzsystem löst sich mit großer Geschwindigkeit auf. Dies geschieht inmitten einer Vielzahl anderer Krisen rund um Nahrungsmittel, Klima und Energie. Dadurch wird die Macht der USA und der EU und die Macht der von ihnen dominierten globalen Institutionen wie Internationaler

Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation, massiv geschwächt. Es wird nicht nur das neoliberale Paradigma in Frage gestellt, sondern die Zukunft des Kapitalismus insgesamt.

Das Chaos im Weltfinanzsystem ist so groß, dass die Regierungen im Norden Maßnahmen ergriffen haben, die progressive Kräfte seit Jahren fordern, wie zum Beispiel die Verstaatlichung von Banken. Allerdings ist dieses Vorgehen als kurzfristige Stabilisierungsmaßnahme gedacht, und sobald der Sturm vorüber ist, wird man die Banken wahrscheinlich wieder dem Privatsektor überlassen. Wir haben also nur ein kurzes Zeitfenster, um zu mobilisieren, damit das nicht geschieht.

Herausforderung und Chance

Diese Situation einer schweren Krise ist für uns Neuland – die Auswirkungen der Finanzkrise werden hart sein. Die Bevölkerungen werden einem tiefen Unsicherheitsgefühl ausgeliefert, Elend und Not ärmerer Menschen werden überall anwachsen. Wir dürfen jetzt das Feld nicht faschistischen, rechten, populistischen und fremdenfeindlichen Kräften überlassen, die mit Sicherheit versuchen werden, aus der Angst und der Wut der Menschen Kapital für ihre reaktionären Ziele zu schlagen.

In den letzten Jahrzehnten sind kraftvolle Bewegungen gegen den Neoliberalismus entstanden. Sie werden in dem Maße wachsen, wie eine kritische Berichterstattung über die Krisen immer mehr Menschen erreicht, die jetzt schon empört darüber sind, dass öffentliche Mittel für die Behebung von Problemen zweckentfremdet werden, für die sie nicht verantwortlich sind; und die jetzt schon besorgt sind angesichts der ökologischen Krise und steigender Preise, vor allem bei Nahrungsmitteln und Energie. Diese Bewegungen werden weiter an Kraft gewinnen, wenn die Rezession ihre Zähne zeigt und die Volkswirtschaften in die Depression abrutschen.

Doch jetzt ist eine neue Offenheit für Alternativen da. Diese müssen konkret und umsetzbar sein, wenn sie die Menschen für sich gewinnen sollen. Wir haben überzeugende Alternativlösungen, die schon auf den Weg gebracht sind, und wir haben noch viele andere gute Ideen, die wir in der Vergangenheit - noch ohne Erfolg - ausprobiert haben. Im Zentrum unserer Alternativen steht das Wohlergehen der Menschen und ihres Planeten. Das bedeutet, dass es eine demokratische Kontrolle über die Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen geben muss. Das ist sozusagen der rote Faden, der sich durch diesen Katalog von Vorschlägen zieht.

Vorschläge zur Debatte, zur Weiterentwicklung und für konkretes Handeln

Finanzwesen

- Banken umfassend vergesellschaften, nicht nur faule Vermögenswerte verstaatlichen.
- Bankinstitutionen schaffen, die in der Bevölkerung verankert sind und bestehende basisnahe Ausleihsysteme stärken, die auf Gegenseitigkeit und Solidarität beruhen.
- systematische, volle Transparenz im Finanzsystem schaffen durch die Offenlegung der Bücher für die Öffentlichkeit, gewährleistet durch Bürgerbewegungen und Arbeitnehmerorganisationen.
- das bestehende Bankensystem unter die Aufsicht von Parlamenten und Bürgern stellen.
- bei der Vergabe von Krediten auch zu kommerziellen Zwecken systematisch soziale (inkl. Arbeitsbedingungen) und ökologische Kriterien anlegen.
- minimal verzinsliche Kredite für soziale und ökologische Zwecke und zur Stärkung

der derzeit schon wachsenden sozialen Wirtschaft müssen Priorität haben.

- Umbau der Zentralbanken nach demokratisch festgelegten sozialen, ökologischen und expansionsorientierten (d.h. rezessionshemmenden) Kriterien zu Institutionen, die der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig sind.
- Schutz für die Geldüberweisungen von Migranten an ihre Familien und gesetzlich festzulegende Einschränkung von Gebühren und Steuern auf solche Transferzahlungen.

Steuern

- Schließung aller Steuerparadiese.
- Abschaffung der Steuererleichterungen für fossile Brennstoffe und Kernenergie-Unternehmen.
- Anwendung deutlich progressiver Steuertarife.
- Einführung eines internationalen Steuersystems, um Transfer Pricing (gezielte Preisgestaltung eines Konzerns mit dem

Ziel der Steuervermeidung) und Steuerhinterziehung einen Riegel vorzuschieben.

- Einführung einer Abgabe auf die Gewinne verstaatlichter Banken zum Aufbau von Bürgerfonds' (s. unten).
- Einführung ausgeprägt progressiver CO₂-Besteuerung für alle diejenigen mit den größten CO₂-Fußabdrücken
- Kontrolle der spekulativen Finanzgeschäfte, z.B. über eine Tobin Tax.
- Wiedereinführung von Zöllen und Abgaben auf Luxusgüter und auf Waren, die im Inland schon produziert werden: so wird das Finanzaufkommen des Staates gestärkt und gleichzeitig die einheimische Produktion gefördert, was eine Senkung des weltweiten CO₂-Ausstoßes bewirkt.

Öffentliche Ausgaben und Investitionen

- Militärausgaben radikal kürzen.
- Öffentliche Ausgaben umschichten: weg von der Schuldenbefreiung von Bankern, hin zur Sicherung von Grundeinkommen

und Daseinsvorsorge und zur Bereitstellung sozialer Grundleistungen für Alle, wie: Wohnung, Wasser, Strom, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung sowie Zugang zum Internet und zu anderen Strukturen der öffentlichen Kommunikation.

- Bürgerfonds (s. oben) zur Unterstützung besonders armer Gruppen einsetzen.
- Menschen, die wegen der versäumten Zahlung von Hypothekenraten ihr Haus zu verlieren drohen, müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Zahlungsbedingungen neu auszuhandeln.
- Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stoppen.
- Zur Stärkung der Beschäftigung öffentliche Unternehmen schaffen, die unter der Aufsicht von Parlamenten, lokalen Gemeinschaften bzw. Beschäftigten stehen.
- Leistungsfähigkeit öffentlicher Unternehmen durch die Demokratisierung der Betriebsführung verbessern – Manager des öffentlichen Dienstes, Mitarbeiter, Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen dabei unterstützen, in diesem Sinne zusammenzuarbeiten.
- Einführung partizipativer Haushaltsgestaltung im Bereich der öffentlichen Finanzen auf allen machbaren Ebenen.
- Massive Investitionen in verbesserte Energieeffizienz, umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel, erneuerbare Energien und in die Behebung ökologischer Schäden.
- Preiskontrolle oder -subventionierung für lebenswichtige Konsumgüter.

Internationaler Handel und Finanzen

- Einführung eines weltweiten Verbots von Leerverkäufen auf Aktien und andere Anteile.
- Verbot des Handels mit Derivaten
- Spekulationsverbot auf Grundnah-rungsmittel
- Streichung der Schulden aller Entwicklungsländer. Diese Schulden steigen, weil durch die Krise die Währungen der Länder des Südens fallen.
- Die Forderung der Vereinten Nationen unterstützen, in die Gespräche über die Lösung der Krise eingebunden zu werden, die die Volkswirtschaften des Südens sehr viel härter treffen wird als bisher zugegeben wird.
- Weltbank, Internationalen Währungs-fonds und Welthandelsorganisation schrittweise abschaffen.
- US-Dollar als internationale Reserve-währung auslaufen lassen.
- Eine basisnahe Untersuchungskommission einberufen, welche die notwendigen Mechanismen für ein gerechtes internationales Währungssystem formuliert.
- Dafür sorgen, dass Hilfsleistungen nicht infolge der Krise reduziert werden.
- Abschaffung der Auflagen für die Entwicklungshilfe.
- Abschaffung neoliberaler Auflagen bei Hilfsmaßnahmen

- Überwinden des Paradigmas der exportorientierten Entwicklung; stattdessen Neu- bzw. Wiederausrichtung nachhaltiger Entwicklung auf die Produktion für den lokalen und regionalen Markt.
- Anreize für Produkte setzen, die zum ortsnahen Verkauf auf dem einheimischen Markt bestimmt sind.
- Einstellung aller Verhandlungen für bilaterale Freihandelsabkommen und wirtschaftliche Partnerschaften.
- Förderung von Zusammenschlüssen für regionale Wirtschaftszusammenarbeit wie UNASUR, die Bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA), das Handelsabkommen der Völker (Tratado de Comercio de los Pueblos TCP), die echte Entwicklung und die Beseitigung der Armut voranbringen.

Umwelt

- Einführung eines internationalen Entgeltsystems für Länder, die im Interesse des globalen Klimaschutzes auf die Ausbeutung fossiler Brennstoffe verzichten, im Sinne des ecuadorianischen Vorschlags.
- Entschädigungszahlungen an die Länder des Südens für die vom Norden verursachten ökologischen Schäden, um die Völker des Südens dabei zu unterstützen, den Klimawandel und andere ökologische Katastrophen zu bewältigen.
- Strenge Anwendung des Vorsorgeprinzips im Sinne der UN-Erklärung über das Recht auf Entwicklung; es muss Bedingung für alle Entwicklungs- und Umweltprojekte werden.
- keine weiteren Kredite für Projekte des so genannten „Mechanismus für saubere Entwicklung“ im Rahmen des Kyoto-Protokolls, die umweltschädlich sind, wie zum Beispiel der Anbau von Eukalyptus, Soja und Palmöl in Monokultur.
- Entwicklungsstopp für Emissionshandel und andere ökologisch kontraproduktive technische Pseudolösungen („TechnoFix“-Konzepte) wie CO₂-Abtrennung und -Endlagerung, Agrartreibstoffe, Kernkraft und „saubere Kohle“.
- Entwicklung von Strategien zur radikalen Drosselung des Konsums in den reichen Ländern, bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Entwicklung in ärmeren Ländern.
- Einführung demokratischen Managements für alle internationalen Finanzierungsinstrumente zur Bekämpfung des Klimawandels, unter starker Beteiligung der Länder des Südens und der Zivilgesellschaft.

Landwirtschaft und Industrie

- Abwendung vom schädlichen Paradigma der industriezentrierten Entwicklung, das dazu führt, dass der ländliche Raum ausgepreßt wird, um die notwendigen Ressourcen für Industrialisierung und Verstärkung zur Verfügung zu stellen.

- Förderung landwirtschaftlicher Strategien, die auf Nahrungsmittelsicherheit, Ernährungssouveränität und nachhaltigen Landbau setzen.
- Unterstützung von Bodenreformen und anderen Maßnahmen, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern und ländliche und indigene Gemeinschaften unterstützen.
- Ausbreitung sozial und ökologisch zerstörerischer Monokultur-Unternehmen stoppen.
- Reformen des Arbeitsrechts stoppen, die auf die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Lockerung von Kündigungsvorschriften oder die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten abzielen.
- Schaffung sicherer Arbeitsplätze durch das Verbot prekärer Billigarbeit.
- Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren – als grundlegendes Prinzip und auch um die kommende Rezession aufzufangen, indem die Kaufkraft der Arbeitnehmer gestärkt wird.
- Die Rechte von Arbeitsemigranten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schützen und für ihre sichere Rückkehr und Wiedereingliederung in die Heimatländer sorgen. Die Menschen, die nicht zurückkehren können, dürfen nicht dazu gezwungen werden; ihre Sicherheit soll gewährleistet sein, und sie sollten Beschäftigung oder ein minimales Grundeinkommen erhalten.

Schlußbemerkung

All dies sind praktische, konkrete, vernünftige Vorschläge. Einige entsprechen Initiativen, die schon im Gang sind und sich bewährt haben. Ihre Erfolge müssen öffentlich und einem breiten Publikum bekannt gemacht werden, damit sie Nachahmung finden. Andere Vorschläge werden sich kaum einfach aufgrund ihrer objektiven Vorzüge verwirklichen lassen. Politischer Wille ist gefragt. Implizit ist damit jeder Vorschlag ein Aufruf zum Handeln.

Dieses Dokument ist als lebendige Arbeitsgrundlage zu verstehen, die von uns allen weiter entwickelt und ausgearbeitet werden kann und soll.

Bitte unterschreiben Sie die Erklärung.

Eine nächste Gelegenheit, gemeinsam an den Maßnahmen zu arbeiten, die notwendig sind, um diese und andere Ideen Wirklichkeit werden zu lassen, wird das Weltsozialforum in Belem in Brasilien Ende Januar 2009 bieten.

Wir haben die Erfahrung und die Ideen – wir sollten die derzeit herrschende Unordnung als Herausforderung und Anstoß sehen und den Schwung nutzen, um eine echte Alternative auf den Weg zu bringen!

<http://casinocrash.org/?p=235#more-235>
Von 100 Organisationen unterschrieben:
Liste auf der nächsten Seite
Übersetzung: www.coorditrad.attac.org

Unterschriften (Stand am 27.11.08):

Organisations:

Transnational Institute, Netherlands
Focus on the Global South
Red Pepper magazine, United Kingdom
Institute for Global Research and Social Movements, Russia
Ecologistas en Acción, Spain
JS - Asia/Pacific Movement on Debt and Development (JS APMDD), Asia
RESPECT Network Europe, Europe
Commission for Filipino Migrant Workers (CFMW), Netherlands
The Movement for a Just World, Malaysia
Nord-Sud XXI, Switzerland
Europe Solidaire Sans Frontières (ESSF), France
Indian Social Action Forum (INSAF), Inadi
Movimiento Madre Tierra, Honduras
Asian Bridge, South Korea/ Philippines
Center for Encounter and Active Non-Violence, Austria
The Alliance of Progressive Labor (APL)
Pakistan Institute of Labour Education and Research (PILER), Pakistan
Pambansang Katipunan ng Makabayang Magbubukid-PKMM (National Federation of Patriotic Peasant), Philippines
Proresibong Alyansa ng mga Mangingisda-PANGISDA (Progressive Alliance of Fisher), Philippines
WomanHealth, Philippines
Kilusan para sa Pambansang Demokrasya (KPD), Philippines
Fisherfolk Movement Philippines
Democratic Socialist Perspective, Australia
Resistance & Alternative, Mauritius
Observatori del Deute en la Globalització, Spain
African Journalists on Trade and Development
Centre for Education and Communication (CEC), India
EQUATIONS, India
ESK-Basque Land, Basque Country
Common Frontiers, Canada
Alab-Katipunan, Philippines
Finnish Asiatic Society, Finland

Alab-Katipunan, Philippines
Finnish Asiatic Society, Finland
Red Constantino, Philippines
Intercultural Resources, India
Women's March Against Poverty and Globalization (WELGA)
FDC Women's Committee
Bharatiya Krishak Samaj (Indian farmers organization)
Peace for All International Development Organization, Canada/Uganda
Foundation for Media Alternatives, Philippines
The Philippine Rural Reconstruction Movement, Philippines
The Freedom from Debt Coalition-Iloilo, Philippines
Jubilee Eastern Cape, South Africa
SdL intercategoriale, Italy
Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humanos, Argentina
APRODEH (Asociacion Pro Derechos Humanos), Peru
Attac Spain
HealthWrights, Workgroup for People's Health and Rights, US
Ander Europa, Netherlands
Enlightening Indonesia, Indonesia
SolidaritéS, Switzerland
ATTAC Hungary
AITEC (Association Internationale de Techniciens, Experts et Chercheurs), France
Red Venezolana Contra la Deuda/CADTM Venezuela
Movimiento Unido Socialista Haitiano por el ALBA (MOUSHA), Venezuela
IPIAT (Instituto para la Investigación de la Agricultura Tropical), Venezuela
ECOPEACE Party South Africa
Jubilee Kansai Network, Japan
Ecuador Decide, Ecuador
ATTAC Japan
Transnationals Information Exchange (TIE) – Netherlands
Popular Education for Peoples' Empowerment, Philippines
International Gender and Trade Network, Brazil
Committee for the Abolition of Third World Debt (CADTM), Belgium

ATTAC Morocco
ATTAC-Denmark
Friends of the Earth Finland
European Left Party Network, UK
Center for the Study of Democratic Societies, USA
European SocialForum Activists News Agency.
Cymru Europa Press (Social Forum Cymru/Wales), UK
Initiative Colibri/Germany
Sudptt (SOLIDAIRES) Attac 44 France
International Debt Observatory, Belgium
Ligue communiste révolutionnaire (LCR), France
Attac France
Anti Debt Coalition (KAU), Indonesia
Africa Europe Faith and Justice Network
The Corner House, UK
Climate and Capitalism (Canada)
BanglaPraxis, Bangladesh
Centro Studi Monetari, Italy
The Network Institute for Global Democratization (NIGD), France
Project SafeCom
Justice and Peace Commission, Mexico
Theater of the Oppressed Laboratory (TOPLAB), US
Grassroots Policy Project, US
Habitat Net, Germany
Metta Center for Nonviolent Education, US
Legal Rights and Natural Resources Center (LRC/Friends of the Earth), Philippines
PODER, A.C.
ATTAC-Québec
Foundation for Gaia, UK
Alianza Social Continental, Americas
Red Colombiana de Acción Frente al Libre Comercio-RECALCA, Colombia
World Development Movement, UK
Confederación Latinoamericana de Cooperativas y Mutuales de Trabajadores - COLACOT
Fundacion Solon, Bolivia
War on Want, UK

Einzelpersonen: Liste unter
<http://casinocrash.org/?p=235>

5. Internationale Via Campesina Konferenz von 16.-23. Oktober 2008 in Maputo, Mocambique La Via Campesina gibt Antworten auf weltweite Krisen.

Die internationale Konferenz der globalen Kleinbauern- und Landlosenbewegung La Via Campesina versammelte vom 16. bis 13. Oktober 2008 in Maputo, Mosambik, 550 Delegierte aus 57 Ländern Afrikas, Asiens, Europas und Amerikas. Die Konferenz ist das höchste Entscheidungsgremium von La Via Campesina und findet alle 4 Jahre statt. Jede Region entsendet eine Delegation, die geschlechterparitätisch zusammengesetzt sein muss und zu mindestens einem Drittel aus jungen Leuten be-

steht. Aus Europa nahmen 40 Personen teil. *"Privatisierung von Land, Wasser und Saatgut, die Kontrolle des Lebensmittelsektors durch einige wenige transnationale Konzerne und die Freihandelsabkommen sind die größten Bedrohungen für Bauern und Bäuerinnen weltweit, da waren sich die Delegierten einig"*, berichtet Heike Schieb- eck, die für die ÖBV - Via Campesina Austria in Maputo war. *"Mit ökologischer und relokalisierter Lebensmittelproduktion können wir die gesamte Menschheit ausrei-*

chend und gesund ernähren. Durch Vermeidung von weiten Transporten, Monokulturen, Gentechnik und Pestizideinsatz würden 40 % der Treibhausgas-Emissionen eingespart. Unser Konzept der Ernährungs-Souveränität gibt also Antworten auf Klima-, Energie-, Umwelt- und Lebensmittelkrisen." Die Via-Campesina-Konferenz beschloss die Kampagne "Schluss mit Gewalt gegen Frauen" und nahm 41 neue Mitgliedsorganisationen auf.

<http://www.viacampesina.at/cms/aktuelles/la-via-campesina-gibt-antworten-auf-weltweite-krisen.html>

Besonders lesenswert (auf Englisch) : Die „Maputo-Erklärung“ von Via Campesina

http://www.viacampesina.org/main_en/index.php?option=com_content&task=view&id=623&Itemid=70

Patrick Bond Wir zahlen - nicht!

Neuer afrikanischer Widerstand gegen das globale Finanzsystem

Derzeit ist eine strategische Debatte darüber im Gange, wie auf die weltweite Finanzkrise reagiert werden kann und wie die Probleme der nördlichen Hemisphäre in eine breiter angelegte Kapitalismuskritik eingebunden werden können. Der weltweite Finanzkollaps des Jahres 2008 hat seine Wurzeln im neoliberalen Exportmodell. Dieses Modell ist in Afrika seit dem Beginn der Struktur Anpassungen in den frühen 1980er Jahren das vorherrschende wirtschaftliche Leitbild. Die Wurzeln des Kollaps liegen jedoch noch viel tiefer und reichen bis in die vergangenen 35 Jahre zurück, in denen das weltweite kapitalistische System von Stagnation und Unbeständigkeit geprägt war.

Afrika hat schon immer unter einem unverhältnismäßig starken Druck der Weltwirtschaft gelitten. Dies gilt vor allem für die Schulden und den Abfluss von Finanzmitteln. Diejenigen afrikanischen Länder jedoch, die sich im neoliberalen Zeitalter übermäßig stark den weltweiten Finanzbewegungen ausgesetzt haben, haben nun auch auf besonders schwerwiegende Weise unter dem Finanzkollaps gelitten. In Südafrika, der größten Volkswirtschaft des afrikanischen Kontinents, hat Finanzminister Trevor Manuel die Devisenkontrollen stetig abgebaut. Außerdem ist in seiner Amtszeit das Leistungsbilanzdefizit stark angestiegen: Es ist mittlerweile das zweitgrößte der Welt. Dies liegt vor allem am stetigen Abfluss von Gewinnen und Dividenden von Unternehmen, die seit den 1990er Jahren nicht mehr in Johannesburg notiert waren, sondern an Börsen in den USA, Großbritannien oder Australien.

In der ersten Oktoberwoche brach der Aktienmarkt Südafrikas um zehn Prozent ein. Die Währung büßte neun Prozent ein. In der zweiten und dritten Woche folgte ein weiterer Rückgang um jeweils zehn Prozent. Der spekulative Immobilienmarkt Südafrikas hatte zuvor bereits einen Einbruch erlebt, der in Zukunft ähnlich stark wie in den anderen schwer getroffenen Immobilienmärkten, beispielsweise in den USA, Dänemark oder Irland, ausfallen könnte. Der Grund dafür lag darin, dass die Hauspreise um die Jahrtausendwende in Südafrika sogar stärker als in den genannten, sich casinoartig gebärdenden Märkten in die Höhe geschneit waren. So stiegen die Preise zwischen 1997-2004 um 200 Prozent, verglichen mit 60 Prozent in den USA.

Südafrika: Preisanstieg um 200 Prozent

Dieser Marktzusammenbruch führte zu einer Delegitimierung der von den Regierungen Nelson Mandela und Thabo Mbeki (unter der Ägide von Finanzminister Manuel) zwischen 1994 und 2008 durchgeführten Philosophie der wirtschaftlichen Liberalisierung. Der dramatische Abschied Mbekis im September ist teilweise darauf zurückzuführen, dass seit 1994 Ungleichheit und Arbeitslosigkeit erheblich zugenommen haben, was wiederum zu massiven sozialen Protesten geführt hat. Manuel trat am vorletzten Tag der Regierung Mbeki zurück und verfasste aus diesem Anlass ein Solidaritätsschreiben. Als dieses Schreiben von Mbeki am 23. September veröffentlicht wurde, brachen die Aktien- und Devisenmärkte innerhalb von einer Stunde um sechs Milliarden US-Dollar ein. Auf Grund des Absturzes der Kurse musste Übergangspräsident Kgalema Motlanthe sofort nach seinem Amtsantritt Finanzminister Manuel mit großen Fanfaren wiederernennen.

In den USA und Europa folgte bald darauf der Finanzkollaps. Dabei zeigten sich immer stärker die Vorteile der verbliebenen Reste der südafrikanischen Kapitalverkehrskontrolle, die eine ausreichend hohe Liquidität im Finanzsystem einschließt. Ein weiterer rettender Faktor bestand darin, dass viele der "exotischen" Finanzprodukte verboten worden waren.

Im restlichen Afrika bieten sich nun ähnliche Chancen, die Orthodoxie des Finanzsystems in Frage zu stellen. Derzeit ist es für die VertreterInnen des Internationalen Währungsfonds (IWF), welcher den stärksten äußeren Einfluss auf die afrikanische Wirtschaftspolitik ausübt, praktisch unmöglich, die Eliten mit einer gewissen Glaubwürdigkeit zu beraten. Schließlich behauptete der "Global Financial Stability Report" des IWF noch im September 2006, dass das weltweite Finanzsystem "ungewöhnlich geringe Marktschwankungen" aufweise. Weiter hieß es dort, dass das weltweite Wirtschaftswachstum "zunehmend ausgeglichen vonstatten gehe und es somit eine solide Grundlage für die Finanzmärkte bilde". Was den wachsenden Markt für Kreditderivate zum Handel mit Ausfallrisiken betraf (ein Kartenhaus im Wert von 56 Billionen US-Dollar, das den Zusammenbruch einer ganzen Reihe von Banken auslöste), so gab sich der IWF gänzlich unbesorgt, weil "der Anstieg der Aufschläge auf Kreditderivate zum Handel mit Ausfallrisiken in den entwickel-

ten Märkten nur allmählich vonstatten geht und gering ausfällt."

Der IWF verkündet seitdem immer wieder die Vorteile von Liberalisierung und wachsenden finanziellen Zuflüssen nach Afrika. Das betrifft vor allem die Wertpapierfinanzierung, das heißt kurzfristiges, "heißes" Geld in Form von durch Unternehmen und Regierungen in lokalen Währungen ausgestellten Aktien und Wertpapieren, die jedoch leicht in andere Währungen konvertierbar sind. Dieses "heiße Geld" - letztlich spekulative Finanzmittel privatwirtschaftlicher Investoren - floss vor allem in die südafrikanische Aktienbörse, in geringerem Maße aber auch in die Aktienmärkte von Ghana, Kenia, Gabun, Togo und den Seychellen.

Der Abfluss finanzieller Mittel hält allerdings in hohem Tempo unvermindert an. Ein von Leonce Ndikumana von der Economic Commission for Africa und James Boyce von der Universität von Massachusetts verfasster Bericht über Kapitalflucht zeigt, dass auf Grund von Korruption und Aufhebung der Devisenkontrollen in den meisten afrikanischen Ländern die geschätzte Kapitalflucht aus 40 afrikanischen Ländern südlich der Sahara zwischen 1970 und 2004 mindestens 420 Milliarden US-Dollar betrug. Im Vergleich dazu hatten im Jahre 2004 die selben Länder Auslandsschulden in Höhe von 227 Milliarden US-Dollar. Aber was bedeutet dies für afrikanische SchuldnerInnen im Jahre 2008? Nach Meinung des IWF haben sich die "Aussichten für eine Tragbarkeit der Verschuldung" der ärmeren afrikanischen Länder "deutlich verbessert; 21 von 34 Länder wurden Ende 2007 (...) als Länder mit einem niedrigen oder moderaten Risiko für einen Zahlungsverzug bewertet." Das Londoner Forschungsinstitut "Jubilee Research" kommt zu anderen Ergebnissen. Selbst auf der Basis der derzeit existierenden Konzepte für den Schuldenerlass benötigten noch 47 Länder einen zusätzlichen 100-prozentigen Schuldenerlass, und weitere 34 bis 58 Länder einen teilweisen Erlass, damit sich der Schuldendienst nicht mehr gravierend auf die grundlegenden Menschenrechte auswirkt.

Einige afrikanische Länder sehen die Lösung in einer alternativen Finanzierung mit harter Währung. China beispielsweise gewährt einigen der autoritärsten Regierungen Afrikas Kredite ohne jede Bedingung. Etwas hoffnungsvoller ist die Überlegung Venezuelas, einen Vorschlag zur Ersetzung

und Ablösung des IWF zu unterbreiten, ähnlich wie dies 2006 in Argentinien geschehen ist. In diesem Fall erschiene es sogar möglich, dem Währungsfonds die Kredite frühzeitig zurückzuzahlen oder sogar die Zahlungen ganz einzustellen.

Der IWF hat ein eklatantes Glaubwürdigkeitsproblem

In anderen afrikanischen Ländern haben sich progressive soziale Bewegungen für eine Verweigerung der Schuldzahlung ausgesprochen. Für die Einführung einer linken alternativen afrikanischen Finanzierungsstrategie ist der von der Basis ausgeübte Druck von wesentlicher Bedeutung. Dazu müssen zwei Arten von Zivilgesellschaft gestärkt und koordiniert werden, und sie müssen zunehmend militant auftreten: Einerseits geht es um die "gemäßigten" Kräfte, die sich mit dem Thema Schuldenerlass beschäftigen und ihre Basis in international vernetzten NGOs haben. Diese Kräfte haben in der Vergangenheit selten oder nie eine auf Störungen oder Blockaden ausgerichtete Taktik benutzt. Auf der anderen Seite geht es um die Kräfte, die mit kurzfristig durchgeführten "Anti-IWF-Riots" auf das System reagieren.

Die Anti-IWF-Riots, die in den 1980-90ern mehrere afrikanische Länder erschütterten, speisten sich häufig aus einem Ausbruch aufgetauter Wut und hatten den Effekt, dass einige Regierungen nicht mehr so fest im Sattel saßen. Der Sturz von Präsident Kenneth Kaunda in Sambia wurde beispielsweise durch solche Proteste ausgelöst. Sein 1991 an die Macht gekommener Nachfolger, der ehemalige Gewerkschafter Frederick Chiluba, setzte jedoch noch härtere IWF-Maßnahmen durch. Die meisten dieser gegen den IWF gerichteten Proteste konnten nicht durchgehalten werden. Die am Thema Schuldenerlass orientierten Organisationen sind jedoch mittlerweile immer stärker vernetzt. Dies ist vor allem ein Ergebnis der 2005 durchgeführten Kampagne "Global Call to Action against Poverty" ("Deine Stimme gegen Armut"), die durch Appelle an die nationalen afrikanischen Eliten und einen naiven Appell an das G8-Treffen im schottischen Gleneagles (letztlich gescheiterte) Strategien zur Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele entwickelte.

Seitdem haben sich die AktivistInnen immer enger vernetzt und an Substanz gewonnen. Dazu trugen vor allem zwei Ereignisse in Nairobi bei: das Weltsozialforum im Januar 2007 und die Gründung afrikanischer Sekti-

onen des Netzwerks *Jubilee South* im August 2008. Möglicherweise werden diese Netzwerke zur erfolglosen Strategie der "reformistischen Reformen" im Stile der Kampagne "Deine Stimme gegen Armut" zurückkehren und in dem Moment an Einfluss verlieren, in dem sie kleine und unwesentliche Veränderungen erreichten. Andererseits könnten die Netzwerke sich der Herausforderung von "nicht reformistischen Reformen" stellen, indem sie Orte ausfindig machen, an denen die Logik des Finanzsystems auf den Kopf gestellt werden kann. Das eindrucksvollste Beispiel dafür ist wohl die südafrikanische Kampagne zum Boykott von Schuldverschreibungen in den frühen 1990er Jahren, bei der sich AktivistInnen aus Dutzenden von Townships solidarisch unterstützten. Die einzig vernünftige Reaktion bestand damals darin, sich kollektiv zu weigern, die hypothekarisch gesicherten Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Dieses Vorgehen war bereits ein Vorgeschmack auf die zwischen 1995 und 1996 von über einer Million MexikanerInnen verfolgte Strategie der Kampagne "El Barzon" (spanisch für "Joch"). Die Leute waren damals in eine Art Schuldknechtschaft geraten, als die Zinssätze Anfang des Jahres 1995 innerhalb von wenigen Tagen von 14 auf 120 Prozent stiegen. Sie sagten schlicht: "Ich kann nicht zahlen, und ich werde nicht zahlen." Dieser Slogan war Anfang 2002 auch in Argentinien zu hören, nachdem durch weit verbreitete Proteste in einer einzigen Woche vier Präsidenten aus dem Amt gejagt worden waren. Der anhaltende Druck von der Straße zwang die Regierung, Zahlungen auf 140 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden einzustellen, um die Auszahlung von Sozialausgaben zumindest teilweise aufrechtzuerhalten. Dies war die größte Insolvenz eines Staates aller Zeiten.

Stattdessen möchten die globalen Eliten im November in New York und Washington die Finanzarchitektur der Welt neu gestalten. Eine Idee besteht darin, ein paar Vermittler-Regimes, China, Indien, Brasilien und Südafrika, aus Legitimitätsgründen (und wegen des Zugangs zu umfangreichen Dollarreserven) den G8-Staaten hinzuzufügen. AktivistInnen sollten sich überlegen, ob sie diese Veranstaltung nicht in ein "Seattle" verwandeln. Schließlich waren afrikanische soziale Bewegungen und ein paar patriotische afrikanische Handelsminister vor neun Jahren beim Gipfel der Welthandelsorganisation in Seattle nicht nur anwesend, sondern sie trugen maßgeblich zum Scheitern des Gipfels bei.

Eine große Gefahr für die Zivilgesellschaft bestünde in der Akzeptanz einer von der UN gesponserten Veranstaltung zur Durchführung reformistischer Reformen. Die 2002 in Monterrey in Mexiko durchgeführte UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung hat den Finanzen der südlichen Halbkugel erheblichen Schaden zugefügt. Wesentliche Berater dieser Konferenz waren damals Michel Camdessus (der ehemalige geschäftsführende IWF-Direktor) und Trevor Manuel. Manuel ist derzeit für einen hohen IWF-Posten im Gespräch.

New York zu Seattle machen: Weltfinanzgipfel im November

Auch im eigenen Land kann gegen das globale Finanzsystem vorgegangen werden. Der Ansporn dazu kann von weitsichtigen zivilgesellschaftlichen AktivistInnen kommen, beispielsweise denjenigen, die vom Norden Entschädigungszahlungen für Apartheid, Kolonialismus, Sklaverei und "ökologische Schulden" fordern. Afrika muss erneut nationale Devisen- und Einfuhrkontrollen verhängen, wie dies in den vergangenen Jahren erfolgreich von Malaysia, Chile und Venezuela durchgeführt wurde.

Derzeit purzeln die Rohstoffpreise von ihren spekulationsbedingten Höhen der finanziellen Blase der Jahre 2002 bis 2007, und die Handelsabkommen mit dem Norden werden als eindeutig nachteilig enthüllt. Das Handelsfinanzsystem gerät zunehmend in Schwierigkeiten, weil die Banken sich aus Misstrauen gegenseitig kein Geld mehr leihen. Der Zufluss von "heißem Geld" versiegt immer mehr; außerdem tun sich neue Quellen für harte Währungen auf. In dieser Situation werden die Argumente für eine Strategie der "Abkoppelung", wie es der größte afrikanische politische Ökonom, Samir Amin, formuliert hat, immer zwin-

gender. Dieser Prozess hat bereits begonnen, und ein großer Teil des Danks dafür gebührt der Zivilgesellschaft für ihr Engagement.

Übersetzung: Edward Viesel

Der Artikel erschien im MRZine, dem Online-Magazin der Monthly Review unter www.monthlyreview.org/mrzine/bond251008.html und wurde von Edward Viesel übersetzt und redaktionell gekürzt.

ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 533 / 21.11.2008

Internationale Konferenz in Quito über die illegitime Schulden: <http://www.cadm.org//spip.php?article3734>

Steffen Stierle

Von Lateinamerika lernen - auch im Umgang mit der Finanzmarktkrise

Die Finanzmarktkrise geht auch an Lateinamerika nicht spurlos vorbei. Zwar trifft sie diese Länder nicht ganz so hart, weil "innovative" Finanzinstrumente in der Vergangenheit keine so große Rolle spielten und Kapitalverkehrskontrollen bereits existieren..

Die lateinamerikanische Realwirtschaft ist trotzdem stark betroffen. Dies liegt unter anderem an den Kursverlusten von Rohstoffen wie Erdöl und Kupfer. Darüber hinaus besteht sowohl auf dem Binnenmarkt als auch in den Exportsektoren ein teilweise sehr heftiger Nachfragerückgang. Der Rückgang der Inlandsnachfrage trifft insb. Länder mit weitreichend privatisierten Sozialversicherungssystemen. Ein Beispiel dafür ist Chile, dessen Altersvorsorgesystem als Erblast der Ära Pinochet sehr spekulationslastig gestaltet ist. Zahlreiche AnlegerInnen beklagen nun Wertverluste ihrer Fonds von bis zu 30 %.

Doch auch im Umgang mit der Krise gibt es einige bemerkenswerte Unterschiede zwischen Lateinamerika und Europa. Führende ÖkonomInnen Lateinamerikas kritisieren am europäischen und nordamerikanischen Krisenmanagement die Absicht, die Kosten der Krise auf die Weltbevölkerung umzuverteilen.

Die Krise ist in den Finanzzentren des globalen Nordens entstanden. Die VerursacherInnen haben nun auch die Kosten zu tragen. Von dieser Denkrichtung sind einige fortschrittliche Maßnahmen geprägt, die in Lateinamerika auf internationaler Ebene diskutiert werden.

Verstärkung der regionalen Integration

In ihren Antworten auf die Krise arbeiten die Länder Lateinamerikas eng zusammen. Ein wichtiger Bestandteil ist der weitere Ausbau von Handels- und Finanzinstitutionen, die nicht dem neoliberalen Dogma unterliegen. Dabei ist gerade die Banco del Sur (Bank des Südens) ein hoffnungsvolles Beispiel. Von ihrem Konstrukt her hat sie das Potenzial, eine Alternative zu IWF und Weltbank zu werden. Sie vergibt Entwicklungskredite ohne damit politische Auflagen zu verbinden, die zu Marktliberalisierungen führen und den betroffenen Volkswirtschaften neoliberale Instrumente aufdrängen. Ein weiterer Vorteil der Banco del Sur ist, dass sie sich über Einlagen der Mitgliedsstaaten finanziert, statt über die internationalen Kapitalmärkte. Dadurch ist sie um einiges krisenresistenter als vergleichbare Banken.

Kein Senken der Sozialausgaben

Die Diskussion in Lateinamerika ist vom Gedanken geprägt, dass es in einem solch kritischen Moment vor allem gilt, die Realwirtschaft und damit den Wohlstand der Bevölkerung zu schützen.

Vor diesem Hintergrund verfolgen viele Länder Lateinamerikas eine keynesianische, d.h. antizyklische Ausgabenpolitik des Staates - nicht nur in Bezug auf gefährdete Kreditinstitute.

Die Höhe der Sozialausgaben sollen während der Krise mindestens gleich gehalten werden. Staatliche Investitionen dienen in erster Linie dem Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen der Krise, also vor Arbeitslosigkeit, Inflation und Obdachlosigkeit.

Die ÖkonomInnen, die kürzlich zur "Internationalen Konferenz über Wirtschaftspolitik" in Caracas zusammen kamen, um über die Krise zu beraten, empfehlen die Einrichtung eines regionalen Fonds für soziale Notfälle. Damit soll insb. die Ernährungs- und Energiesouveränität gefördert und das zunehmende Problem der Auswanderung bekämpft werden. Der Fond soll entweder bei der Banco del Sur oder der Banco del ALBA angesiedelt werden.

Reformen im Bankensystem

Zwecks der besseren Überwachung des Bankensystems soll es in der Region umfassende und koordinierte Verstaatlichungen und Interventionen im Bankensektor geben. Dem soll ein Prinzip zu Grunde liegen, das in Ecuador inzwischen sogar Verfassungsrang hat: Private Schulden dürfen nicht verstaatlicht werden. Der damit einhergehende staatliche Einfluss im Bankensektor soll u.a. dazu genutzt werden, die Banken zu zwingen, ihre Offshore-Filialen zu schließen.

Gezielt gefördert werden soll die Einrichtung von Banken, die nicht auf Profit ausgerichtet sind, sondern sich ökologischer und humanitärer Zielgrößen verpflichtet fühlen. Damit soll vor allem auf die lokale Entwicklung positiv Einfluss genommen werden. Für Banken und andere Finanzkonzerne soll ferner auch eine Auflage in Kraft gesetzt werden, nach derer ein bestimmter Anteil der Investitionen im Inland erfolgen muss.

Vom Süden lernen

Dass Lateinamerika mit sehr fortschrittlichen Mitteln auf die Krise reagiert, mag vor dem Hintergrund der dortigen Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren nicht überraschen. Doch durch die Auswirkungen der

Krise ist auch in Europa das neoliberale Wirtschaftssystem wieder sehr grundsätzlich diskutierbar geworden.

Ein Steigern der staatlichen Ausgaben im sozialen Bereich und für Investitionen zur Unterstützung der Realwirtschaft sind auch in Europa ein sehr angemessenes Mittel um die Krise so weit wie möglich auf den Kreis ihrer VerursacherInnen zu beschränken. Doch während in Deutschland ein Paket mit einem Volumen von 500 Mrd. Euro zur Rettung von Kreditinstituten geschnürt wurde, hat das diskutierte Konjunkturprogramm gerade mal einen Umfang von 25 Mrd. Euro. Das greift deutlich zu kurz. Auch eine Art Sozialfond wäre eine sinnvolle Ergänzung der bisher realisierten und diskutierten Maßnahmen. Gespeist werden könnte dieser u.a. durch eine Sonderabgabe auf Gewinne von Banken, die auf Staatskosten vor dem Konkurs bewahrt wurden. Auch grundsätzliche Besteuerungen von Spekulationserträgen sollten für die Finanzierung des Fonds angedacht werden. Auf der Ausgabe Seite sollten in erster Linie Maßnahmen zum Schutz der Realwirtschaft und zur Unterstützung der Nachfrage von sozial schwachen Menschen stehen. Außerdem sollten günstige Kredite für kleine und mittlere Unternehmen bereit gestellt werden, die unter den Folgen der Krise auf dem Kreditmarkt leiden.

Auch über die systematische Verstaatlichung von Kreditinstituten sollte hier intensiver nachgedacht werden. Es ist keine Lösung, Banken in Krisenzeiten zu kaufen um sie anschließend wieder zu privatisieren. Banken, die vom Staat gerettet werden, sollten verstaatlicht werden und bleiben. So würden auch die europäischen Staaten Einfluss auf den Bankensektor gewinnen, den sie nutzen könnten, um Filialen in Offshore-Zentren zu schließen.

Darüber hinaus kommt in der europäischen Debatte die gezielte Förderung von nicht profitorientierten Banken viel zu kurz. Genossenschafts- und Gemeinschaftsbanken ermöglichen es, dass Gelder nicht zur Maximierung der Rendite des jeweiligen Instituts, sondern zur Förderung regionaler, sozialer und ökologischer Projekte verwendet werden. Das ist in beide Richtungen sinnvoll: Es nimmt den SpekulantInnen Einsatzkapital und damit Macht und es fördert sinnvolle, realwirtschaftliche Investitionsprojekte.

Steffen Stierle ist Mitglied des Kokreises von attac Deutschland und der AG Lateinamerika.

Interview mit Eric Toussaint

Der Internationale Währungsfonds wird die Krise zur Vergabe umfangreicher Darlehen nutzen wollen

7. November 2008

RFI (Radio France Internationale): Der IWF hat beschlossen, mehreren europäischen Ländern wie Island, die Ukraine und nun auch Ungarn beträchtliche Darlehen zu vergeben. Warum werden Ihrer Meinung nach gerade diese Länder unterstützt?

Eric Toussaint: Sie müssen zunächst einmal wissen, dass der IWF eine schwere Krise durchmacht, er ist sehr geschwächt. Im vergangenen Jahr hatte er nur noch einen bedeutenden Kunden, nämlich die Türkei. Noch vor sechs oder sieben Jahren vergab der IWF Kredite in Höhe von mehr als 100 Milliarden Dollar, während sein Darlehensbestand vor der jetzigen Krise auf ungefähr 17 Milliarden zurückgegangen ist. Der IWF wird die gegenwärtige Krise nutzen, um umfangreiche Kredite zu vergeben, denn der IWF lebt von den Darlehen, die er vergibt. Seine Geschäftstätigkeit hält er mit den Zinsen aufrecht, die er von den Schuldnerländern kassiert.

RFI: Also vergibt er seine Darlehen vorzugsweise an Länder mit größerer Zahlungskraft.

Eric T.: Stimmt, aber aufgepasst, es ist so gut wie sicher, dass der IWF seine Dienste auch den Ländern des Südens anbieten wird. Der IWF wird versuchen, trotz seiner Schwäche einer Reihe von Ländern des Südens gegenüber die Initiative wieder in die Hand zu bekommen. Sie müssen bedenken, dass in den vergangenen Jahren mehrere asiatische und lateinamerikanische Länder dem IWF ihre Darlehen vorzeitig zurückgezahlt haben. Damit hat der IWF ein Druckmittel diesen Ländern gegenüber verloren. Es ist zu erwarten, dass der IWF Afrika, Lateinamerika und Asien zur Annahme von Darlehen drängt, und zwar mit dem Argument, dass sie gerade wegen der Krise „sein“ Geld nötig haben. Dabei ist zu beachten, dass die Darlehen des IWF wegen geltender politischer Vereinbarungen mit Bedingungen verbunden sind, deren Schädlichkeit sich im Laufe der letzten zwanzig Jahre herausgestellt hat. Schädlich an diesen politischen Vereinbarungen war die von IWF und Weltbank gemeinsam an die Länder des Südens gerichtete Forderung, ihre Wirtschaft weitgehend zu „öffnen“. Die afrikanischen Länder, insbesondere deren

Bevölkerung, wissen sehr genau, dass sie von der Ernährungskrise am stärksten getroffen worden sind.

Die Hauptsorge der meisten Einwohner Afrikas war in den letzten Monaten nicht die Finanzkrise der Banken in den USA oder in Europa, sondern die Tatsache, dass die Lebensmittelpreise stark gestiegen sind. Die vom IWF und der Weltbank diktierte Politik ist für diese Preiserhöhungen direkt verantwortlich (siehe weiter unten).

RFI: Eric Toussaint, würden Sie sagen, dass sich der IWF bestimmten Ländern gegenüber entgegenkommender verhält als anderen? Zum Beispiel beim Festlegen der Bedingungen?

Eric T.: Ja natürlich. Island oder den europäischen Ländern gegenüber wird er ganz und gar nicht dieselben Bedingungen stellen. Dabei muss man bedenken, dass der IWF von den Behörden in Washington nicht verlangt hat, dass sie Ordnung in die finanziellen Verhältnisse ihres Landes bringen. Wenn es sich dagegen um die Regierung eines Landes des Südens handelt, schreckt der IWF nicht davor zurück, die wirtschaftlichen Maßnahmen durchzusetzen, die er für die angemessensten hält.

RFI: Also gibt es Ihrer Meinung nach eine Politik mit zwei verschiedenen Maßstäben?

Eric T.: Selbstverständlich, daran besteht überhaupt kein Zweifel. Übrigens liegt es ja ganz klar auf der Hand: im Internationalen Währungsfonds gibt 24 Exekutivdirektoren und von jenen 24 sind nur 2 für Afrika zuständig. Jeder der beiden afrikanischen Beamten vertritt mehr als zwanzig Länder. Bei Abstimmungen verfügen die beiden (zusammengenommen) über weniger als fünf Prozent der Stimmen. Dabei verfügen allein die Vereinigten Staaten über 17% der Stimmen, und Frankreich über knapp unter 5%. Das bedeutet, dass Frankreich bei Abstimmungen ein ebenso großes Gewicht hat wie sämtliche afrikanische Länder zusammen. Also ist es doch ganz offensichtlich, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird, das ist völlig klar. Das müsste möglichst schnell geändert werden. Eine solche Situation ist unerträglich und kann nicht länger bestehen.

RFI: Müsste nicht die Hilfe für die armen Länder neu gestaltet werden, angesichts der Tatsache, dass ein Land, das vom IWF Hilfe annimmt, als ein Land mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten gilt und bei eventuellen Darlehensgebern Misstrauen erweckt? Müsste die Hilfe an arme Länder nicht mit größerer Diskretion erfolgen?

Eric T.: Meiner Einschätzung müssten vor allem die Exportgüter der so genannten „armen Länder“ fair bezahlt werden und es dürfen keine politischen Maßnahmen mehr empfohlen werden, die den lokalen Produzenten schaden. Das meinte ich, als ich die Lebensmittelkrise erwähnte. Der IWF und die Weltbank haben den afrikanischen Ländern eingeredet, die Nahrungsmittelproduktion für den Eigenbedarf zu drosseln, obwohl gerade das die Ernährungssouveränität und -sicherheit sicherstellt, insbesondere was das Getreide angeht. Der IWF und die Weltbank haben diese Länder dazu gedrängt, mehr Tee, Bananen, Kakao usw. für den Export zu produzieren und die Ernährung ihrer Bevölkerung von Reis- und Weizenimport aus Asien und Europa abhängig zu machen. Und jetzt, wo die Getreidepreise buchstäblich explodieren, sind die afrikanischen Länder von der Lage völlig überfordert, weil es nicht mehr genügend lokale Produzenten gibt, um die Nachfrage zu befriedigen.

Wenn Sie mich also fragen: anstatt „etwas mehr Großzügigkeit“ - eine Großzügigkeit, die ich im Übrigen für fragwürdig halte - wäre meiner Meinung nach den afrikanischen Ländern gegenüber etwas mehr Gerechtigkeit angebracht.

RFI: Eric Toussaint, Vorsitzender des Ausschusses für den Schuldenerlass der Länder der Dritten Welt, vielen Dank für dieses Live-Interview aus Brüssel. Hier noch ein Hinweis auf Ihr Buch: „60 Fragen, 60 Antworten zur Verschuldung, zu dem IWF und der Weltbank,“ beim Syllepse-Verlag in Paris.

Originalartikel
<http://www.cadtm.org/spip.php?article3853>

Aus dem Französischen von Angelika Gross, ehrenamtliche Übersetzerin Coorditrad.

Zum IWF: S. auch SiG Nr. 53, „Einschränken oder Versenken?“ <http://sandimgetriebe.attac.at/4806.html>

Bernd Riexinger und Werner Sauerborn

Weiter so - oder Krise als Chance?

Diskussionsbeitrag des AK Weltwirtschaftskrise ver.di Baden Württemberg, November 2008

Hilflos, kopflos, wehrlos – so der prägende Eindruck des bisherigen Agierens bzw. Schweigens der Gewerkschaften angesichts der Krise. Wirtschaftsinteressen diktieren unangefochten die Agenda des globalen Krisenmanagements, in dem jetzt die Weichen neu gestellt werden. Gewerkschaften spielen auf dieser Bühne keine Rolle. Im Folgenden sollen die absehbaren Folgen für die Lohnabhängigen, die bisherigen Reaktionsmuster der Gewerkschaften sowie mögliche strategische Auswege beschrieben werden.

Folgen der Krise für die Lohnabhängigen

Im stichwortartigen Überblick ergeben sich die folgenden Risiken für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften, die sich gerade von einer Finanzmarkt- zu einer Weltwirtschaftskrise auswächst. In welchem Ausmaß was eintreten wird, inwieweit das internationale Krisenmanagement Folgen dämpft oder ihr Eintreten verzögert, kann derzeit niemand ernsthaft abschätzen.

In welchen Dimensionen auch immer, zu erwarten sind:

- Rationalisierungen, Restrukturierungen und Firmenzusammenbrüche im Finanzdienstleistungssektor als unmittelbare, früher oder später einsetzende Krisenfolge
- Arbeitsplatzabbau und Rationalisierung im Öffentlichen Dienst, weil die öffentlichen Haushalte unter starken Druck geraten werden in Folge von
 - Ausgabenexplosion wegen Krisenstabilisierungskosten
 - Steuerausfällen durch Rezession und, wenn's ganz verrückt wird, auch noch durch Steuer-senkungen,
 - Zuschussbedarf aufgrund windiger Geschäftsmodelle á la cross-border-leasing
 - Zuschussbedarf aufgrund von Spekulationsverlusten der Landesbanken
 - Zinsbelastungen aus langfristigen Verschuldungen
- Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, wo die Einnahmeseite entsprechend abrutschen wird, wo teilweise auch spekuliert wurde; Sparmaßnahmen in der Daseinsvorsorge möglicherweise mit punktuellen Ausnahmen wie Bildungsbereich
- Kurzarbeit, Personalabbau, Rationalisierungen und Restrukturierungen, mittelfristig sicher auch Firmenzusammenbrüche in den exportabhängigen Wirtschaftsbereichen wegen Kreditklemme und globalem Nachfragerückgang
- Öffentliche Investitionen werden in der Breite zurückgefahren, in Teilbereichen wie energetischem Sanierungsbedarf, erneuerbare Energien jedoch ausgeweitet. Unter dem Strich Arbeitsplatzverluste

- Die private Binnennachfrage wird stark rückläufig sein wegen Rezession und Krisenangst. Zu befürchten sind auch größere „Marktberäuberungen“ (Firmenzusammenbrüche) in Branchen, die stark vom privaten Konsum abhängen, wie der Einzelhandel.
- In vielen sozialen und kulturellen Bereichen, in (Sport-)vereinen, Stiftungen und Projekten, die sich zunehmend von Sponsoren abhängig gemacht haben oder gemacht worden sind, wird es zu Kürzungen kommen mit Folgen für die jeweiligen Ziele und die Beschäftigten.
- Es ist ein erheblicher Anstieg der Erwerbslosigkeit zu erwarten, der noch eskaliert wird, wenn weitere Arbeitszeitverlängerungen durchgesetzt werden sollten.
- Schon jetzt sind befristet Beschäftigte und LeiharbeiterInnen die ersten Opfer der Krise. Man würde ja „nur“ Zeitverträge auslaufen lassen, Zeitarbeit zurückfahren, keine Neueinstellungen vornehmen und ausgelagerte Aufträge wieder zurückholen. Krise in der Leiharbeitsbranche. Das Muster des Sozialabbaus und der Prekarisierung im Aufschwung droht sich um so stärker im Strudel nach unten zu wiederholen.

Auf diese Weise werden in allen ökonomischen Sektoren, die einen Firmen abstürzen, die stärkeren werden sich durchsetzen, einen Produktivitätssprung machen und den Boden für den nächsten Konjunkturzyklus bilden. Diese Marktberäuberungsprozesse werden über kapitalistische Konkurrenz auf allen Ebenen vorstatten gehen, zu einem wesentlichen Teil wieder über die Konkurrenz um den Preis der Arbeitskraft. D.h. mit dem Argument des ökonomischen Überlebens, d.h. der Androhung des Verlusts der Arbeitsplätze werden Lohnabhängige in allen Branchen und weltweit in eine neue Runde der Konkurrenzkämpfe getrieben.

Die Gewerkschaften: wie 1929?

Die Gewerkschaften stehen dem Geschehen eher paralysiert gegenüber. Ist es schon in Aufschwungszeiten nicht gelungen, die neuen kapitalistischen Rahmenbedingungen durch neue Kampfformen und neue gewerkschaftliche Aufstellungen entsprechend den neu sortierten kapitalistischen Strukturen einzudämmen, kann dieser Mangel in der nun aufziehenden Krise zum Fiasko der Gewerkschaften werden. Viele Vergleiche mit 1929 sind fragwürdig, nur die Parallele hinsichtlich des Reaktionsmusters der Gewerkschaften ist leider höchst plausibel.

Bisherigen „Reaktionsmuster“ von ver.di, ähnlich bei fast allen Gewerkschaften:

- Die Organisation betreibt im wesentlichen business as usual. Wie gehabt Riesendebatten bei kleinsten Eingriffen in die innergewerkschaftliche Macht- und Ressourcenverteilung (Matrix) – mitten im aktuellen Geschehen – ein déjà-vu, für jeden, der einmal Protokolle von Gewerkschaftssitzungen oder Gewerkschaftszeitungen von 1929 und 1930 gelesen hat.
- Suche nach Auswegen aus der Gewerkschaftskrise durch Rückgriff auf betriebswirtschaftliche Managementmethoden, erklärmaßen ohne Bezug auf die äußere Wirklichkeit und die Besonderheit einer Gewerkschaft (aktuell Papier Chance 2011), gescheiterte Programmdebatte in ver.di
- In den ersten Wochen nach dem Crash keine politische Reaktion der Organisation als Ganzes, stattdessen wenige Pressemitteilungen aus dem Finanzdienstleistungsbereich von ver.di, in denen eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte gefordert wird – Ansätze die inzwischen von vielen Regierungen und dem IWF längst getoppt werden.
- Wirtschaftspolitische Positionierungen mit der Aussage: mit unserem 40 Mrd. Programm wäre das nicht passiert. Handlungsschwerpunkt Konjunkturprogramm für Deutschland jetzt! (s.u.)
- Rückzug aus den gewerkschaftlichen Ansätzen in der Weltsozialforumsbewegung (fast keine Unterstützung für ESF – Malmö trotz Gewerkschaftsrats-Beschluss), ähnliche Besorgnisse bei der IG Metall
- Von dezentralen Initiativen abgesehen, keine Ansätze für Mobilisierungsstrategien und keine erkennbaren Interventionen für unmittelbare Lohnabhängigeninteressen in der aktuellen Debatte –Unwidersprochen sind die Börsenkurse öffentlicher Indikator für die Angst. Als schützenswerte Opfer finden sich „die Wirtschaft“, Handwerksbetriebe und Mittelstand und vor allem die Sparer auf der Bühne - ArbeitnehmerInnen nicht.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik droht vollends in die Defensive geraten. Die ersten Kollateralschäden der Krise haben wir bei der IGM vor dem Auftakt zur Tarifrunde erlebt, wo angesichts der Mobilisierungs- und Streikschwierigkeiten vor dem Hintergrund von Kurzarbeit und verlängerten Werksferien angeboten wurde, die 8% - Forderung auf 20 statt auf 12 Monate zu beziehen oder im Bankenbereich, wo ver.di aus ähnlichen Motiven eine Art Moratorium für die Gehaltstarifrunde angeboten hat. Zu befürchten ist, dass wieder betriebliche Standortbündnisse zu Lasten Dritter (Lohnabhängige in anderen Betrieben/Ländern der Branche, befristet Beschäftigte, Prekäre) die Antwort sein wird.

Gewerkschaften, denen man zwar abnimmt, das Richtige zu wollen (Zustimmung in Meinungsumfragen), die aber keine andere Antwort (und keine Vision) haben, als den Rückzug mit korporatistischen Bündnissen abzusichern, werden Mitglieder verlieren. Die Apparate werden so in eine dramatische Krise geraten – auch das eine Parallele zu 1929 ff, wo der ADGB von 1929 auf 1930 ein Drittel seiner Mitglieder verlor, Abbau und Gehaltskürzungen (-20%) beim Personal vornehmen musste und die Ausgaben für Arbeitskämpfe drastisch reduzierte. Die Zahl der Streikaktionen sank von 1929 bis 1931 um ein Drittel, die Zahl der Streikbeteiligten um 75% - dies natürlich vor dem Hintergrund einer durch die verheerende Brüning'sche Wirtschaftspolitik eskalierten Wirtschaftskrise. Die Interventionen heute sind immerhin kompetenter. Die bisherige Rolle der Gewerkschaften in der Krise ist beängstigend ähnlich.

Auch was die derzeit auf allen öffentlichen Kanälen geführte gesellschaftliche Debatte über die Krise betrifft, gelingt es den Gewerkschaften nicht, die affirmativen ideologische Kriseninterpretationen, nach dem Muster „ein paar charakterlose Gesellen im Finanzbereich..“ oder „nur eine Vertrauenskrise auf den Märkten“ zu kontern.

Die große, sich jetzt entscheidende Frage ist, wer in den nächsten Jahren die Folgen dieser Krise zu tragen haben wird. Wird solchen affirmativen Erklärungen das Feld überlassen, präjudiziert dies die Abwälzung der Krisenlasten auf ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache und die Einleitung eines neuen kapitalistischen Zyklus bei gleichen Machtverhältnissen. Nach vergleichbaren Krisen sind immerhin Bismarcksche Sozialgesetze, ein New Deal oder ein Rheinischer Kapitalismus rausgesprungen – so wie die Gewerkschaften bisher agieren und so wie die Kräfteverhältnisse heute aussehen, wird dergleichen diesmal nicht gelingen.

Sackgasse Nationalkeynesianismus

Die fast einzige gewerkschaftliche Argumentations- und Handlungsebene ist die Intervention auf der Ebene des Mitdiskutierens in der Wirtschaftspolitik. Grund der Krise ist in der vorherrschenden Lesart das Versäumnis einer nachfragestärkenden nationalen Wirtschaftspolitik. Der gigantische Börsencrash mit seinen absehbaren Auswirkungen auf die Realökonomie sei nicht der eigentliche Krisengrund, sondern nur noch dazu gekommen und diene der Politik jetzt als Ausrede für ihr eigentliches Verschulden, im Aufschwung keine Konjunkturprogramme gefahren zu haben. Der Vorwurf richtet sich an Arbeitgeber (Dumping in der Tarifpolitik) und Staat. Beleg ist die viel zitierte Grafik, in der die Kurve des privaten Konsums notorisch unterhalb der BIP-Kurve verläuft.

Natürlich ist es Ziel von Gewerkschaften, die Beschäftigten-Einkommen über Politik und Tarifpolitik zu verbessern. Dieses Ziel verfolgen Gewerkschaften nicht um einer volkswirtschaftlichen Lehre willen, sondern als Ausdruck der Lebensinteressen der Lohnabhängigen. Wenn sich plausibilisieren lässt, dass dies auch in einem fiktiven gesamtgesellschaftlichen Interesse liegt, dann mag das als Hilfsargument nützlich sein. Gewerkschaften dürfen sich aber nicht davon abhängig machen, ob Arbeitgeber oder Regierungen, sich dieser Auffassung anschließen und eine Politik der Nachfragesteigerung als im gesamtgesellschaftlichen, also auch in ihrem Interesse liegend akzeptieren – und wenn sie das nicht tun, nur anzuklagen statt Gegenmacht zu organisieren.

Wie viel Nachfragestärkung bzw. Verbesserung bei Löhnen und Arbeitszeit möglich ist, hängt zuletzt immer von der gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit in der Tarifpolitik mit der ultima ratio des Streiks ab. Auch die Durchsetzung politischer Forderungen wie Mindestlohn oder Konjunkturprogramm hängt zwar mittelbar, aber letztlich unausweichlich davon ab. Die genannte Graphik ist daher nicht nur als zutreffende Kritik der Politik zu lesen, sondern als Lernfrage an die eigene Adresse: Warum haben wir es selbst im Aufschwung nicht geschafft, eine Reallohnsicherung durchzusetzen, warum wurde die Arbeitszeit verlängert statt sie zu verkürzen, warum konnten wir die Agenda-Politik von Rot-Grün ff nicht verhindern? Die Nicht-Beantwortung dieser Fragen ist eine schwere Hypothek für das was jetzt kommt.

Von unterschiedlichen Einschätzungen der bei den Gewerkschaften vorherrschenden nationalkeynesianischen Argumentation bräuchte kein Aufhebungs gemacht zu werden, wenn sie nur ein, wenn schon nicht überzeugendes, so doch nützlich Hilfsargument wäre. Indem sie aber das Problem der Gewerkschaften vor allem auf der Ebene ihrer wirtschaftspolitischen Überzeugungsfähigkeit festmacht, behindert sie die Auseinandersetzung mit den eigentlichen Gründen der gewerkschaftlichen Schwäche. Der Lösungshorizont des Nationalkeynesianismus ist im Grunde: die Beschäftigteninteressen bleiben auf der Strecke, weil die Gegenseite sich weigert, den volkswirtschaftlichen und damit letztlich auch ihren eigenen Nutzen in einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik zu sehen. Zu befürchten ist allerdings, dass die Gegenseite aus ihrer Interessenlage bisher gute Gründe hatte, das nicht einzusehen. Denn Tarifdumping und Agenda-Politik haben zum einen die Wettbewerbsbedingungen des von Deutschland aus operierenden Kapitals enorm verbessert (und auch die Chance verbessert, als Gewinner zulasten anderer Wettbewerbsräume aus dieser Krise hervor-

zugehen) und zum anderen eine Umverteilungsgorgie von unten nach oben möglich gemacht.

Das alles hätte die Gegenseite nicht gehabt, wenn sie sich von den Gewerkschaften eine nachfrageorientierte Politik hätte aufdrängen lassen. Denn Nachfragepolitik wäre nicht etwas Zusätzliches zu einem von selbst stattfindenden Aufschwung gewesen, sondern sie ist das Gegenmodell zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Keine Agenda, kein Sozialabbau, kein Tarifdumping hätte auch bedeutet: keine Aufholjagd in der globalen Konkurrenz, keine Durchsetzung auf den verschiedenen Märkten und keine Umverteilung von unten nach oben. Ein schlechtes Geschäft für die Gegenseite!

Unter den Bedingungen einer Ökonomie im Sturzflug, bei der es auf der Kapitaleseite oft ums Eingemachte geht, kann deren Interessenabwägung zu einem anderen Ergebnis kommen. Wo die wegbrechende Nachfrage ernsthaft die Verwertungsbedingungen besonders der bisher florierenden exportorientierten Branchen gefährdet, werden nachfrageorientierte Programme auch für die Gegenseite interessant, ja sie können geradezu zu einem Standortvorteil in der Krise werden. Da ist das Kapital ganz pragmatisch und auf einmal gar nicht mehr ideologisch.

Es wird jetzt mitten in der Krise also weniger um das Ob als um das Wie von Konjunkturprogrammen gehen, d.h. um die Frage wer zahlt und wer profitiert. Das Kapital macht sich nicht die gewerkschaftlichen Nachfrageforderungen zu eigen, es setzt gerade in der Krise auf angebotsorientierte Strategien, greift nur partiell, befristet und möglichst zu seinen Konditionen auf nachfrageorientierte Staatsinterventionen zurück.

So wie im Aufschwung das Ob von Konjunkturprogrammen weniger eine Frage guter Argumente als eine Frage gewerkschaftlicher Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit war, so gilt dies auch für das Wie der jetzt anstehenden nachfragestützenden Interventionen. Wem sie wie sehr nutzen und wer sie kurz- und langfristig bezahlt, ist eine Verteilungsfrage, die auch jetzt von der gewerkschaftlichen Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit abhängt.

Wenn nun in der Krise ein keynesianischer Ansatz eine bessere Chance und einen Sinn hat, dann als allgemeiner Ansatz, der nicht in einem Wirtschaftsraum praktiziert wird und in einem anderen nicht. Ein allgemeines Konjunkturprogramm, in Deutschland aufgelegt, würde und sollte die Arbeitgeber hierzulande belasten, ihre Konkurrenten in Frankreich oder anderswo wären zunächst nicht belastet, es sei denn es werden andersorts zeitgleich ähnliche Programme

angesetzt. Den Nutzen in Form stärkeren Konsums hätten aber nicht nur das hiesige Kapital, sondern auch seine in Deutschland verkaufenden Konkurrenten. Mindestens müssten die Forderung nach Konjunkturprogrammen zum Bestandteil des europäischen und globalen Krisenmanagements gemacht werden.

Der nationalkeynesianische Ansatz ist der Versuch, eine linke Wirtschaftspolitik aus den Zeiten des rheinischen Kapitalismus unter radikal geänderten Bedingungen fortzuschreiben. Er ignoriert die Realitäten und Erpressungspotentiale des neuen globalisierten Kapitalismus. Er ignoriert, dass sich inzwischen supranationale Strukturen und Regulationen entwickelt haben, die neue Machtzentren bilden. Das aktuellste atemberaubende Beispiel ist, wie sich binnen Wochen globale Handlungsstrukturen der Regierungen und Finanzzentren entwickeln, wo es um die Domestizierung der Selbststrukturierungskräfte des Kapitalismus geht. Es kristallisiert sich, von der EU-Präsidentschaft angetrieben, eine institutionalisierte, europäische Wirtschafts- und Industriepolitik heraus, der IWF soll weiterentwickelt werden im Sinne eines Weltfinanzministeriums, es wird über globale Steuern und Steuerregeln nachgedacht und gut möglich, dass Keynes alte Idee einer Weltzentralbank, die er 1944 in Bretton Woods nicht durchsetzen konnte, jetzt Realität wird –solche Reaktionszeiten auf geänderte Rahmenbedingungen würde man sich auch von den Gewerkschaften wünschen!

Es entstehen neue Machtkonstellationen, die – ohne Gegendruck – dazu führen werden, dass die Folgen dieser Krise bei den Lohnabhängigen im weitesten Sinne abgeladen werden. Eine Restrukturierung der Gewerkschaften, die dieser Dominanz wieder etwas entgegensetzen kann, wird sich in ihrem Selbstverständnis und ihren Politikmustern, z.B. der nationalkeynesianischen Wirtschaftspolitik, aus ihrem Retro-Bezug zum Rheinischen Kapitalismus ablösen müssen, um den Weg frei zu machen für eine Analyse der Gewerkschaftskrise und eine Neuaufstellung der Gewerkschaften in der neuen kapitalistischen Formation.

Strategische Schlussfolgerungen

1. Um den bevorstehenden Herausforderungen gerecht zu werden, reicht es nicht, mitzudiskutieren in den öffentlichen Debatten um Finanz- und Wirtschaftspolitik- und auf Gehör zu hoffen. Wie stark die Krise die Lohnabhängigen und die Gewerkschaften selbst treffen wird, ist eine Frage von Macht und Gegenwehr. Erforderlich sind breite gewerkschaftliche Diskussionen, deren Ziel mobilisierungs- und durchsetzungsfähige Forderungen und Handlungsansätze sein müssen. Gewerkschaftliche Anliegen müs-

sen mit Druck auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt werden.

2. Die Folgen der Krise werden uns via Politik, via Tarifpolitik in Firmenkrisen und –zusammenbrüchen erreichen und sie werden viele andere wie RentnerInnen, Kranke, Arme, Mittelstand genauso treffen. In der Defensive werden wir überall sein und überall werden wir versuchen müssen gegenzuhalten. Das bedeutet einerseits Bündnisse gegen die Abwälzung der Krisenlasten zusammenzubringen und andererseits die sukzessive Zurückeroberung des politischen Streikrechts.

3. Für politische, überbetriebliche Ziele zu streiken, dürfte unter den kommenden Bedingungen leichter sein (geringere Entsolidarisierungsmechanismen) als für tarifpolitische Ziele zu streiken. Denn hier ist, unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Sturzflugs, die entsolidarisierende Gefahr des Arbeitsplatzverlust besonders hoch, weil sie sich einzelnen Beschäftigten, Beschäftigtengruppen und Belegschaften sehr konkret und existentiell stellt. Die sträflich versäumte Entwicklung branchenorientierter Tarifstrukturen (im Sinne von Flächentarifverträgen) wird kurzfristig nicht nachzuholen sein. Die einzige Chance, sich aus Passivität und Defensive herauszuwinden, besteht in der Politisierung der Tarifauseinandersetzungen, in der Herstellung einer Verbindung zur Dramatik der Wirtschaftskrise, in der Darstellung der volkswirtschaftlichen Absurdität von Lohnzustandnissen angesichts des ohnehin gefährlichen Rückgangs der privaten Konsums. Kleinreden der Krisenrealität und Vorabkonzessionen dagegen sind geradezu Einladungen, die Krisenfolgen auf dem Rücken Beschäftigten abzuladen.

4. Der Neoliberalismus ist die Ideologie des finanzmarktgetriebenen globalen Kapitalismus. Die Auseinandersetzung wird (noch) nicht um die Frage Sozialismus oder Kapitalismus gehen, sondern darum, ob die jetzt in der Krise steckende Regulation mit ein paar Korrekturen gegen ihre selbstzerstörerischen Mechanismen fortgesetzt wird, oder ob dem Kapitalismus wirksame soziale Fesseln angelegt werden können.

4.1. Diese Auseinandersetzung wird materiell um die Frage gehen, wie die jetzt nötigen neuen Regulationen aussehen sollen, und zwar nicht nur die der Finanzmärkte (wo die Gewerkschaften mit vielen anderen das Nötige gefordert haben), sondern auch bei Sozialstaatsforderungen wie Mindestlöhnen, Höchstarbeitszeiten, sozialer Sicherung, Arbeits- und Tarifrecht, Wirtschaftsdemokratie, umverteilender Steuerpolitik.

4.2. Und damit zusammenhängend muss der ideologische Streit ausgetragen werden. Derzeit sind rhetorische Distanzierungen

vom Neoliberalismus und seinen „Auswüchsen“ mainstream - eine wendehäusliche Anpassungsreaktion an die Wut des Publikums! Die Frage, ob der Neoliberalismus wirklich fällt, oder nur ein bisschen abfedert, wird sich symbolisch an der Frage entscheiden, ob seine entscheidenden Protagonisten in Amt und Würden bleiben oder nicht. Ähnlich wie die Eliten des Realsozialismus, müssen die Verantwortlichen für dieses Desaster zur Rechenschaft gezogen werden. Die Hauptprotagonisten der Agenda-Politik zum neuen Führungsduo der SPD zu machen, ist kein Zeichen von Umkehr oder Einsicht. Es ist ein Skandal, dass die Wirtschaftsforschungsinstitute, die großen Lehrstühle an den Unis personell und inhaltlich neoliberal ausgerichtet bleiben, dass Bahn-Privatisierer Mehdorn einfach weiter machen kann, dass die Kommentatoren, die uns jahrelang mit neoliberaler Trommelfeuer belegt haben, weiter die Zeitungsseiten und Bildschirme bevölkern. Dies ist keine Frage der Abrechnung, sondern symbolischer Ausdruck dafür, ob der Neoliberalismus überwunden ist oder nicht.

5. Diese Krise ist die erneute und späte Chance der Gewerkschaften, sich mit der Gründen ihrer Schwäche auseinanderzusetzen, indem sie ihre im Rheinischen Kapitalismus wurzelnden Strukturen und Politikansätze überwinden und sich den geänderten immer globaler funktionierenden Marktstrukturen und –prozessen entsprechend neu sortieren und organisieren. Der Widerstand gegen die Folgen dieser Weltwirtschaftskrise kann nur grenzüberschreitend organisiert werden. Die Forderungen, die es durchzusetzen gilt, müssen von vornherein gemeinsam entwickelt werden. Weil gemeinsame Betroffenheit gemeinsame Lernprozesse ermöglicht, muss in der Krise eine gewerkschaftliche Globalisierung von unten stattfinden – zu unterstützen von allen bisher (zu gering) entwickelten Strukturen wie Dachverbänden, Eurobetriebsräten, Koordinationsstrukturen, gewerkschaftlichen Netzwerke in der Sozialforumsbewegung etc. Gemeinsame Forderungen, gemeinsame, zumindest gleichzeitige Demos und politische Streiks – europaweit und –zumindest symbolisch- weltweit!

In der Krise steht auch die Demokratie auf dem Spiel. Es ist in Analogie zu 1929 mit einer gesellschaftlichen Radikalisierung zu rechnen. Ob es in dieser Radikalisierung einen emanzipatorischen Ausweg (wie nach 1929 in den USA) oder einen nationalistischen, xenophoben Weg in die Sackgasse (Deutschland) gibt, hängt sehr von den Gewerkschaften ab und davon, ob sie einen Weg raus aus Standortkonkurrenz und nationaler Befangenheit hin zu breiter und globaler Solidarität finden.

<http://www.linke-kk.net>

Stephan Krull

Der Kampf um die Zeit

»Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.« (Karl Marx)

Zeit ist das mit Abstand am häufigsten gebrauchte Substantiv der deutschen Sprache, Ausdruck der Dynamik, mit der Zeitthemen für uns existenziell wichtig geworden sind.

Im Titel dieses Aufsatzes fehlen die Begriffe Arbeit und Arbeitszeit, denn der Kampf wird um alle verfügbare Zeit geführt. Die Menschen, die nicht von ihrem Reichtum, vom angehäuften Kapital leben können, sind gezwungen, immer mehr von ihrer Lebenszeit für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen aufzuwenden. Dafür stehen die Verlängerung täglicher, wöchentlicher, jährlicher Arbeitszeiten ebenso wie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch Verkürzung der Schulzeit und Verschiebung des Renteneintrittsalters auf vorläufig 67 Jahre. Dafür hat die Menschheit Jahrhunderte gekämpft, das Rad erfunden, die Dampfmaschine, elektrische Energie und vieles mehr: Die Arbeit sollte leichter werden. Seit einigen Jahren erleben wir, dass immer mehr Menschen an zuviel Arbeit und bei der Arbeit verzweifeln, immer mehr Menschen werden krank durch die Arbeit; viele andere verzweifeln daran, keine (Erwerbs-)Arbeit zu haben, »nicht gebraucht« zu werden, »überflüssig« zu sein. Nie waren wir in der Lage, mit den Ressourcen der Natur und technisch-wissenschaftlichen Innovationen einerseits und mit so wenigen Menschen andererseits so viele Güter herzustellen. Vor diesem Hintergrund vollzieht sich bei dem Verbrauch von Zeit für Erwerbsarbeit ein Rückschritt in die Anfänge der industriellen Produktion und des Kapitalismus. Es geht den Herrschenden um mehr Verfügung über die Menschen, über unsere Zeit, über unser Leben!

Erweiterter Arbeitsbegriff

Zunächst ist zu klären, was unter »Arbeit« verstanden werden soll: nicht lediglich Lohnarbeit oder Erwerbsarbeit, sondern – bei größerer Flexibilisierung und weiter zunehmender komplexer Arbeitsteilung – darüber hinaus ebenfalls notwendige, aber überwiegend unbezahlte Arbeit: Reproduktionsarbeit, Familienarbeit, Erziehungs- und Pflegearbeit, Beziehungsarbeit, Versorgungsarbeit, bürgerschaftliche Arbeit, ehrenamtliche Arbeit und Eigenarbeit, Bildungsarbeit und Kulturarbeit.

Inzwischen ist es in unserem Land, einem der reichsten Länder der Erde, im Land des Exportweltmeisters, soweit, dass Unternehmen, auch öffentliche, für Produktions- und Dienstleistungsarbeit oft gar kein Entgelt

bezahlen, zunehmend zumindest kein existenzsicherndes. Durch 1-Euro-Jobs werden keine Arbeitsverhältnisse begründet, und von Löhnen zwischen drei und zehn Euro kann hierzulande niemand angemessen leben. Das ist scheinbar ursächlich für die Verlängerung der Arbeitszeiten, nämlich, durch längere Arbeitstage möglichst soviel Geld zu bekommen, dass die Arbeitenden und ihre Familien ihren Lebensstandard halbwegs halten können. Tatsächliche Ursache ist das zu Ungunsten der Arbeitenden und ihrer Organisationen verschobene Kräfteverhältnis und die brutale Ausnutzung dieses Kräfteverhältnisses durch die Unternehmen, durch die Manager, durch die Kapitalisten.

Natürlich muss jede Person von ihrer Arbeit bzw. jede Lebensgemeinschaft von der Arbeit ihrer erwerbstätigen Mitglieder ein angemessenes Leben führen können; nicht erwerbstätige Personen haben Anspruch auf eine ausreichende Grundsicherung. Das ist das Mindeste, was im 21. Jahrhundert in einem der reichsten Länder der Erde als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt werden müsste. Dass dies nicht so ist, hängt mit der seit Jahrzehnten andauernden Massenarbeitslosigkeit zusammen.

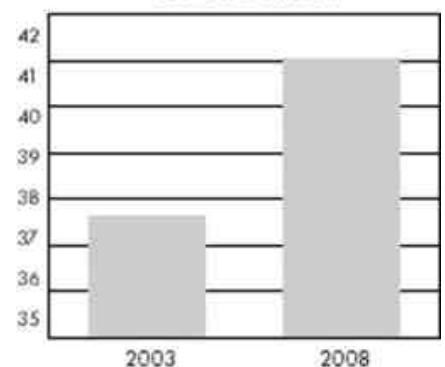
Die Regierenden und die ökonomisch Herrschenden haben alles getan, um die abhängig Beschäftigten und ihre Familien in diese Lage zu bringen: Sie nutzen die Globalisierung, um die Menschen aller Länder (Standorte) gegeneinander in Konkurrenz zu setzen, Produktion wandert um den Globus immer dorthin, wo die Profite am höchsten sind; Gewerkschaften wurden systematisch geschwächt, Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert; viele der so arbeitslos Gemachten ist in Armut abgerutscht mit der Folge, dass sie für ihren Lebensunterhalt bereit sind bzw. gezwungen werden, zu geringsten Löhnen zu arbeiten. Wer dazu nicht in der Lage oder bereit ist bzw. sich nicht zwingen lässt, wird ausgegrenzt, ausgesteuert, abgeschoben. Viele leben so nicht nur im »Prekariat«, sondern im unwiderruflich »abgehängten Prekariat«. Diese Personen, etwa ein Drittel aller sieben Millionen Erwerbslosen plus deren Familien, haben keine Aussicht, einen Anschluss an die Lebensstandards in Bezug auf Arbeit, Konsum, Mobilität, Kultur und Bildung, auf wirtschaftliche und politische Teilhabe in dieser Gesellschaft zu finden. Ursächlich für diese Entwicklung ist ein Paradigmenwechsel Ende des letzten Jahrhunderts, als es den Regierenden und Herrschenden gelang, die Qualität der Arbeit völlig hinter »Arbeit an sich« zurück zu

stellen. Das fand Ausdruck in SPD-Wahlplakaten mit den Worten »Arbeit, Arbeit, Arbeit« oder der Umwidmung des Begriffes »sozial«: Sozial sei, so die Mächtigen in Politik, Medien und Unternehmen, was Arbeit schafft: »Sozial ist heute, was die Beschäftigungssicherung und die Beschäftigungsfähigkeit ermöglicht.« (Interview Peter Hartz, in: Oberösterreichische Nachrichten, 10. Juni 2002)

Arbeitszeiten länger und krankmachend

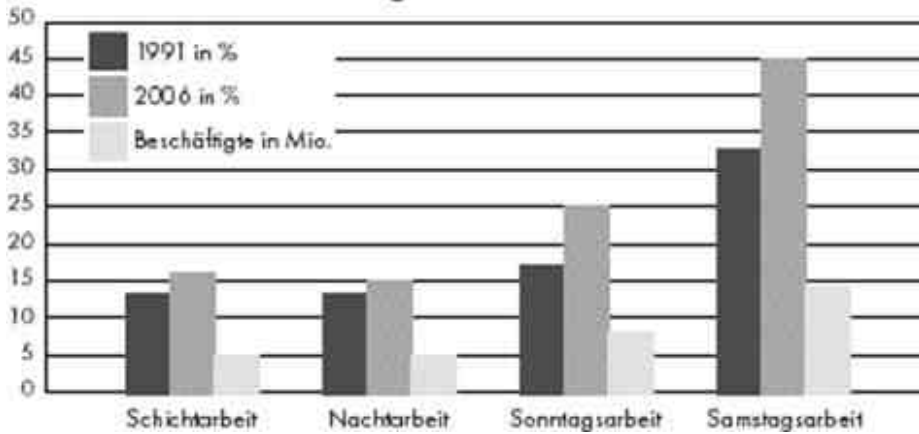
In den letzten sechs Jahren (2003 bis 2008) müssen wir eine dramatische Verlängerung der tatsächlichen durchschnittlichen Arbeitszeiten bei Vollzeitbeschäftigten beobachten, nämlich von 37,6 Stunden auf 41,1 Stunden. Dabei handelt es sich zumeist um Überstunden, die über die tariflich vereinbarte Arbeitszeit hinaus von den Unternehmen abgefordert werden. Die regionalen Unterschiede sind erheblich, nirgendwo wird so lange gearbeitet wie in Ostdeutschland, nirgendwo sind auch die Löhne so gering wie dort. Nur in Großbritannien, Tschechien, Bulgarien und Rumänien sind die tatsächlichen Arbeitszeiten länger (bis zu 41,7 Stunden). Die kürzeste Arbeitszeit (Durchschnitt aller Vollzeitbeschäftigten einschließlich Überstunden) gibt es in Frankreich mit 37,7 Stunden, wobei auch dieser Wert schon Ergebnis von Verlängerungen ist. (Grafik 1)

Drastische Verlängerung der Arbeitszeit



Gleichzeitig ist ein starker Trend zu ungesunden Arbeitszeiten zu erkennen. In den letzten zehn Jahren haben eine Million Menschen mehr in Schicht gearbeitet, ebenfalls eine Million Menschen mehr arbeitet zu Nachtzeiten, zwei Millionen mehr müssen sonntags und vier Millionen mehr müssen samstags arbeiten. Mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen arbeitet also zu gesundheitsschädlichen Zeiten und in ungesunden Rhythmen. (Grafik 2)

Trend zu ungesunden Arbeitszeiten



Harte Kämpfe um die Arbeitszeit

Es lohnt ein kurzer Blick auf die geschichtliche Entwicklung der Arbeitszeit, um die gegenwärtige Etappe einordnen zu können.

Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts begann die sich entwickelnde Gewerkschaftsbewegung den Kampf um Arbeitszeitverkürzung, vor allem gegen Kinderarbeit. Ein erstes Ergebnis dieses Kampfes, der in England unter dem Einfluss des utopischen Sozialisten Robert Owen schon den 8-Stunden-Tag als Ziel hatte, war die gesetzliche Einführung des 10-Stunden-Tages 1848. Den ersten offiziellen 8-Stunden-Tag gab es ab 1856 in Australien im Ergebnis eines Streiks von Bauarbeitern. Von da an stand der 8-Stunden-Tag als Ziel und Symbol für erkämpfte Arbeiterrechte.

Im Jahr 1886 riefen die nordamerikanischen Gewerkschaften in Anlehnung an die Masendemonstrationen in Australien von 1856 zum Generalstreik für den 8-Stunden-Tag am 1. Mai auf. In Chicago eskalierte der Streik, nachdem die Polizei zwei Demonstranten erschossen hatte, über 30 Tote und 200 Verletzte forderte dieses Massaker. Daraufhin wurde auf dem Genfer Kongress der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) die gesetzliche Einführung des 8-Stunden-Tages gefordert und damit zur allgemeinen Forderung der internationalen Arbeiterklasse.

Einen ersten tarifpolitischen Durchbruch erzielten in Deutschland die Buchdrucker mit dem 10-Stunden-Tag im Jahr 1873. Dies bedeutete eine Begrenzung gegenüber völlig ungeschützten Arbeitszeiten: Zwölf Stunden und mehr an sieben Tagen in der Woche waren durchaus üblich. Danach folgte der Kampf um den arbeitsfreien Sonntag, also eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung, durchgesetzt im Schweizer Fabrikgesetz von 1877, in Deutschland im Jahr 1900 mit zehn Stunden Arbeitszeit an sechs Tagen in der Woche. Seit 1918 ist in Deutschland der 8-Stunden-Tag gesetzlich vorgeschrieben – auch ein Resultat der Niederlage im Ersten Welt-

krieg. Als Ergebnis der Novemberrevolution gelten seit 1919 die Tage von Montag bis Samstag als Werktag, Sonn- und Feiertage sind gesetzlich arbeitsfrei.

Um weitergehende Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte zu unterlaufen, wurde zwischen Gewerkschaften und Unternehmen ein Abkommen über die Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner und die Einführung des 8-Stunden-Tages abgeschlossen: die Erfindung und Begründung der bis heute wirkenden Sozialpartnerschaft. Die tarifliche 48-Stunden-Woche an sechs Arbeitstagen wurde so für längere Zeit zum Standard in Deutschland.

Im Zuge der Kriegswirtschaft und als Teil der sozialen Demagogie der Nazis wurden 1940 einerseits umfangreiche Ausnahmen des Verbotes der Sonntagsarbeit eingeführt, andererseits wurden »Erschwerniszulagen« steuerfrei gestellt – eine ökonomische Begünstigung der Sonntagsarbeit, die bis heute fast uneingeschränkt gültig ist und anreizend wirkt.

Nach der Wiederaufbauphase und im Zuge der Systemkonkurrenz begann 1955 eine neue Runde im Arbeitszeitkampf mit der Forderung nach der 5-Tage- und 40-Stunden-Woche, die etwa zehn Jahre später zum neuen tariflichen, allerdings nie zum gesetzlichen Standard wurde. Vor allem dieser Arbeitszeitverkürzung um acht Stunden bzw. 20 Prozent in zehn Jahren (nebst erklecklichen Lohnerhöhungen) war es zu verdanken, dass es trotz rasanter technisch-wissenschaftlicher Entwicklung und Produktivitätssteigerungen nahezu Vollbeschäftigung gab.

Wieder 20 Jahre später wurde die Forderung nach der 35-Stunden-Woche erhoben, die im Verlaufe von zehn Jahren und massiven Kämpfen vor allem in der Metall-, Elektro- und Druckindustrie durchgesetzt werden konnte, aber nicht zum allgemeinen Standard und nicht gesetzlich abgesichert wurde. Der Verzicht auf weitere kontinuierliche Reduzierung der tatsächlichen Arbeitszeit ist bei schnell steigenden Produktivitätsraten

eine der Ursachen der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit.

Erfahrungen mit der 4-Tage-Woche bei VW

Nur eine Episode blieb die 4-Tage-Woche bzw. die 28,8-Stunden-Woche bei VW. Im Jahr 1994 mit Lohnminderung eingeführt und 2006 ohne Lohnerhöhung wieder auf 35 Stunden verlängert, handelt es sich sowohl um ein gigantisches Lohnkürzungsprogramm für den Automobilkonzern, als auch um partielle und befristete Arbeitsplatzsicherung und die schöne Erfahrung des 6-Stunden-Tages, so genannter »kurzer Vollzeit«.

Weil in den VW-Überlegungen Krisenbewältigung und Kostenreduzierung im Mittelpunkt standen, wurde der Humanisierungsaspekt, die gewerkschaftliche Begründung für Arbeitszeitverkürzung, völlig ausgeblendet. Es ging nur um die Sicherung von Beschäftigung und Standort – die Geburt der These, sozial sei, was Arbeit schafft und Beschäftigung sichert.

Dass dies zunächst in einem gewerkschaftlich gut organisierten Betrieb unter Bedingungen weitgehender Mitbestimmung und relativ hoher Einkommen durchgesetzt und mit einem bis heute wirkenden Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen verbunden wurde, war eine der Voraussetzungen, davon abgeleitet Arbeit flächendeckend zu entwerfen, ohne die Arbeitszeitverkürzung selbst zur Regel zu machen.

Lediglich in der niedersächsischen Metallindustrie gelang es, einen befristeten Vertrag zur Beschäftigungsförderung durch Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Mit dem Auslaufen des Fördertopfes, der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gespeist wurde, ist dieser durchaus erfolgreiche Versuch freiwilliger Arbeitszeitverkürzung nach zwei Jahren beendet worden.

Die Tatsache nutzend, dass kaum ein Unternehmen dem Beispiel der 4-Tage-Woche gefolgt ist und die besondere Schwäche von Betriebsrat und Gewerkschaft im Zusammenhang mit der Korruptionsaffäre um den Betriebsratsvorsitzenden aufgreifend, wurden bei Verhandlungen in den Jahren 2001 (Auto 5000), 2004 und 2006 Arbeitszeitverlängerungen ohne zusätzliche Vergütung, die Schlechterstellung einzelner Beschäftigtengruppen sowie ein drastischer Lohnabbau vereinbart: wie 1994 »zur Sicherung von Standort und Beschäftigung«, nur als umgekehrter Weg der Arbeitszeitverlängerung.

Abgesehen davon, welche Auswirkungen solche Standortpolitik auf andere Fabriken hat, lohnt ein Blick auf die Beschäftigungsentwicklung, um die Fragwürdigkeit solcher Arbeitszeitregelungen zu erkennen. (Siehe Tabelle 1)

Tabelle 1 Beschäftigungsentwicklung VWAG und VW Wolfsburg 1987 bis 2008

Zeitpunkt	VW AG	Wolfsburg	Leistungslohn	Zeitlohn	Gehalt
1/1987	131 000	65 000	29 300	18 300	14 700
1/1993	108 000	56 000	27 200	11 600	15 400
3/1994	105 800	50 400	23 400	10 800	14 400
12/1995	100 700	48 000	20 900	10 500	14 700
12/2002	104 700	50 600	19 800	10 300	18 200
12/2004	102 500	49 800	19 000	9 800	18 500
8/2006	97 500	47 300	16 600	9 900	18 400
8/2008	89 800	43 800	14 500	9 400	18 100

(ausgewählte und gerundete Zahlen aus VW-Bilanzen / eigene Berechnungen, in Spalten 3 und 4 inklusive Auszubildende und Sondergruppen © Stephan Krull)

Nun könnte man die Auffassung vertreten, ohne diese Tarifverträge wäre die negative Beschäftigungsentwicklung noch dramatischer verlaufen. Unabhängig von der nur hypothetisch möglichen Antwort auf diese Frage bleibt die Erkenntnis, dass Beschäftigungs- und Standortsicherung keineswegs bedeuten, dass die Beschäftigung tatsächlich konstant bleibt. Allein in den Jahren von 1994 bis 2002 (vor Wirkung von Auto 5000) ist wegen der Arbeitszeitverkürzung eine relativ konstante, teils steigende Personalentwicklung zu beobachten. Mit dem Tarifabschluss 2004 geht es durch die Arbeitszeitverlängerungen mit den Beschäftigtenzahlen vor allem im Leistungslohn dramatisch bergab. Andererseits haben die verbliebenen Beschäftigten mit erheblichen Lohnseinbußen, Intensivierung der Arbeit und verlängerten Arbeitszeiten zu tun. Der Unternehmensgewinn hat sich in all den Jahren, von Schwankungen abgesehen, vervielfacht; Volkswagen wurde zum drittgrößten Automobilkonzern nach Toyota und Ford.

Produktivität, Arbeitszeit und Beschäftigung

Parallel zur Arbeitszeitverlängerung haben sich Belegschaft und Produktion innerhalb des VW-Konzerns weltweit wie folgt entwickelt:

Tabelle 2

Jahr	Belegschaft	Produktion
		(Mio. Fahrzeuge)
2004	342 500	5,0
2007	329 300	6,2

13000 Beschäftigte weniger haben 1,2 Millionen Fahrzeuge mehr produziert. Dies ging einher mit dramatischem Personalabbau in einigen Werken, z.B. in Brüssel, bei gleichzeitigem Kapazitätsaufbau in China, Indien, Russland und neuerdings in den USA. Zwar sind hier weder die Fertigungstiefe noch Fremdleistungen berücksichtigt, allerdings alle Tochterfirmen wie Auto 5000, AutoVision, Sitech und andere, die zu schlechteren tariflichen Bedingungen neue Modelle bauen, ausgelagerte Produktion übernommen haben oder Leiharbeit für VW organisieren.

Unabhängig von der Konjunktur zeigt dieses Beispiel, dass durch Absatzsteigerungen die Beschäftigung nicht zu halten ist, zumal die Konjunkturaussichten für alle Märkte eher düster sind und eine geplante Vervielfachung des Individualverkehrs mit PKW in den erhofften neuen Absatzmärkten Indien und China die Klimakrise und ökologische Katastrophe beschleunigen würde. Umgekehrt ist es zwingend erforderlich, den öffentlichen Personenverkehr in den europäischen Industrieländern, den USA und den entwickelten asiatischen Ländern zu Lasten des Individualverkehrs flächendeckend auszubauen und zu fördern. Statt jetzt Automobilhersteller mit Milliardensummen zu fördern, wie dies von Frankreich und den USA beschlossen und von der Bundesregierung geplant ist, muss dieses Geld in den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs gesteckt werden.

Die Entwicklung der Produktivität führt unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu immer weniger Beschäftigung, zu Massenarbeitslosigkeit und millionenfacher, erzwungener Teilzeitarbeit und Unterbeschäftigung. Das liegt ursächlich daran, dass sich die Arbeitsproduktivität in den zurückliegenden Jahrzehnten immer schneller entwickelt hat als das Bruttoinlandsprodukt. In der BRD hat sich das Arbeitsvolumen, trotz steigenden Outputs, von 56 Mrd. Arbeitsstunden in 1960 über 46 Mrd. Arbeitsstunden in 1990 bis 55 Mrd. Arbeitsstunden in 2005 (einschließlich der 17 Millionen Bürger der ehemaligen DDR) entwickelt, und dies bei steigendem Erwerbspersonenpotenzial.

Alles spricht dafür, dass eine stetig sinkende Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich das adäquate Mittel ist, um dieses Problem zu lösen.

Sozial gestaffelter Lohnausgleich und Zeitwohlstand

Besonders schwierig ist in dieser Zeit das Problem des Lohnausgleiches; dies nicht aus ökonomischen Gründen, sondern wegen der machtpolitischen Konstellation, der Schwäche der Gewerkschaften. Aus den Produktivitätserhöhungen könnte völlig

problemlos ein Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung bezahlt werden, ohne dass die Gewinne der Unternehmen kleiner würden.[1] Wenn nur die direkten Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit von mehr als 40 Mrd. Euro zur Lösung des Problems hinzugenommen werden, so gilt die Feststellung: Arbeitslosigkeit ist teurer als Arbeitszeitverkürzung!

Um den Stillstand in der Arbeitszeitdebatte zu durchbrechen, haben WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen in einem Aufruf zur solidarischen Verteilung von Arbeit aus dem Jahr 2006 zur Frage des Lohnausgleichs folgenden Vorschlag gemacht: »Wir plädieren für Arbeitszeitverkürzung mit sozial gestaffeltem Einkommensausgleich. Für obere Einkommensgruppen (...) scheint der vorgeschlagene Tausch von Geld gegen freie Zeit in der Regel auch ohne Lohnausgleich vertretbar. Denn in oberen Einkommensgruppen ist ein gutes Leben mit mehr Zeitwohlstand auch auf der Basis des Verdienstes von kürzeren Arbeitszeiten möglich. Für weniger Verdienende (...) sind finanzielle Ausgleiche zu schaffen. Wir schlagen vor, den Lohnausgleich dadurch zu finanzieren, dass die durch die Verringerung von Arbeitslosigkeit freiwerdenden Mittel für Ausgleichszahlungen an Bezieher unterer und mittlerer Einkommen eingesetzt werden.«

Es geht also um Mittel der Arbeitslosenversicherung, die von Beschäftigten und Arbeitgebern aufgebracht werden. Zu einem Teil würden, diesem Vorschlag zufolge, die Beschäftigten den Lohnausgleich durch ihre eigenen Beiträge finanzieren – die oberen Einkommen mehr, die unteren Einkommen weniger; die Arbeitgeber wären ebenfalls beteiligt. Natürlich ist das kein Lohnausgleich aus den Profiten, wie ihn sich linke und konsequente GewerkschafterInnen vorstellen; aber durch die machtpolitischen Veränderungen, durch die wieder gestärkte Position der Gewerkschaften, ergibt sich die Möglichkeit, sich diesen Teil von den Profiten zurück zu holen.

Gegenwärtig haben wir die Situation, dass in vielen Betrieben (siehe oben die Beschreibung von VW) Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, häufig mit Lohn-

senkungen verbunden wird. Im Übrigen orientiert sich der Vorschlag des sozial gestaffelten Lohnausgleiches, z.T. finanziert aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung, an der Systematik der Altersteilzeit, für dessen Verlängerung die Gewerkschaften eintreten. Auch vergangene Arbeitszeitverkürzungen wurden oft ohne vollen Lohnausgleich durchgesetzt.

Nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung – auch die 30-Stunden-Woche bzw. die 4-Tage-Woche wäre hier nur ein erster Schritt – hilft, das Problembündel zu lösen, das nicht nur in unfreiwilliger Unterbeschäftigung, sondern auch im Ungleichgewicht der internationalen Arbeitsteilung, dem Ungleichgewicht in der Arbeitsteilung der Geschlechter bezogen auf Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit, Bürgerarbeit und Eigenarbeit bzw. Freizeit liegt. Für die Diskussion ist die starke Segmentierung des Arbeitsmarktes ein wichtiger Anknüpfungspunkt, die gravierenden Ungleichheiten zwischen Ost und West, zwischen Frauen und Männern, zwischen Jung und Alt, zwischen jungen MigrantInnen und lange in Deutschland lebenden, hier entstandenen Familien. Gute Arbeit, wie sie von den Gewerkschaften seit geraumer Zeit in den Mittelpunkt gestellt wird, ist eben auch kurze Arbeit(szeit) und eine gerechte Verteilung aller Arbeit und der arbeitsfreien Zeit.

Viele Akteure und Wege – ein Ziel? Die nächsten Schritte:

Das Thema Arbeitszeitverkürzung hat für die Gewerkschaften gegenwärtig keine Priorität, weil sie sich in der Defensive sehen. Aus dieser Situation kommen die Gewerkschaften nur heraus, wenn das Erpressungspotential von Millionen Arbeitslosen kleiner wird und verschwindet – das wiederum geht nur durch Arbeitszeitverkürzung. Es gibt weitere Themen und entsprechend weitere Akteure wie Sozialbewegungen, Kirchen, Frauenbewegung und viele mehr, die auf verschiedenen Wegen auf das gleiche Ziel zulaufen. Für diese Vielfalt an Akteuren ist, wenn wir erfolgreich sein wollen, ein gemeinsames Projekt zu definieren und ein Bündnis zu entwickeln. Keine Kraft, die auf sich allein gestellt Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn oder Grundeinkommen durchsetzen will, ist in der gegenwärtigen Situation dazu in der Lage. Deshalb ist es erforderlich und sinnvoll, die dazugehörigen Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, Anspruch auf ein Leben in Würde, demografische Entwicklung, Gesundheit und weitere gemeinsam zu diskutieren. Das macht die Debatte nicht einfacher, bietet aber mehr Aussicht auf Erfolg.

Arbeitszeitverkürzung erfordert zudem einen Mindestlohn als Schutz vor uferloser Absenkung sowie ein existenzsicherndes und diskriminierungsfreies Grundeinkom-

men für diejenigen, die durch Produktivitätssteigerungen aus dem System der Erwerbsarbeit geworfen werden oder etwa aufgrund mangelnder Ausstattung von Kindergärten bzw. des dreigliedrigen Schulsystems gar keinen Zutritt dazu bekommen.

Das Arbeitsvolumen wird, die Produktivitätsentwicklung berücksichtigt, in den Industrieländern nicht steigen, sondern sinken. Der Traum der Menschen, für ein gutes Leben weniger arbeiten zu müssen, wird wahr. Die Menschen werden dadurch partiell von der Arbeit befreit, die Befreiung in der Arbeit bleibt in der verbliebenen kürzeren Arbeitszeit Aufgabe der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Seitens der bundesweiten attac-Arbeitsgruppe »ArbeitFairTeilen« (www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitfairteilen) wurde ein neuer Vorstoß unternommen, das Thema stärker in die öffentliche Debatte zu bringen. Dafür gibt es folgende zwei Ansätze: Alle Anstrengungen der Unternehmer und der Regierenden, die Arbeitszeiten weiter zu verlängern, sind strikt und entschlossen zurückzuweisen. Dazu gehört, die vom EU-Ministerrat beschlossene neue EU-Arbeitszeitrichtlinie zu verhindern. Diese Richtlinie verkehrt nicht nur das EuGH-Urteil, wonach Bereitschaftszeiten als Arbeitszeiten gewertet werden müssen, ins Gegenteil, sondern eröffnet auf tariflicher oder gesetzlicher Basis wöchentliche Arbeitszeiten von bis zu 78 Stunden. Angesichts der derzeitigen Schwäche der Gewerkschaften und der Konkurrenz zwischen den Ländern (Standorten) innerhalb der EU ist klar, wie schnell daraus ein Trend zur Arbeitszeitverlängerung würde. Das EU-Parlament muss dieser Richtlinie noch zustimmen, damit sie in Kraft treten kann. Im Vorfeld der Wahlen zum EU-Parlament in 2009 sollte es gelingen, die Abgeordneten – und sei es aufgrund ihres Selbsterhaltungstriebes – dafür zu gewinnen, diesen Entwurf von Olaf Scholz und seinen europäischen KollegInnen aus Arbeits- und Sozialministerien abzulehnen. DGB und EGB haben ihre Ablehnung bereits deutlich gemacht, mehr als Presseerklärungen und etwas Lobbyarbeit sind aber weit und breit nicht zu sehen. Und die Unternehmerlobby ist viel zahlreicher und besser ausgestattet als der unterbesetzte EGB in Brüssel.

Im Bundesrat sollte über ein besonders betroffenes und von der SPD oder SPD/»Die Linke« regiertes Land eine Gesetzesinitiative eingebracht werden, um freiwillige Arbeitszeitverkürzung analog dem Altersteilzeitgesetz zu ermöglichen. Wir wissen, dass eine so genannte »kurze Vollzeit« von 30 Arbeits-Stunden pro Woche den Wünschen vieler berufstätiger Menschen entspricht. Dies beinhaltet die Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit einschließlich gestaffeltem Lohnausgleich für diejenigen, die heute (zu) lange arbeiten

und die Verlängerung der Arbeitszeit derjenigen, die in Mini-Jobs oder unfreiwilliger Teilzeitarbeit zu kurz, vor allem nicht existenzsichernd, arbeiten. Zu dieser Initiative gibt es einen Aufruf »für ein Gesetz, das Arbeitsplätze schafft durch Umverteilung von Arbeit« (www.attac-netzwerk.de) und eine Unterschriftensammlung, deren Zweck vor allem darin besteht, mit vielen Menschen aus den genannten Spektren ins Gespräch zum Thema Arbeitszeit zu kommen.

Schließlich, im übernächsten Schritt, wird es darum gehen, auf tariflicher und gesetzlicher Grundlage die Arbeitszeit entsprechend der Produktivitätsentwicklung weiter zu reduzieren. Das nächste Ziel sollte die 4-Tage-Arbeitswoche sein, um den Freizeiteffekt in besonderer Weise spürbar zu machen, Fahrten zur Arbeit zu reduzieren und eine wesentlich verbesserte Vereinbarung von Erwerbsarbeit und Familie/Beziehungsarbeit zu ermöglichen.

In allen Arbeitszeitkämpfen hat sich herausgestellt, dass das Fehlen von guten gesetzlichen Regelungen von den Unternehmern in der Krise genutzt wird, um die tariflichen Standards zu unterlaufen und zu senken. Gesetzliche Reduzierung der Arbeitszeit sollte deshalb als politisches Projekt der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken diskutiert und vereinbart werden. Wir brauchen beides: Gute Tarifverträge und gute gesetzliche Regelungen. Gerade in dieser Zeit der strukturellen Schwäche der Gewerkschaften ist es erforderlich, dass gesetzliche Leitplanken eingezogen werden. Der Diskussion dieses Projektes dienen die genannten Initiativen.

1) Ohne Umverteilungskomponente (Erhöhung der Lohnquote) kann Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich im Rahmen des Produktivitätszuwachses preis- und verteilungsneutral erfolgen. Durch Produktivitätszuwachs steigt bei gleichem Arbeitsvolumen und reduzierter Arbeitszeit der Arbeitskräftebedarf einerseits, der Umsatz andererseits. Ohne Veränderung von Lohn- und Gewinnquote können mehr Beschäftigte zu Entgelten wie vor der Produktivitätserhöhung und Arbeitszeitverkürzung beschäftigt werden (Rechenbeispiel siehe Bontrup/Niggemeyer/Melz: ArbeitFairTeilen, VSA 2007, S. 77-79).

Stephan Krull ist Mitglied der Delegiertenversammlung der IG Metall in Wolfsburg, aktiv in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und der attac AG ArbeitFairTeilen.

Lesetipp: attac-Basis-Text 27, Bontrup/Niggemeyer/Melz: »Arbeitfairteilen«, VSA Hamburg 2007

Erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 10/08

Attac Schweiz

Die strukturelle Krise des kapitalistischen Systems

Pressecommuniqué von Attac Schweiz bezüglich der Ereignisse der Krise Genf, den 21. Oktober 2008

Am Donnerstag, den 16. Oktober, haben der Bundesrat, die Schweizerische Nationalbank und die Eidgenössische Bankenkommission einen so genannten «Rettungsplan» von über 60 Milliarden Schweizer Franken für die Bank UBS angekündigt. Ohne über diesen Plan demokratisch - das heißt durch Heranziehung der Meinung der LohnarbeitnehmerInnen, die regelmäßig ihre Steuern zahlen - abstimmen zu lassen, sozialisiert der Bundesrat die Verluste eines privaten Unternehmens, welches sein Geld durch Finanzspekulationen verloren hat. Selbst die Tribune de Genève, eine Tageszeitung die man nun nicht als besonders links bezeichnen kann, betitelt diesen Plan mit «Vergesellschaftung der Verluste, Privatisierung der Gewinne».

Es wird immer deutlicher, dass diese sogenannte «Finanz»-Krise eine strukturelle Krise des kapitalistischen Systems darstellt, Es bedeutet die Ausbeutung von Beherrschten durch die Herrschenden und den Gebrauch von politischer Macht im Interesse letzterer. Die Rettung der großen Banken, der Kauf wertloser Aktien, die sogenannte Regulierung der Finanzwelt, das alles nutzt nur den Interessen der dominanten Klassen und geschieht zum Nachteil der Lohnabhängigen. Heutzutage ist es notwendig, von Maßnahmen zu sprechen, die hic et nunc die Lebensbedingungen der Menschen verbessern, um die Krise zu überwinden.

Attac Schweiz ruft zur Mobilisierung der Gewerkschaften, der linken Parteien und der Organisationen, Vereine und Bürgerbewegungen auf, damit folgende Punkte sofort umgesetzt werden:

a) Die Krise durch Regulierungen der Finanzwelt zu überwinden und somit tausende von Arbeitsplätzen zu retten ist illusorisch. Die Finanzwelt ist eng mit der Realwirtschaft verknüpft. Der Ursprung der „Subprime“-Krise ist die ungleiche Verteilung der sozialen Reichtümer. Eine starke Erhöhung der Löhne durch einen genügend hohen Mindestlohn und eine starke Beteiligung der Lohnarbeiter an den Profiten sind somit unabdingbare Maßnahmen, um die Ungleichheiten zu bekämpfen. Eine gewerkschaftliche Kampagne für einen Mindestlohn könnte einen Anfang sein.

b) Der Plan UBS zeigt, wie der Staat der herrschenden Klasse Geld leiht um ihre Banken zu retten, und verteilt die Reichtümer somit von unten nach oben. Der Staat sollte eher die hohen Gehälter, die Vermögen, die Unternehmen und die Dividenden besteuern, um eine richtige Verteilung von oben nach unten vorzunehmen, und so der Vorherrschaft des Finanzkapitals ein Ende setzen.

c) Die erste Forderung bei der Gründung von Attac war die Einrichtung der Tobin-Steuer, oder anders ausgedrückt, die Besteuerung der spekulativen Finanztransaktionen. In dieser historischen Zeit ist es notwendig, die Kontrolle jeglicher spekulativer Transaktionen durch Besteuerung zu fordern, ebenso wie ein Verbot der Hebelwirkung, sowie ein Verbot aller finanziellen Instrumente, die nicht der Realwirtschaft dienen, und der Aktienoptionen.

d) Heute spricht man von Verstaatlichung der Banken, aber eigentlich ist das, was gerade passiert, nur eine minimale Beteiligung der Staaten an privaten Banken. Wer versichert uns, dass die Banken mit dem öffentlichen Geld, das sie erhalten haben, nicht bereits neue spekulative Investitionen suchen? Die Einführung einer Besteuerung

spekulativer Finanztransaktionen muss einhergehen mit einer echten Verstaatlichung, die eine Veränderung des aktuellen Bankensystems in ein öffentliches System mit sich zieht, und die Rolle des Geldes als neutrales Austauschmittel zu Diensten von allen festlegt. Das bedeutet auch eine Trennung der Investitions- von den Kreditbanken, die öffentliche Kontrolle des Kreditystems, sowie eine Orientierung an den Bedürfnissen der Gemeinschaft und der kleinen und mittleren Unternehmen.

e) Eine aktuelle und reale Sorge der Lohnabhängigen ist die Zukunft ihrer Renten. Diese 60 Milliarden Franken sind mehr als die Summe aller Renten (Alters- und Hinterlassenenversicherung und die zweite Säule, also berufliche Vorsorge!), die pro Jahr gezahlt wird. Die (privaten!) Pensionskassen sind ebenfalls von den starken Schwankungen der Finanzwelt betroffen. Das Parlament hat bereits eine Senkung sowohl des Umwandlungssatzes (von 7,05% auf 6,8%) als auch des Mindestsatzes (von 4% 2003 auf 2% bis 2011) entschieden. Es wird höchste Zeit, die sehr instabile und den finanziellen Schwankungen ausgesetzte zweite Säule abzuschaffen und eine einheitliche Rente (AHV) zu schaffen, die von der Gesellschaft kontrolliert wird. Somit könnte man die Mindestrente der AHV auf 3000 Franken erhöhen und allen eine Existenzminimum zusichern!

Diese gesellschaftspolitischen Interventionen sind nur ein Anfang für eine Überwindung der aktuellen Krise – doch sie sind ein Anfang: Es sind die unabdingbaren Elemente, die es uns erlauben, unsere eigene Zukunft in die Hand zu nehmen!

Übersetzung : Marie Gilow, SiG-Redaktion

Weitere Artikel zu den Finanzmärkten in Sand im Getriebe Nr. 61, 65, 67 und 69

Walden Bello: Woran liegt es? Kleine Einführung in die Ursachen des Zusammenbruchs der Wall Street.
<http://sandimgetriebe.attac.at/6802.html>

Walden Bello: Im Freien Fall: Zehn Jahre nach der Asienfinanzkrise
<http://sandimgetriebe.attac.at/6052.html>

Attac Chile und Argentinien
<http://sandimgetriebe.attac.at/6805.html>

Jörg Huffschild Zauber des Abschwungs
<http://sandimgetriebe.attac.at/6668.html>

Elmar Altvater: Krisen – das wiederkehrende „Weltmarktungewitter“
<http://sandimgetriebe.attac.at/6803.html>

Sabine Leidig: Die Entfesselung der Märkte insgesamt in Frage stellen
<http://sandimgetriebe.attac.at/6669.html>

Peter Strotmann: Banken Rock'n Roll
<http://sandimgetriebe.attac.at/6077.html>

Jean Ziegler: Die Kapitalrendite steigt maximal - aber gleichzeitig steigen die Leichenberge

<http://sandimgetriebe.attac.at/6050.html>

Harald Schumann: Die Wall Street hat den Dollar verspielt
<http://sandimgetriebe.attac.at/6804.html>

Peter Gowan: Turbulenzen im imperialen Dollarsystem
<http://sandimgetriebe.attac.at/6051.html>

Jörg Goldberg: Globale Schiefelage: Das Kapital fließt nach oben
<http://sandimgetriebe.attac.at/6053.html>

Die Zeit ist reif: Das Casino schließen

Attac - Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen

Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Italien, Attac Marokko, Attac Norwegen, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Schweden, Attac Schweiz, Attac Spanien, Attac Ungarn.

September 2008

„Entmachtet die Märkte!“ Als Attac 1998 gegründet wurde, bezog sich dieser Slogan auf die Finanzkrise in Asien. Inzwischen haben wir weitere Finanzkrisen erlebt: in Russland, Brasilien, Türkei, Argentinien und das Platzen der *New Economy*-Blase 2001.

Mittlerweile befinden sich die reichen Länder mitten in der schwersten Krise seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Der Crash an der Wall Street im September 2008 markiert das Ende einer historischen Epoche: der Finanzkapitalismus, ein System das ausschließlich von der Jagd nach dem Maximalprofit angetrieben wird, ist kollabiert. Er hat sich mit seinen inneren Widersprüchen selbst zerstört. Die Schockwellen der Finanzkrise haben jetzt die Realwirtschaft erreicht. Die USA befinden sich bereits in einer Rezession. Großbritannien und die Eurozone stehen kurz davor. Die gesamte Weltwirtschaft wird davon betroffen sein.

Das Schrumpfen der Wirtschaft wird die Arbeitslosigkeit erhöhen und Ungleichheiten vertiefen. Es wird erneut Druck auf die Lohnabhängigen ausgeübt werden, damit sie noch mehr Flexibilisierung, niedrigere Löhne und geringere soziale Sicherheit hinnehmen. Die sinkende Nachfrage der reichen Länder wird auch die verwundbaren Volkswirtschaften der Entwicklungsländer hart treffen und die Armut dort verschärfen. Die *Millennium Entwicklungsziele* und andere Versuche, eine sozial gerechte und umweltfreundliche Entwicklung in Gang zu setzen, werden in unerreichbare Ferne rücken.

Der Finanzcrash und der Beginn der Rezession trafen mit einem rasanten Anstieg von Öl und Nahrungsmittelpreisen zusammen. Dies hat in einigen Entwicklungsländern zu schweren sozialen Krisen und Hungerrevolten geführt. Der Anstieg von Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen hat mehrere Ursachen. (1) Aber klar ist auch, dass spekulative Geschäfte von Hedge Funds u. a. institutionellen Investoren beträchtlich zu hohen Preisen und starken Preisschwankungen beigetragen haben.

Auslöser der aktuellen Krise war die exzessive Vergabe von faulen Hypothekenkrediten an Haushalte in den USA, und damit verbunden deren spekulative Verbriefung und ihr Verkauf an institutionelle Investoren und Privathaushalte in den USA und international. Die anhaltende Welle von Insolvenzen hat dramatische Auswirkungen auf Investment- und andere Privatbanken oder Hedge Funds. Mittlerweile ist auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Für 2009 sind die Aussichten in wirtschaft-

licher, sozialer und ökologischer Hinsicht für weite Teile der Welt trostlos.

Dabei hätte man es besser wissen können. Der Crash bestätigt leider die Prognosen von heterodoxen Experten, wie dem Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, oder von Attac, sozialen Bewegungen und anderen Kritikern. Sogar den Aufsichtsbehörden war bewusst, dass das System riskant war, aber es fehlte der Wille zu handeln und dem herrschenden Glauben an die Fähigkeit des Marktes zur Selbstregulierung entgegenzutreten.

Jetzt, unter dem Druck der Krise, ruft sogar der Mainstream der Finanzwelt nach Reformen. Aber dessen Vorschläge greifen zu kurz, da sie die systemischen Ursachen, die Krise zugrunde liegen, nicht anpacken. Sie beziehen sich vor allem auf den Finanzsektor und dessen Stabilitätsprobleme. Das reicht nicht. Der Finanzkapitalismus hat nämlich auch katastrophale Auswirkungen auf Verteilung und Demokratie. Banker rufen jetzt nach dem Staat. Aber tatsächlich geht es ihnen nur um die Vergesellschaftung der Verluste, während die Profite weiterhin in private Taschen wandern sollen. Das Rettungspaket der USA – mit mehr als 700 Milliarden US Dollar das größte in der Menschheitsgeschichte – und ähnliche Programme in Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern zeigen deutlich diese Logik. Wenn die Finanzwelt von Reformen redet, meint sie bestenfalls Regulierung in einigen Teilbereichen und kurzfristiges Krisenmanagement. Damit soll der neoliberale Kurs aufrechterhalten und nach einiger Zeit wieder zu *Business as usual* zurückgekehrt werden.

Was dagegen die Mehrheit der Menschen braucht, sind reale Veränderungen hin zu einem anderen wirtschaftlichen Leitbild, bei dem das Finanzsystem zu sozialer Gerechtigkeit, Stabilität und nachhaltiger Entwicklung beitragen muss. Wir können es nicht zulassen, dass man in den kommenden Jahren wieder zu den alten Zuständen zurückkehrt.

Die Krise ist nicht das Ergebnis einiger unglücklicher Umstände. Sie kann auch nicht auf das Versagen von Finanzaufsicht, Rating-Agenturen oder einzelner Akteure reduziert werden. Sie hat systemische Wurzeln. Deshalb müssen die Strukturen und Mechanismen des Systems generell in Frage gestellt werden.

Finanzmärkte bilden das Zentrum und die treibende Kraft der neoliberalen Globalisierung. Dies führte dazu, dass der Finanzsektor Dominanz über die übrige Wirtschaft

erlangte. Dies geschah als Folge der 1973 eingeführten freien Wechselkurse zwischen den großen Währungen, der Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen, der konsequenten Liberalisierung der Finanzmärkte und der Deregulierung der Finanzindustrie.

All dies ging einher mit der Etablierung sog. „unabhängiger“ Aufsichtsbehörden, die damit aber nur das Ziel starker und erfolgreiche Lobby der Finanzindustrie wurden. Seitdem erlebten die Finanzindustrie und ihre „innovativen“ Instrumente ein rasantes Wachstum. Die Masse von Finanzvermögen, von Schulden und die weltweite Suche nach Profiten wuchsen gleichermaßen. 2001 beschleunigte sich dieser Prozess enorm, als die USA einen Ausweg aus der Krise der *New Economy* fanden, indem sie einen dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung und des Leistungsbilanzdefizit herbeiführten. Finanziert wird das Doppeldefizit durch den Rest der Welt.

Finanzkapitalismus - das neue Modell

Zusammengenommen haben all diese Entwicklungen zur Etablierung eines neuen ökonomischen Modells, einer neuen Form von Kapitalismus geführt, die von einigen als *Finanzielle Globalisierung*, von anderen als *Finanzkapitalismus* oder *Shareholder Kapitalismus* bezeichnet wird. Wie immer man das neue System nennt, klar ist: während früher die Finanzmärkte eine nachgeordnete und Dienstleistungsrolle gegenüber der Realwirtschaft spielten, hat sich diese Beziehung jetzt umgekehrt.

Der Zugriff von „Finanzinteressen“ auf die Realwirtschaft erweiterte sich enorm, indem alle wirtschaftlichen Aktivitäten an den Maximalprofiten auf den Finanzmärkten gemessen wurden. Es wurden Finanzinstrumente entwickelt, die der Erwirtschaftung von Renditen ausschließlich auf den Finanzmärkten dienen. Nachhaltige Industrieproduktion und Landwirtschaft sowie stabile Sparmöglichkeiten für die Lohnabhängigen wurden dagegen vernachlässigt.

Die Logik und Dynamik der kurzfristigen Profitmaximierung drang in alle Poren des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ein. Die uneingeschränkte Mobilität des Kapitals, die von der neoliberalen Politik ermöglicht wurde, spielt heute eine entscheidende Rolle in der Weltwirtschaft. Sie erzeugt globalen Wettbewerb nicht nur unter transnationalen Konzernen, sondern auch zwischen den Nationalstaaten, zwischen deren Sozial- und Finanzsystemen sowie unter den Arbeitern in den verschiedenen Regionen

des Planeten. Indem die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Konzerne verschoben wurden, verschärfte sich die soziale Ungleichheit, schrumpfte die Beschäftigung, wurden Sozial- und Umweltstandards abgesenkt sowie öffentliche Güter und Dienstleistungen privatisiert. Kurzum, die "Freiheit" von Finanzakteuren wurde auf Kosten der Mehrheit der Menschen ausgeweitet und führte zu einer Wirtschaft, die die Umwelt massiv zerstört. Aber das Scheitern dieses Modells war noch nie so offensichtlich wie heute, da wir gleichzeitig drei Krisen erleben: Finanzkrise, Nahrungsmittelkrise, Klima- und die Energiekrise. Dieses Modell, das von Regierungen weltweit und jahrelang gestützt wurde, ist heute völlig diskreditiert. Deshalb müssen jetzt klare Konsequenzen gezogen werden: dieses umweltschädliche und ungerechte Finanzsystem muss komplett umgebaut und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, auf soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit ausgerichtet werden. Die Krise eröffnet eine historische Chance. Es wird vom Druck der öffentlichen Meinung abhängen, ob ein wirklicher Kurswechsel erreicht wird.

Ein anderes Finanzsystem ist möglich: Stabilität und Solidarität vor Profiten

Aufgrund der Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems, ist es unmöglich die Probleme mit einem einzigen Instrument zu lösen. Es gibt keinen Archimedischen Punkt. Ein ganzer Instrumentenkasten wird benötigt.

Dennoch können wir angesichts Hunderter von Einzelvorschlägen, die in der nächsten Zeit gemacht werden und die alle kontrovers sein dürften, einige grundlegende Kriterien formulieren, denen die einzelnen Vorschläge genügen müssen, wenn sie für eine emanzipatorische Reform in Frage kommen sollen.

A. Systemische Veränderungen statt Reparatur an einzelnen Teilen

Das Finanzsystem in seiner neoliberalen Form hat bewiesen, dass es instabil, ökonomisch ineffizient und schädlich für Gerechtigkeit, soziale Wohlfahrt und Demokratie ist. Deshalb sind systemische Veränderungen unerlässlich. Eines unserer Hauptziele muss es daher sein, die tragenden Säulen des Neoliberalismus zum Einsturz zu bringen, insbesondere die weltweite Mobilität des Kapitals. Demgegenüber zielen die meisten regulatorischen Maßnahmen des Mainstreams darauf, die vermögensbasierte Kapitalakkumulation zu erhalten. Sie beschränken sich auf Finanzstabilität und den Schutz der Reichen. Oberflächliche Reformen aber, z.B. „Transparenz“, sind inakzeptabel.

B. Neues Bretton Woods anstatt „sich selbst regulierender Märkte“

Die Krise zeigt, dass Märkte allein, ohne politische Regulierung und demokratische Kontrolle verhängnisvolle Folgen zeitigen. Daher sind demokratische Kontrolle und internationale Kooperation nötig, anstatt zerstörerischem Standortwettbewerb. Ökologischer Zukunftsfähigkeit und den Menschenrechten aller drei Generationen muss bei allen wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen zukünftig Priorität eingeräumt werden.

Ein geeignetes institutionelles Setting unter Federführung der UNO muss geschaffen werden, das eine strikte Regulierung und Umorientierung des Finanzsystems ermöglicht. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf demokratische Kontrolle und auf den aktiven Einsatz für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie Krisenprävention statt -reaktion zu legen. So sollte z.B. die UNO und nicht der IWF das Mandat zur Aufsicht über das Weltwirtschaftssystem erhalten. Dazu muss auch die Fähigkeit zum regulatorischen Eingriff gegenüber hohen Handelsbilanzdefiziten, Verschuldung und Zahlungsbilanzdefiziten gehören (wie gegenwärtig bei den USA). Eine solche UN-Institution sollte auch darüber entscheiden, ob und inwieweit Finanzdienstleistungen, Finanzprodukte und Dienstleistungen liberalisiert werden und inwieweit die Mobilität des Kapitals einzuschränken ist. Dies würde auch bedeuten, dass solche Entscheidungen nicht mehr in der WTO und über das GATS oder bilaterale Freihandelsabkommen getroffen würden, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Die Finanzaufsicht auf nationaler Ebene und internationale Kooperation zwischen den Regulierungsinstitutionen und Aufsichtsbehörden, vor allem innerhalb der EU, müssen gestärkt und demokratisiert werden. Die Partizipation von Gewerkschaften, Verbrauchern und anderer Stakeholders bei der Regulierung muss gewährleistet werden. Rating muss Teil der staatlichen Aufsicht werden und dazu beitragen, dass Finanzprodukte, Kredite und Unternehmen nicht zu Umweltzerstörung beitragen.

Für das unmittelbare Krisenmanagement wird eine enge Kooperation auf europäischer Ebene, inkl. Schweiz und Russland benötigt, ebenso wie transatlantische Zusammenarbeit.

Es müssen weltweit Grenzen für unregulierten Freihandel und uneingeschränkte Kapitalmobilität gesetzt werden. Das Dogma vom „freien Fluss“ von Gütern, Dienstleistungen und Kapital muss durch differenzierte Ansätze ersetzt werden. In zukünftigen internationalen Abkommen müssen Finanzstabilität, Steuergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Vorrang vor freiem Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr haben. Soziale Rechte und historische Errungenschaften der Lohnabhängigen

dürfen von solchen Abkommen nicht mehr untergraben werden: im Gegenteil, sie müssen internationale Solidarität anstelle von Wettbewerb stärken.

C. Die Dominanz der Finanzmärkte brechen

Die Grundorientierung für substantielle Veränderungen muss darauf orientieren die Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft zu brechen. Einige dafür geeignete Instrumente sind:

- Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen, inklusive Währungstransaktionen. Damit soll die Spekulation unterbunden werden, Tempo auf den Finanzmärkten herausgenommen und Schluss mit der Kurzfristorientierung gemacht werden. Gleichzeitig sollen die Finanzierung von fairem und nachhaltigen Handel, Produktion und Konsum gefördert werden;
- nationale Regierungen sollen parallel dazu eine Steuer auf den Sekundärhandel mit Aktien einführen, um Spekulation zu unterbinden;
- weltweites Verbot bzw. die Zerschlagung von Finanzkonglomeraten, die im Falle eines Bankrotts systemische Effekte haben („too big to fail“);
- progressive Besteuerung von Kapitaleinkünften. Eine der Hauptursachen für die Blasenbildung auf den Finanzmärkten ist die extreme Konzentration von Reichtum. Um die Finanzmärkte zu entschleunigen und zu stabilisieren ist eine substantielle Umverteilung von Einkommen und Wohlstand von Oben nach Unten notwendig, ebenso wie die Beseitigung von Anreizen zu exzessiven Profiten und Steuerhinterziehung;
- noch bevor *Umverteilung* nötig wird, muss die Wirtschaftspolitik bereits eine gerechte *Verteilung* gewährleisten: Löhne dürfen nicht langsamer als die Produktivität wachsen (außer bei Arbeitszeitverkürzung) und Arbeit muss fair verteilt sein;
- die Privatisierung der Daseinsfürsorge und wichtiger Infrastruktur, wie z.B. Energieversorgung oder Eisenbahnen, muss gestoppt und, wo sie bereits erfolgt ist, rückgängig gemacht werden. Auch die Privatisierung der Altersversorgung muss rückgängig werden.

D. Abfederung der Krisenfolgen für die Realwirtschaft und das Verursacherprinzip - „Spekulant zu Kasse bitten“

Da die Finanzkrise die Realwirtschaft und die Gesellschaft bereits erfasst hat, werden dringend Konjunkturprogramme benötigt, um die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft abzufedern.

Angesichts des Ausmaßes der Krise, sind Rettungspakete unumgänglich, um den totalen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Allerdings müssen diese Rettungs-

pakete strikt an Bedingungen geknüpft sein. Jede Form von *moral hazard* (2) muss ausgeschlossen werden. In den Fällen, wo die Rettungspakete auch ohne Verstaatlichung funktionieren, müssen die Kosten von den Aktionären zurückgezahlt werden – inklusive Zinsen. Unternehmen, die dazu nicht in der Lage sind, gehen teilweise oder ganz in öffentliche Hände über.

Die Kosten der Liquiditätsspritzen und Rettungspakete sind in erster Linie von jenen zu tragen, die für die Krise verantwortlich sind und sich seit Jahren bereichern konnten. Dafür sollte in jedem Land ein spezieller Krisenfond geschaffen werden. Dieser Topf sollte durch eine einmalige Sonderabgabe auf alle Kapitaleinkünfte über 50.000 Euro und einer zusätzlichen einprozentigen Steuer auf alle Profite in der Finanzindustrie gespeist werden.

Ein Teil dieses Fonds sollte international eingesetzt werden, um armen Länder, die unter dem Crash leiden und von hohen Nahrungsmittel- und Rohstoffpreisen betroffen sind, zu helfen.

Zusätzlich müssen öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur und Umwelt fließen, da diese Sektoren unter chronischer Unterfinanzierung leiden. Damit würde zugleich Beschäftigung geschaffen und die ökologische Wende unterstützt.

E. EU reformieren. Demokratische Kontrolle über die Europäische Zentralbank

Besondere Aufmerksamkeit muss der EU gewidmet werden. Im Lissabonvertrag und anderen Verträgen ist alles was das Finanzsystem betrifft, vom neoliberalen Dogma bestimmt. Artikel 63 zur Funktionsweise der Europäischen Union (ex art. 56 ECT), der jegliche Beschränkung von Kapitalflüssen innerhalb von EU, sowie gegenüber Drittländern verbietet und damit die Dominanz der Finanzen auf die Gesellschaft fest schreibt, muss geändert werden. Es gibt gute Gründe, die Kapitalmobilität teilweise einzuschränken: damit wird Finanzstabilität gewährleistet, Steuerhinterziehung und Steuerwettbewerb verhindert und eine beschäftigungsfreundliche Finanzpolitik ohne das Risiko von Kapitalflucht ermöglicht. Wir fordern auch die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit (Art. 49), die es dem Kapital ermöglicht, dorthin zu gehen, wo es die günstigsten Bedingungen findet, und es Finanzinstitutionen z.B. erlaubt, sich in die Londoner City oder andere Steuerparadiese zu flüchten.

Finanzregulierung und -aufsicht in der EU und in den Mitgliedsstaaten, müssen grundsätzlich verändert werden. Statt am Vorrang für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Finanzindustrie müssen sie sich an den höchsten Standards orientieren. Die Anpas-

sung nach unten – *race to the bottom* – muss aufhören.

Die nationalen Parlamente müssen regelmäßig prüfen, ob die Regulierung der Finanzmärkte und der Finanzindustrie angemessen ist. Das Europäische Parlament muss das Recht bekommen, Regulierungen einzuführen. Die EU sollte alle notwendigen Bereiche der Finanzindustrie regulieren, d.h. Kreditwesen, Risiko-Management, Investment, Ausgabe von Aktien und Anleihen etc. Damit soll gewährleistet werden, dass finanzielle Mittel und Dienstleistungen vorrangig für nachhaltiges Wirtschaften und soziale Entwicklung eingesetzt werden. Darüber hinaus ist es notwendig die Geldpolitik der EZB zu ändern. Die Bank ist das Zentrum des europäischen Neoliberalismus'. Sie arbeitet ausschließlich auf Grundlage der monetaristischen Ideologie, wonach Preisstabilität absoluter Vorrang gebühren müsse. Dies geht zu Lasten der Arbeitnehmer, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität. Ganz im Geiste neoliberaler Ideologie behauptet sie ihre sogenannte Unabhängigkeit. Tatsächlich entzieht sie sich damit jeglicher demokratischer Kontrolle.

Wir fordern die demokratische Kontrolle dieser Institution, deren Politik einen gewaltigen Einfluss auf das Schicksal der Bevölkerung hat. Wir lehnen die Fixierung der EZB auf die Begrenzung der Konsumpreisstabilität auf max. 2% ab. Dies ist eine der tragenden Säulen der neoliberalen Politik. Stattdessen wollen wir, dass die EZB sich auf Beschäftigung und gerechte Verteilung konzentriert.

Sogar die *Bank für internationalen Zahlungsausgleich* empfiehlt in ihrem Jahresbericht 2008, dass die Zinspolitik der Zentralbanken nicht nur auf die Inflation achtet und die Zinsen niedrig halten soll, sondern auch das Augenmerk auf die Effekte von Zinsen auf "exzessives und riskantes Kreditwachstum", die Bildung von Blasen und überzogene Ausgabenpolitik und Produktionsmuster zu richten.

Die Zinserhöhung der EZB als Reaktion auf die Erhöhung des Ölpreises folgte exakt dem neoliberalen Dogma. Obwohl es sich dabei nur um das Ansteigen eines relativen Preises handelte, was nicht mit Inflation zu verwechseln ist (Inflation ist Preisanstieg auf breitere Front), malte Frankfurt das Gespenst der Inflation an die Wand. Gegenwärtig ist Inflation jedoch kein Problem, sondern Rezession und Arbeitslosigkeit. Die Politik der EZB beschleunigt und vertieft daher die Krise, in die die EU hineingeraten ist.

Für eine Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesellschaft ist es überdies zwingend notwendig, die Lobbyisten der Finanzindustrie und der großen Konzerne sowie deren „Beratungstätigkeit“ zu kontrollieren, einzuschränken und für vollständige Transparenz zu sorgen.

F. Reformen im Kernbereich des Systems

Im Lichte der Krise benötigen folgende Eckpfeiler des gegenwärtigen Systems besondere Aufmerksamkeit:

a. Eigenkapitalanforderungen und Risiko-Management im Bankensektor

Die Eigenkapitalanforderungen für Banken müssen erhöht werden. In dieser Hinsicht war das Eigenkapitalabkommen „Basel II“ ein Schritt in die falsche Richtung. Daher brauchen wir ein „Basel III“ mit dem die Konsequenzen aus dem Crash gezogen werden. Außerbilanzliche Geschäfte, die ebenfalls zum Zentrum der Krise gehören, müssen verboten werden.

Verbriefung darf nur solchen Akteuren erlaubt werden, die unter strikter staatlicher Aufsicht stehen. Riskante Verfahren, wie die sog. *Collateralized Debt Obligations*, deren Ziel, der massenhafte Handel mit Subprime Krediten war, müssen verboten werden.

Spekulative Finanzprodukte müssen verboten werden, besonders bei Nahrungsmitteln und da, wo sie eine destabilisierende Wirkung haben. Alle neuen Finanzprodukte müssen von der Finanzaufsicht auf ihre Wirkung auf Finanzstabilität und Gesellschaft geprüft werden, bevor sie genehmigt werden.

Investmentbanking muss soweit geschrumpft werden, dass es kein systemisches Risiko mehr darstellt. Was davon übrig bleibt, ist in vollem Umfang der Regulierung und der Aufsicht zu unterziehen, sowie von anderen Finanzdienstleistungen zu trennen. Die Aktivitäten des Investmentbankings sollen nachhaltiger Entwicklung dienen, z.B. indem sie Aktien von Unternehmen fördern, die umweltfreundliche Produkte herstellen.

Alle Finanzkonglomerate, die Privatkundengeschäft, Investmentbanking und Versicherungen betreiben, müssen umstrukturiert oder aufgesplittet und komplett der Aufsicht unterstellt werden.

Das Bonussystem für Manager sollte verboten werden, weil es Anreize zu riskantem Verhalten setzt, ohne die Manager für Verluste haftbar zu machen.

b. Stärkung des öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor

Nach dem zweiten Weltkrieg hat der lokal ausgerichtete, genossenschaftliche und öffentliche Bankensektor in Europa eine positive Rolle gespielt. In den letzten beiden Jahrzehnten haben diese Banken jedoch zunehmend mit kommerziellen Banken fusioniert oder haben deren Geschäftsmodelle übernommen. Sie gingen an die Börse und passten sich dem angelsächsischen Finanzsystem an.

Dieser Trend muss umgedreht werden; öffentliche und Genossenschaftsbanken müssen gestärkt und vom Wettbewerbsrecht der EU ausgenommen werden. Die Öffent-

lichkeit sollte zumindest über einige Schlüsselbanken verfügen, um damit für Stabilität, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Die verstaatlichten Banken, bzw. die Institute, von denen der Staat durch die Rettungspakete Anteile erworben hat, müssen so umstrukturiert werden, dass sie den Bedürfnissen der Gesellschaft dienen. Dazu gehört auch die Vergabe günstiger Kredite für umweltfreundliche Projekte und Unternehmen und der Zugangs zu hochwertigen Basisdienstleistungen für alle.

c. Rating-Agenturen unter öffentliche Kontrolle

Die Rating-Agenturen haben in der aktuellen Krise ebenso versagt wie in fast allen Krisen der Jahrzehnte davor. Sie gehören unter öffentliche Kontrolle. Sie dürfen nicht mehr von Unternehmen bezahlt werden, die sie prüfen. Stattdessen müssen sie aus einem Fonds finanziert werden, der aus Beiträgen der Ratingkunden und der Anbieter von Finanzprodukten gespeist wird. Sie sollten nicht nur finanzielle Aspekte prüfen, sondern auch soziale und Umweltrisiken.

Auch die Buchprüfer haben die Schwächen des Risikomanagements der Finanzinstitute unter den Teppich gekehrt. Sie haben zugelassen, dass Geschäfte im Subprime Hypothekenmarkt – Derivate und andere Vermögenswerte – außerbilanzlich gemacht werden. Die Regeln für die Prüfungen müssen wieder international festgelegt werden.

d. Investitionsfonds regulieren, insbesondere Hedge Funds und Private Equity Funds

Wer braucht Hedge Funds und welchen Nutzen bringen sie der Volkswirtschaft? Als 2007 beim G8 Treffen 2007 die Bundesregierung mehr Transparenz für Hedge Funds forderte, hieß es, Hedge Funds würden eine nützliche Funktion erfüllen, weil sie Risiken übernehmen, die andere nicht zu übernehmen bereit sind. In der Tat sind diese Risiken nichts anderes als Spekulationsrisiken, die ausschließlich eingegangen werden, um Maximalprofite zu erzielen. Aus diesem Geschäftsmodell ergibt sich keinerlei volkswirtschaftlicher Nutzen. Im Gegenteil, es destabilisiert das System. Denn durch den Hebelverstärkten Einsatz von Fremdkapital wird das Risiko an die Kreditgebenden Banken übertragen. Auch hochspekulative Praktiken, wie Leerverkäufe⁽³⁾ sind destabilisierend. Beides sollte daher verboten werden.

Hedge Funds zu Instrumenten des Risiko-Managements zu erklären, heißt soviel wie einen Pyromanen zum Feuerwehrmann zu ernennen. Hedge Fonds müssen daher verboten werden. Banken muss untersagt werden, Geschäfte mit Hedge Funds zu machen, die ihren Sitz in Steueroasen haben.

Niemand braucht Hedge Fonds, außer reiche Individuen und institutionelle Investoren, die hinter Maximalprofiten herjagen.

Auch Private Equity Funds haben sich als Stabilitätsrisiko erwiesen. Sie dienen zudem als Transmissionsriemen des Shareholder-Kapitalismus in die Realwirtschaft. Auch dieses intransparent Geschäftsmodell muss gestoppt werden. Alternativ dazu müssen Anreize für Banken geschaffen werden, sich wieder stärker in Unternehmensfinanzierung und Risikokapital zu engagieren, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Die öffentlichen Banken müssen eine führende Rolle bei der Unternehmensfinanzierung übernehmen.

Generell sollte die EU alle Typen von Fonds mit einer entsprechenden Direktive der Regulierung unterwerfen. Alle Fonds müssen ihre Investmentstrategien und Managementgebühren offenlegen. Bestimmte Strategien müssen untersagt werden (z.B. Leerverkäufe), Kreditaufnahme mit Hebeleffekt muss eingeschränkt werden. Es muss eine Höchstgrenze für die Kapitalmasse festgelegt werden, die ein Fonds verwalten darf.

Fondsprofite müssen höher besteuert werden als Arbeitseinkommen. Fonds, die ihren juristischen Sitz außerhalb der EU haben (z.B. nur in Offshore-Zentren), bzw. nicht mit EU-Standards übereinstimmen, soll der Marktzugang untersagt werden.

e. Derivatehandel drastisch einschränken

Finanzderivate dürfen nur an der Börse gehandelt werden. Sie müssen standardisiert und von der Aufsicht genehmigt sein. Derivate zu rein spekulativem Zweck müssen verboten werden. Der außerbörsliche Handel mit Derivaten (*over the counter - OTC*) muss unterbunden werden.

f. Offshore – Zentren

Wer braucht Offshorezentren (OFCs) und Steuerparadiese? Nur die Reichen und institutionelle Investoren, die ihre Gewinne vorm Finanzamt verheimlichen wollen – die Mafia, Terroristen, Waffenhändler und andere Kriminelle, die Geldwäsche betreiben. Es gibt kein rationales Argument, mit dem die ökonomische Existenz solcher Territorien gerechtfertigt werden könnte. Deshalb muss diese Art von Wirtschaft dicht gemacht werden.

Solange dies nicht möglich ist, weil einige große Länder ihren Status als OFCs aufrechterhalten, oder OFCs unterstützen, kann ein ganze Reihe von unilateralen Maßnahmen ergriffen werden - angefangen von der Aufhebung des Bankgeheimnisses für Institute, die Niederlassungen in OFCs unterhalten, über die Verpflichtung, Filialen in Steueroasen zu schließen, bis zu Strafsteuern auf Transaktionen mit OFCs.

Die Zinsbesteuerungsrichtlinie der EU muss auf alle Kapitaleinkünfte (gegenwärtig gilt sie nur für Zinseinnahmen) und auf alle juristische Personen (gegenwärtig nur natürliche Personen) ausgedehnt werden. Der automatische Informationsaustausch muss auch für Österreich, Belgien und Luxemburg eingeführt werden. Das Schließen

dieser Schlupflöcher ist eine wichtige Voraussetzung, um stärkeren Druck auf Steuerparadiese, wie die Schweiz oder Liechtenstein ausüben zu können, ihr Bankgeheimnis aufzuheben und bei internationalem Informationsaustausch zu kooperieren.

g. Maßnahmen gegen die kurzfristige Shareholder-Value-Orientierung

Keynes schlug vor, Anleger mit ihren Kapitalanlagen „zu verheiraten“, um damit langfristige Investitionen zu fördern und die schädliche, kurzfristige Spekulation zu unterbinden. Der Einfluss von auf Kurzfristigkeit orientierten Anlegern könnte eingeschränkt werden, indem Stimmrechte an einen Mindestlaufzeit für Investitionen gekoppelt wird (z.B. 5-10 Jahre). Optionscheine für das Management müssen untersagt werden, weil Manager dann „Kurspflege“ zum vorrangigen Unternehmensziel machen.

Für Vorstandsgehälter müssen Obergrenzen eingeführt werden. Die Höhe der Gehälter sollte an Indizes geknüpft werden, die die allgemeine Wohlfahrt widerspiegeln. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften, Verbraucher und andere Betroffene effektive Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen erhalten.

h. Die Überschuldung von Haushalten regeln

Die Überschuldung von Privathaushalten muss begrenzt werden, indem eine Obergrenze für die Schuldendienstquote (Verhältnis von Schuldendienst zu Einkommen) festgelegt wird. Für Bevölkerungsschichten mit geringer Kaufkraft muss sozialer Wohnungsbau Teil der staatlichen Sozialpolitik werden. Das Dach über dem Kopf darf keineswegs zum Spielball der übelsten Elemente des Privatsektors werden. Wir unterstützen vehement den Vorschlag, überschuldeten Hausbesitzern zu ermöglichen, ihre überschuldete Immobilie auf Lebenszeit zu pachten. Allerdings sollte der Erwerb individuellen Hausbesitzes nicht das Hauptziel von Sozialpolitik werden. Wir fordern einen öffentlichen Wohnungsbau mit großer sozialer Vielfalt und hohen Umweltstandards.

(1) Anm. d. Übers.: Das traf zum Zeitpunkt, als dieser Text verfasst wurde, noch zu. Inzwischen sind Öl- und Nahrungsmittelpreise wieder stark gesunken.

(2) Belohnung von Risikofreudigkeit, weil die Erwartung besteht, vom Staat bei Bankrott doch herausgehauen zu werden

(3) Termingeschäft mit Vermögenswerten, z.B. Aktien, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Geschäfts sich noch nicht im Besitz des Verkäufers befinden. Mit diesem Verfahren kann man auf fallende Kurse spekulieren und hohe Gewinne machen.

Alexis Passadakis, Werner Rätz und andere

Wer, wenn nicht wir?

Wann, wenn nicht jetzt?

Vorstellungen und Forderungen zivilgesellschaftlicher Bewegungen

1.

„Nach der globalen Finanzkrise wird die Welt eine andere sein“ – diese Einschätzung ist im Herbst 2008 weit verbreitet. In der Tat: Eine andere Welt ist möglich. Welche das allerdings sein wird, bleibt höchst umkämpft.

In einer Weltwirtschaftskrise, in der riesige Vermögen vernichtet werden, Märkte zusammenbrechen und Massenarbeitslosigkeit grassiert, steckt der Neoliberalismus in einer Krise, von der er sich vermutlich nicht mehr erholt. Deregulierung ist keine Botschaft mehr in einer Zeit, in der der Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte nur durch massive staatliche Interventionen und neue Formen der Regulierung verhindert werden kann. Aber machen wir uns nichts vor: Das Ende dieser ein Vierteljahrhundert äußerst mächtigen Ideologie kehrt nicht einfach die ökonomischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse um und öffnet nicht allein eine Tür in Richtung sozialen, ökologischen und friedentiftenden Fortschritts.

Das Ergreifen der Chancen für eine bessere Welt beginnt mit Aufklärung. Beispielsweise über die ökonomisch und politisch herrschenden Klassen, die bis heute die Mittel für die Beseitigung von Kinderarmut verweigern, während binnen Stunden das Zehnfache für die Rettung einzelner Banken mobilisiert wird. Über jene Kräfte, die zu verantworten haben, dass Gewinn- und Vermögenseinkommen immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, während immer dringlichere öffentliche Zukunftsinvestitionen selbst in Zeiten wieder steigender Massenarbeitslosigkeit unterbleiben. Über eine Welt, in der die reichen Regionen sich abschotten gegen die infolge von Ressourcentransfer und der globalen Energie-, Nahrungsmittel- und Finanzmarktkrise gleich mehrfach ausgebeuteten Länder des Südens, die schließlich auch noch als erste die Folgen des Klimawandels zu tragen haben. Nicht zuletzt über eine Welt, in der Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte neue Höchststände erreicht haben.

Wir wollen die Chancen der Aufklärung ergreifen. Wir wollen am Neuaufbau einer Welt mitarbeiten, in der die Menschen in die Lage versetzt werden, solidarisch ihre Probleme zu lösen.

2.

Aufklärung heißt, schonungslos Bilanz zu ziehen. Nur so kann aus der Geschichte gelernt werden. Nur so können Fehler künftig vermieden werden. Unsere Bilanz lautet: Die in Deutschland im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts betriebene Politik ist desaströs. Es war diese Politik, die die Gesellschaft in eine tiefe Krise hineinmanövriert hat – und dies nicht nur in ökonomischer Hinsicht.

Die *soziale Krise* besteht darin, dass Armut in einem der reichsten Länder der Welt wachsende Teile der Bevölkerung erfasst hat. Armut, die Entwicklungschancen, Lebensperspektiven und einen umweltgerechten Lebensstil gar nicht erst entstehen lässt. Armut, die Erwartungen eines gesicherten Lebens im Alter zerstört. Armut, die auch für eine wachsende Zahl Arbeitsloser, Ein-Euro- und Mini-Jobber, Leiharbeiter und Beschäftigte in den wachsenden Niedriglohnssektoren zur Erfahrung macht, was für einen Großteil der Frauen immer schon bittere Realität war: Erwerbsarbeit sichert keinen eigenständigen Anspruch auf ein auskömmliches Leben mehr.

Die *gesellschaftliche Krise* manifestiert sich in dem fortschreitenden Verfall der sozialkulturellen Infrastruktur der Republik – von Schulen über nichtkommerzielle Freizeistätten bis zu Pflegeeinrichtungen. Die Streichung öffentlicher Investitionen und die Vermarktlichung aller Lebensbereiche verhindert eine vorausschauende öffentliche Daseinsvorsorge ebenso wie eine nachhaltige, ressourcenschonende Umweltpolitik. Der Widerspruch ist mit Händen zu greifen: Während der Sozialstaat kleingerechnet wird, verabschiedet sich die so genannte Elite von der Aufgabe der Finanzierung des Gemeinwesens, das nun auch noch genötigt ist, die Spekulationsgeschäfte der Banken mit Milliardenkrediten abzusichern.

Die *politische Krise* findet ihren Ausdruck in einer sowohl wettbewerbsorientierten wie nach innen autoritären und nach außen militaristischen Ausrichtung des Staates. Und sie wird artikuliert durch zunehmende Wahlenthaltung. Die Verselbständigung der politischen Klasse – und nicht in erster Linie eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten im Prozess der Globalisierung – ist der Grund für die offenkundige Krise der politischen Repräsentation und die parteipolitischen Umgruppierungen im politischen System.

3.

In dieser Zeit einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, die Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahren weckt, kommt den fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft große politische Bedeutung zu.

Die Akteure der Zivilgesellschaft stecken jedoch selbst in der Defensive: indem die Ressourcenausstattung für Verbände, Initiativen, Bewegungen, Selbsthilfeeinrichtungen usw. prekärer wird, soziale Fragmentierung neue Bündnisstrukturen untergräbt, Kommunikation und Verständigung dem Primat einer hoch konzentrierten Medienwirtschaft unterworfen sind und die tradierten Bildungsinstitutionen soziale Auslese und Spaltung reproduzieren.

Das Ende der Hegemonie des Neoliberalismus bietet neue Chancen. Die Zivilgesellschaft ist der zentrale Ort, in dem die Kämpfe um eine neue Hegemonie ausgetragen werden. Wichtig ist daher ein Verständigungsprozess unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren über Grundlinien sozial emanzipatorischer, ökologisch nachhaltiger und global friedentiftender Entwicklungsperspektiven. Dabei gehen wir erstens davon aus, dass die Erneuerung der Gesellschaft kein rein marktgesteuerter Prozess sein kann – Fortschritt hat vielmehr marktbegrenzenden Charakter. Wir sind zweitens der Auffassung, dass wir nicht mehr in einer Gesellschaft des Mangels, sondern des materiellen, sozialen und kulturellen Reichtums leben, in der Armut und soziale Ausgrenzung keine Zukunft mehr haben dürfen. Wir sehen drittens, dass Arbeit für Alle und soziale Gerechtigkeit nur im Rahmen eines nachhaltigen ökologischen Umbaus der Wirtschaft zu erreichen sind. Abkehr von rein quantitativen Wachstumsprozessen, Umverteilung im europäischen und globalen Rahmen und eigenständige Sicherheiten für den Zugang zu einem guten Leben für alle müssen Elemente eines solchen Prozesses sein.

4.

Willensbildung und Bündnisperspektiven der zivilgesellschaftlichen Kräfte erfolgen weder durch ein einzelnes, alles andere prägendes Thema, noch durch eine Addition von spezifischen Interessenlagen. Es gibt jedoch eine recht stabile Gewichtung gemeinschaftlich empfundener Problemlagen, die politisch kommuniziert und mit entsprechenden Deutungsangeboten versehen werden müssen. Dazu zählen sichere

Arbeitsplätze, Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit, Demokratisierung der Wirtschaft, ökologische Nachhaltigkeit und globale soziale und ökologische Rechte. Die übergreifende Perspektive ist die der Rekonstruktion und Mobilisierung einer solidarischen Gesellschaft.

Die Krise der internationalen Finanzmärkte hat gezeigt, dass eine extrem ungleiche Verteilung des Reichtums die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens untergräbt und so wie die Gesellschaft im Innern auch die Welt in wenige reiche Länder und die Habenichtse an deren Peripherie spaltet. Die Akkumulation riesiger Vermögen in Privatbesitz ist kein Ausweis von wirtschaftlicher Tüchtigkeit und Effizienz; der Finanzmarktkapitalismus zersetzt vielmehr die realwirtschaftlichen Reproduktionsverhältnisse. Die ökonomische Entwicklung bedarf gesellschaftlicher Steuerung. Eine solidarische Gesellschaft braucht eine solidarische Verteilung des Reichtums. Nur so kann sichergestellt werden, dass hinreichend Mittel für die öffentliche Lösung der gesellschaftlichen Entwicklungsaufgaben zur Verfügung stehen. Unseres Erachtens sollte auf einer Agenda der zivilgesellschaftlichen Bewegungen stehen:

- *Gute Arbeit*: ein politisches Projekt, das einen Bogen schlägt von der Bekämpfung prekärer Arbeit in wachsenden Niedriglohnsektoren bis zu den immer öfter frustrierten Bedürfnissen Höherqualifizierter nach professioneller Entfaltung, und dabei nicht nur die Erwerbsarbeitsperspektive sondern ebenso die Sektoren der Erwerbslosen (Hartz IV u.a.) im Focus hat. *Gute Arbeit* ist ein Gegenprojekt zum Programm „Hauptsache Arbeit“, mit dem arbeitsmarktpolitische Repression, Prekarisierung und Lohnsenkungen legitimiert werden. *Gute Arbeit* ist ein Projekt, das gegen wettbewerbs- und standortpolitische Vereinnahmungsversuche profiliert werden kann und die Perspektive eines Umbaus der Wirtschaft entlang ökologischer Erfordernisse und gesellschaftlicher Bedürfnisse stark macht. *Gute Arbeit* ist ein bereits profiliertes Querschnittsprojekt, das unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure – von der Gewerkschaftsbewegung über Sozialverbände bis zur Umweltbewegung – zusammenbringt. Ein auf Klimaschutz und nachhaltigen Ressourceneinsatz gerichtetes ökologisches Umbauprogramm könnte eine seiner weiteren Konkretisierungen sein. Dabei wäre auch eine Ausei-

nersetzung mit der Frage notwendig, was produziert werden soll und wie wir das gesellschaftlich organisieren wollen.

- *Soziale Gerechtigkeit*: Hierunter fallen politische Projekte, die vom gesetzlichen Mindestlohn über die Abschaffung von Hartz IV bis zu lebensstandardsichernden Renten. *Soziale Gerechtigkeit* steht für den Zugang zu qualitativ hochwertigen medizinischen Leistungen nicht nur bei uns, sondern für alle Menschen. *Soziale Gerechtigkeit* steht für eine soziale Grundversicherung, die auch die vielen Erscheinungsformen verdeckter Armut, Ausgrenzung und Spaltung bekämpft. *Soziale Gerechtigkeit* steht für einen leistungsfähigen Sozialstaat, der als Bürgerversicherung individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Teilhabe für Alle ermöglicht. Daseinsvorsorge ist eine öffentliche Aufgabe, in der private Gewinninteressen nichts verloren haben. *Soziale Gerechtigkeit* erfordert Verteilungsgerechtigkeit zwischen Lohn-, Gewinn- und Vermögenseinkommen; ein Steuersystem, das von Oben nach Unten umverteilt, Schlupflöcher stopft und die Privilegierung von Vermögen beendet, überkommene Strukturen diskriminierender geschlechtlicher Arbeitsteilung (z.B. durch das Ehegattensplitting) beseitigt und hinreichend Ressourcen zur Finanzierung wachsender öffentlicher Aufgaben erschließt. Mit Konzepten wie der solidarischen Einfachsteuer liegen Alternativen vor und sind Bündnisperspektiven geknüpft.

- *Bildung für Alle*: Projekte mit einer Vielzahl von Einzelthemen und -initiativen, die kommunikativ vernetzt werden könnten: PISA, ein antiquiertes Schulsystem, fehlende öffentliche Investitionen, G8, Studiengebühren usw. Gerade das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem ist dadurch charakterisiert, dass soziale Disparitäten nicht abgebaut, sondern noch verstärkt werden. Dieses System ist meilenweit von einem Anspruch auf Chancengerechtigkeit entfernt, wie Vergleiche insbesondere mit einem integrierten Bildungssystem in den skandinavischen Ländern zeigen. In diesen Vergleichen wird auch deutlich, welchen Anteil lebensbegleitende Weiterbildung an individuellem und gesellschaftlichem Fortschritt hat. Auch das herkömmliche System der dualen Berufsausbildung wird den Anforderungen einer zunehmend wissens-

basierten Gesellschaft seit langem nicht mehr gerecht. Deshalb ist Bildung für Alle zu einem verschiedenen Bevölkerungsklassen übergreifenden Zukunftsthema (auch in Wahlkämpfen) geworden.

- *Globale soziale und ökologische Rechte*: Projekte, in denen die globalen Widerspruchsdimensionen aufgegriffen werden: Hunger und Verelendung, die Krisen- und Ausbeutungsprozesse hochspekulativer internationaler Finanzmärkte, die globale Klimaveränderung, die mit Hochrüstung einhergehenden weltweiten Geschäfte der Rüstungsindustrie und zunehmenden Militärinterventionen. Forderungen nach Regulierung der Finanzmärkte, Schuldenstreichung für Länder des Südens, global wirksamen Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung und die entschiedene Verteidigung der Menschenrechte können hierzulande mit der „Verantwortung“ eines erneuerten Europas verknüpft werden – ein Europa, das als neoliberale Deregulierungsgemeinschaft in eine politische Legitimationskrise bugsiert worden ist. Die Alternativen neues Europäisches Sozialmodell, Friedensmacht Europa und Trendsetter im Klimaschutz durch transnationale Projekte eines nachhaltigen, ressourcenschonenden Umbaus der Wirtschaft drücken noch mehr Hoffnungen als Realitäten aus. Vor allem die Perspektive auf eine demokratische selbstbestimmte Europäische Union hat durch das Festhalten an autoritären Projekt der Verfassung ebenso Schaden erlitten wie durch die rasante Militarisierung von Außenpolitik und Außengrenzen. Die Europawahlen 2009 böten einen Rahmen, zivilgesellschaftliche Initiativen jenseits der Grenzen der Nationalstaaten zu erkunden, abzusprechen und zu starten.

Die vorstehenden Projekte sind so angelegt, dass sie im Wahljahr 2009 für politische Interventionen genutzt werden können. Sie zielen zugleich aber über die Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen hinaus. Sie bilden einen Rahmen für einen Politikwechsel, den die zivilgesellschaftlichen Bewegungen, Verbände und Initiativen auch mit weiteren Einnischungen und Aktivitäten durchsetzen wollen.

Frankfurt am Main, November 2008

Konferenz am 7. Februar

Weitere Initiativen:

1.

We do not want to pay for their crisis - Nous ne voulons pas payer leur crise - Wir wollen für ihre Krise nicht zahlen

„(...) Wir, die Versammlung der sozialen Bewegungen beim Europäischen Vorbereitungstreffen für das ESF in Istanbul, rufen dazu auf, die Initiativen für Mobilisierungen gegen die vielen Angriffe, die jetzt täglich im Namen der "Bewältigung der Krise" vorbereitet werden, zu verstärken. Wir rufen das WSF in Belem auf, einen Globalen Aktionstag gegen die Krise zu beschließen.“

2.

Einladung zum Bündnistreffen für eine bundesweite Demonstration ‚Linke Alternativen zur Krise des Kapitalismus‘

„In die Offensive kommen! In vielen Spektren der Linken wird in den letzten Wochen über die Krise des neoliberalen Kapitalismus und ihre sozialen und politischen Folgen diskutiert. Verständigungsprozesse über linke Strategien finden statt. Einige Vorschläge hierzu liegen bereits auf dem Tisch (z.B. ein ‚antikapitalistischer Ratschlag‘ der Interventionistischen Linken am 25. Januar in Frankfurt; Vorschläge aus linken gewerkschaftlichen Zusammenhängen). Bislang fehlt jedoch die ‚Initialzündung‘, damit unterschiedliche Spektren zusammenkommen und linke Perspektiven jenseits der Krise sichtbar machen. Mit dieser Einladung möchten wir, in Ergänzung zu bestehenden Vorschlägen, einen konkreten Schritt in diese Richtung gehen und ein breites, gesellschaftlich mobilisier-

ungsfähiges Bündnis für eine gemeinsame (bundesweite) Demonstration in den ersten Monaten 2009 anstoßen...“

Einladung zum Bündnistreffen von Gruppe Soziale Kämpfe (Berlin)
. Termin: Do. 11.12, 19.30 im Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Straße 4)
http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2008/grossdemo09_2.pdf

3.

Das Kapital soll seine Krise selbst bezahlen! Für eine zentrale Demonstration im Bundestagswahljahr 2009

Vorankündigung zur Organisation einer Großdemonstration im nächsten Jahr vom Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken und dem Rhein-Main-Bündnis und Einladung zum ersten Vorbereitungstreffen am Samstag, 31. Januar 2009 in Frankfurt/M
<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2008/grossdemo09.pdf>

Diskussionsbeitrag in der WOZ von Wolfgang Storz und Pit Wuhler: „*Wege aus der Krise - Eine Chance. Aber für wen? Regierungen buttern Billionen US-Dollar, Euro, Franken in die Finanzmärkte. Und tun, als sei nichts gewesen. Lässt die Linke die Verantwortlichen damit durchkommen?*“ <http://www.woz.ch/artikel/inhalt/2008/nr48/Market%20Monitor/17205.html>

Zwei Interviews mit Vertretern von attac Frankreich

Jean-Marie Harribey: Die Frage ist, wer die Krise bezahlen wird

Als wie einschneidend ist die gegenwärtige Krise zu analysieren?

Jean-Marie Harribey: Die gegenwärtige Krise hat ihre Wurzeln in der Struktur des neoliberalen Kapitalismus, wie er sich in den letzten 30 Jahren durchgesetzt hat. Das geflügelte Wort hieß Restauration der Profite, auf Kosten der Löhne, und diese Profite haben einen ungeheuren Konsum der bourgeoisen Klassen und Geldanlagen dank immer vielfältigerer und ausgetüftelter Finanzprodukte gespeist, und deren Nutzung fiel umso leichter, als es reichlich Kredit gab. Aber die Erträge an den Börsen können sich nur auf der Grundlage von zunehmendem Mehrwert, der den abhängig Beschäftigten abgepresst wird, dauerhaft entwickeln.

? Wie sind die Antworten auf die Krise zu interpretieren, die von den Regierungen der kapitalistischen Großmächte kommen?

J.-M. Harribey: Die Vereinigten Staaten und Europa stecken jetzt weitgehend in einer Sackgasse. Die USA, das Herz des globalisierten Kapitalismus, sehen, wie unhaltbar die Akkumulationsweise ist. Binnenausgaben, die die im Inland produzierten Ressourcen strukturell übersteigen, haben zu einer kolossalen Verschuldung geführt. Was da makroökonomisch zurecht gemacht wurde, gewährleistet mit der Aufforderung „Ein Job reicht nicht, nehmen Sie doch zwei! Zwei Jobs reichen Ihnen nicht, dann verschulden Sie sich!“, war auf die Dauer nicht durchzuhalten. Dieses Modell wird von dem Paulson-Plan nicht in Frage gestellt, der beschränkt sich darauf, die Banken ohne Gegenleistung wieder flüssig zu machen, und er wird durch Anleihen auf den Märkten finanziert, von denen es heißt, sie würden schwächeln... Ganz sicher werden souveräne Fonds Staatsanleihen aufnehmen, da ansonsten ihre eigenen Dollarguthaben

entwertet würden. Aber die Schuldenspirale wird sich weiter drehen. Was Europa betrifft, so erweist es sich als nicht fähig, Aktivitäten zu koordinieren, abgesehen von dem Aufruf, „die Strukturreformen energisch fortzusetzen“ (Ecofin, 7. Oktober) (1). Und nichts ist logischer bei einer antidemokratischen Europäischen Union, die „die Flexibilität der Arbeit und die Mobilität“ verbessern will und die schönen Versprechen von [sozialer] Sicherheit vergisst. *? Gibt es zwischen den USA und der EU große Unterschiede? Wie weit können sie bei der Regulierung der Finanzmärkte gehen?*

J.-M. Harribey: Die Regierungen in den USA wie in Europa haben Farbe bekannt. Die Verstaatlichungen der Banken, zu denen sie sich haben entschließen müssen, werden nur vorübergehend sein. Ohne starken Druck der Bevölkerung wird in dem ganzen Getriebe des Finanzkapitalismus nichts Wesentliches in Frage gestellt werden, vor allem nicht der freie Kapitalverkehr. Die Frage ist, wer die Krise bezahlen wird. Zum Teil die Reichen, wenn der soziale Druck ansteigt. Ansonsten die armen und Mittelschichten. Auf alle Fälle besteht für den Süden ein großes Risiko, aufgrund der Preissteigerungen für die Rohstoffe und die Nahrungsmittel, und weil wirksame ökologische Maßnahmen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

? Welche alternativen Ansätze siehst Du?

J.-M. Harribey: Auf der Ebene der Finanzen: strenge Kontrollen über den Kapitalverkehr müssen wiederhergestellt werden, insbesondere über Steuern; Verbot der Verbriefung (2) und der Märkte für Derivate; Beseitigung der Steueroasen und öffentliche Kontrolle über den gesamten Bankensektor. Auf sozialer Ebene: In die Verfassungen muss aufgenommen werden, dass der Zu-

wachs an Reichtum, der den Beschäftigten zufällt (Löhne und Gehälter, Arbeitszeit, soziale Sicherung, gesellschaftliche Bedürfnisse usw.) nie geringer ausfallen darf als der Produktivitätszuwachs; Einführung eines Maximizeinkommens, oberhalb davon findet eine drastische progressive Besteuerung Anwendung; die Nahrungssouveränität muss für alle Völker zu einem Grundrecht werden.

Auf der Ebene der Ökologie: Es muss eine demokratische Diskussion darüber geben, dass die wesentlichen Grundlagen des Lebens (Luft, Wasser, nicht erneuerbare Vorkommen, Klima, Wissen usw.) als unveräußerliche öffentliche Güter zu gelten haben. Deren Beeinträchtigung muss durch besondere Steuern verhindert oder entgolten werden; in Europa muss ein Programm für erneuerbare Energien auf die Schiene gesetzt werden. Unter diesen Bedingungen, die den Weg zu einer Überwindung des Kapitalismus auf tun, kann der Kampf für die menschliche Emanzipation fortgeführt werden. Marx liegt ja bekanntlich in London begraben. Ich möchte wetten, dass die Gurus der [Londoner] City und der Wall Street Alpträume haben müssen oder aber insgeheim in seinen Werken lesen.

(1)

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/ecofin/103227.pdf

(2) Englisch: securitization, Schaffung von handelbaren Wertpapieren (englisch: securities) aus Forderungen oder Eigentumsrechten im weitesten Sinne.

<http://orta.dynalias.org/archivesrouge/article-rouge?id=8711>

Jean-Marie Harribey ist Mitvorsitzender von Attac [Frankreich] und Professor an der Universität Bordeaux 4

Michel Husson: Man muss die Finanzeinkommen in die Zange nehmen

? Wie kann man aus dem Dilemma herauskommen, die Banken absaufen zu lassen, mit dem Risiko einer Verschärfung der Krise zu Lasten der abhängig Beschäftigten, oder die Banken zu retten, wobei den gleichen abhängig Beschäftigten die Kosten für die Rettungspakete aufgebürdet werden?

Michel Husson: Das einzige Mittel, aus diesem Dilemma herauszukommen, wäre eine integrale Verstaatlichung der Banken und Versicherungen. Das ist kein Überbieten, sondern eine kohärente Antwort. „Verstaatlichungen“ machen sie jetzt, aber die beschränken sich auf Beteiligungen, und sie sollen vorübergehend sein. Diese Geldspritzen der öffentlichen Hand werden nur dazu dienen, die Umstrukturierungen zu beschleunigen und letzten Endes die Banken auf dem Rücken der SteuerzahlerInnen wieder in die Gewinnzone zu bringen. Damit die Bücher wirklich offen gelegt werden, damit die wechselseitigen Schuldforderungen konsolidiert werden, damit eine Sichtung stattfindet, damit man nicht die faulen Kredite untergeschoben bekommt, damit Kapitalflucht verhindert wird, müssen sämtliche Banken öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Die Leute, die die Liberalisierungen bereuen, führen jetzt andauernd das Wort „Regulierung“ im Munde. Aber die Regeln werden umgangen werden, wie es stets der Fall gewesen ist, wenn sie nicht direkt durchgesetzt werden. Natürlich sind Maßnahmen wie das Verbot der Steueroasen zu unterstützen, aber man kann nicht darauf vertrauen, dass die internationalen Währungsbehörden die Finanzen dauerhaft regulieren werden. Die Verstaatlichung müsste zur Schaffung eines öffentlichen Finanzpols führen, denn Kredit und Versicherung fallen in den Bereich öffentliche Dienstleistung. Die Krise hat unter Beweis gestellt, dass privates Finanzwesen zur sozialen Katastrophe führt. Es kommt also

darauf an, der Idee eines öffentlichen Kreditwesens wieder Geltung zu verschaffen; das hätte die Einführung einer demokratischen Steuerung zur Voraussetzung, mit der das Kreditwesen in den Dienst der gesellschaftlichen Bedürfnisse gestellt wird.

? Kannst du näher auf den Ansatz eines „sozialen Schutzschields“ eingehen?

M. Husson: Die arbeitenden Menschen sind für diese Krise nicht verantwortlich, möglich geworden ist sie vielmehr dadurch, dass den Rentiers mehr Reichtum zugeflossen ist. Es wäre unerträglich, dass die Arbeitenden das zerschlagene Geschirr bezahlen würden, einzig und alleine dafür, dass die Unternehmen weiter Dividenden ausschütten können. Die Idee eines „sozialen Schutzschields“ ist ein Mittel, um diese Forderung zu unterstreichen. Sie besteht darin, dass die Dividenden auf dem gegenwärtigen Niveau eingefroren und an einen gemeinnützigen Fonds überführt werden. Diese Summen könnten in einem Umfang, der demokratisch zu diskutieren wäre, für den Erhalt der Einkommen der Arbeitslosen und für die Finanzierung der sozialen Sicherung, der Sozialhaushalte und der öffentlichen Dienste verwendet werden: Damit würde über das Verbot von Dividenden das Verbot von Entlassungen finanziert werden können, wie das in dem Buch *Keine Entlassungen mehr*(1) vorgeschlagen worden ist. Die Summen, um die es potentiell geht, belaufen sich [in Frankreich] auf 90 Milliarden Euros; das sind 6 % des Bruttoinlandsprodukts, exakt der gleiche Anteil wie die 700 Milliarden Dollar, die der Paulson-Plan in den USA vorsieht.

? Wie sind diese Vorschläge mit einem längerfristigen Kampf um die Löhne zu verknüpfen?

M. Husson: Man muss die Finanzeinkommen in die Zange nehmen, einerseits indem sie direkt angezapft werden, andererseits durch Lohnerhöhungen. Unmittelbar gilt es die Idee der gleitenden Lohnskala zu verbreiten, anders gesagt, die Löhne mit einem Preisindex zu versehen, so dass die Kaufkraft erhalten bleibt. Das ist eine minimale Sofortmassnahme. Man könnte sie durch den Vorschlag ergänzen, dass den Unternehmen die öffentlichen Beihilfen gestrichen werden, die sich nicht an den Index halten. Sicher müssen diese Beihilfen auf längere Sicht ganz wegfallen, aber die genannte Bestimmung hätte den Vorteil, dass sie es möglich macht, dass die Lohnabhängigen eine Kontrolle ausüben können, bei der sie den Stand der Kaufkraftentwicklung einschätzen können. Die mit der Krise beginnende Periode muss zur Radikalisierung der Alternativen führen, indem die Kontrolle über die Art und Weise, wie die Auswirkungen der Krise aufzufangen sind, ins Zentrum gesetzt wird. Man muss sich auf das Gefühl der Ungerechtigkeit stützen, das gegenüber den Maßnahmen entsteht, die nichts anderes zum Ziel haben, als den Verantwortlichen für das Desaster das Fell zu retten. Verstaatlichung und Kontrolle entsprechen diesem Anliegen und stellen zugleich Eingriffe in das Privateigentum dar, die der unmittelbaren Verteidigung gegen die Auswirkungen der Krise einen antikapitalistischen Inhalt geben können.

(1) Supprimer les licenciements, Paris: Editions Syllepse, 2006

<http://orta.dynalias.org/archivesrouge/article-rouge?id=8712>

Michel Husson ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac [Frankreich]

Beide Interviews wurden von Raphaël Duffleaux geführt und in Rouge, der Wochenzeitung der Ligue Communiste Révolutionnaire, Nr. 2270, 16.10.2008, veröffentlicht.

Aus dem Französischen übersetzt und mit Anmerkungen von Wilfried Dubois, SiG-Redaktion.

Einige Internetadressen:

Attac Deutschland: <http://www.casino-schliessen.de/aktionen/weltfinanzgipfel/>

Attac Österreich: <http://www.attac.at/6838.html>

Attac Schweiz: <http://www.schweiz.attac.org/Pressekommunique-von-Attac-Schweiz>

Attac Frankreich: www.france.attac.org

www.casinocrash.org www.observatoriocrisis.org/inicio_EN.php

www.choike.org <http://www.europe-solidaire.org>

<http://www.forumdesalternatives.org/EN/inicio.php>

www.cadtm.org

<http://www.woz.ch/dossier/Kapitalismus.html>, <http://www.jungewelt.de/themen/index.php?tcid=101>

G20 gegen G-Welt

Weltweit sagen die sozialen Bewegungen, dass der G20-Gipfel grundsätzlich den falschen Ansatz hat, weil er die Mehrheit der Menschen und Länder, die am meisten durch die Wirtschaftskrise betroffen sind, ausschließt. Sie haben zu Aktionen aufgerufen, die fundamentale strukturelle Änderungen am 15. November verlangen.

Wir dokumentieren in dieser Nummer Aufrufe und Aktionen und veröffentlichen einige Einschätzungen dieses G20-Gipfels.

Genug! Nie wieder! **Globaler Aufruf für eine Neue Weltwirtschaftsordnung** **Aktionsaufruf der Sozialen Bewegungen gegen den G20-Gipfel**

*Wir rufen dringend alle Volksbewegungen, Organisationen, Bündnisse und Netzwerke weltweit dazu auf in den Tagen bis zum und am 15. November **BÜRGERAKTIONEN** zu organisieren!*

US-Präsident George Bush und andere G8-Führer haben einen Gipfel der 20 größten Länder der Welt zum 15. November einberufen, um auf die internationale Finanzkrise zu antworten.

Dieser Gipfel hat den falschen Grundansatz. Er schließt viele Länder aus, deren Bürger ebenfalls unter den Auswirkungen der Krise leiden und lässt keinen Raum für die Beiträge von Bürgergruppen, sozialen Bewegungen, Volksorganisationen und andere Gruppierungen der Bürger.

Die schnelle und massive Reaktion der Regierungen der reichsten Länder zur „Rettung“ der Bank- und Finanzinstitutionen steht im starken Gegensatz zu ihrem Versagen, entscheidend auf die ungelöste Krise von Armut, Marginalisierung, Entrechtung zu reagieren, die die Mehrzahl der Völker der Welt seit so langer Zeit zu ertragen haben.

Diese Führer haben im kurzen Zeitraum von einigen Wochen mehr als 3000 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen Fonds zur Rettung privater Banken und privater Institutionen aufgebracht. 12 Jahre von Schuldenerlassinitiativen haben zu gerade mal etwas mehr als 100 Milliarden Dollar Schuldenerlass geführt, und das zu schweren Kosten für die „Begünstigten“, die alle als Vorbedingung eine neoliberale Politik freier Märkte bei sich einführen mussten.

Der elitäre Zirkel der zum Gipfel aufrufenden Regierungsführer strebt nur danach, das System zu stabilisieren, während sein wesentlicher Charakter beibehalten wird. Es ist ein System, das darauf beruht, Wohlstand und wirtschaftliche Kontrolle in den Händen weniger zu konzentrieren, die Ressourcen der Erde schrankenlos und unverantwortlich zu missbrauchen, den Fleiß und den Schweiß der Vielen auszubeuten und die

Verarmung der Mehrheit fortzusetzen und zu vertiefen. Die vorgeschlagenen Reformen beinhalten noch mehr „Rettungsaktionen“ und sie geben noch größere Macht und Legitimität an solche Institutionen wie den IWF und die Weltbank, die ihrerseits einen großen Teil der Verantwortung für diese Finanzkrise wie auch für die Klima-, Ernährungs- und Energiekrise tragen. Und wiederum sind es die Völker, die dafür die Rechnung zu bezahlen haben.

Wenn jetzt nicht sofort ein alternativer Weg eingeschlagen wird, wird es große Leiden geben für Arbeiter, Bauern, normale Angestellte, Familien mit niedrigem Einkommen, Frauen und Kinder, Rentner, ländliche und städtische arme Gemeinschaften und indigene Völker; auch wird es große Schäden für das Klima und die Umwelt geben.

Wir sagen:

1. **Nie wieder!** Es muss grundlegende strukturelle Änderungen geben, damit das globale wirtschaftliche und finanzielle System umgewandelt wird, damit Krisen wie diese nie wieder passieren.
2. **Genug!** Es muss globale wirtschaftliche Strukturen und Politiken geben, die die Bedürfnisse der Menschen an erste Stelle setzen, die die Menschenrechte und soziale und ökologische Gerechtigkeit achten und fördern: Es geht um die Sicherung von anständiger Beschäftigung, nachhaltiger Lebensführung, lebensnotwendigen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Unterkunft, Wasser und saubere Energie.
2. **Demokratisierung!** Gebt den Menschen mehr Kontrolle über Rohstoffe und die Entscheidungen, die ihr Leben betreffen.

GENUG! Uns reicht es. Dieses System kann verändert werden und es muss verändert werden

Jubilee South - Focus on the Global South - Transnational Institute (TNI) - CADTM International und viele mehr
(Siehe Liste . <http://casinocrash.org/?p=498#more-498>)

Übersicht über die Aktionen am 15.11.: <http://www.truemajority.org/neveragain/events.php>

Über 620 Organisationen fordern Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO

Am 30. Oktober haben in Washington die Beratungen der UNO-Sonderkommission über die globale Finanzkrise unter dem Vorsitz von Miguel d'Escoto Brockman (Präsident der UNO-Generalversammlung) begonnen. Diese Kommission soll Vorschläge zur Reform des weltweiten Finanzsystems vorlegen. (Ausführliche Berichte:

<http://www.un.org/News/Press/docs/2008/ga10773.doc.htm>, <http://www.un.org/News/fr-press/docs/2008/AG10773.doc.htm>)

Zur Weltfinanzkonferenz am 15. November sind jedoch nur die 20 mächtigsten Regierungen geladen worden (Die G20: Australien, Argentinien, Kanada, Brasilien, Frankreich, China, Deutschland, Indien, Italien, Indonesien, Japan, Südkorea, Russland, Mexiko, Vereinigtes Königreich, Saudi-Arabien, USA, Südafrika, Türkei, EU-Ratspräsidentschaft).
Daher fordern über 620 Organisationen aus über 88 Ländern die demokratische Beteiligung aller Regierungen und Bevölkerungen an einem „Bretton Woods II“.

Zeit für grundsätzliches Umdenken

Hintergrund

Die letzten Monate haben eine der folgenschwersten Finanzkrisen der nordamerikanischen und europäischen Geschichte gesehen. Die Reaktionen darauf waren ebenfalls von historischer Tragweite. Um einen regionalen und globalen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten abzufangen und die Stabilität der Märkte sowie das Vertrauen in diese wiederherzustellen, verfolgen die Regierungen der westlichen Länder ein massives und noch nicht da gewesenes Programm staatlicher Eingriffe: Nationalisierung von Banken, massive Finanzspritzen für angeschlagene Institutionen und Regulierung ihrer Finanzsektoren.

Diese Reaktion steht im direkten Widerspruch zur streng neoliberalen Politik, welche die Weltbank, der internationale Währungsfonds und die entwickelten Länder in den letzten dreißig Jahren den Entwicklungsländern aufgezwungen haben. Regierungen wurden dazu gedrängt, ihre Handelsbestimmungen zu liberalisieren, Finanz- und Arbeitsmärkte zu deregulieren, staatliche Industriebetriebe zu privatisieren, Subventionen abzubauen und soziale wie wirtschaftliche Ausgaben zu reduzieren. Der Staat sah seine Rolle ernsthaft reduziert.

Diese Doppelmoral ist nicht nur inakzeptabel, sondern signalisiert auch den Niedergang des Fundamentalismus des freien Marktes. Das internationale Finanzsystem, sein Aufbau und seine Institutionen waren vom Ausmaß der aktuellen finanziellen und wirtschaftlichen Krise komplett überrumpelt. Das Finanzsystem, sein Aufbau und seine Institutionen müssen komplett neu überdacht werden.

Eine wirklich globale Antwort auf eine globale Krise

In den letzten Wochen haben Führungspersonen auf der ganzen Welt die Mängel des existierenden Systems erkannt und auch die Notwendigkeit, sich zu treffen und breit gefächerte Vorschläge auszuarbeiten zur Reformierung des globalen Finanzsystems

und seiner Einrichtungen. Die G20 haben jetzt festgelegt, sich am 15. November in Washington DC zu treffen und die Diskussionen zu beginnen. Es kommt natürlich darauf an, dass man sich auf unmittelbare Maßnahmen einigt, die Krise anzugehen, und wir betonen in diesem Zusammenhang, dass vorrangig eine Antwort gefunden werden muss auf die Auswirkungen der Krise auf die Lage von einfachen Angestellten und Arbeitern, Haushalten mit niedrigem Einkommen, Rentnern und Menschen in anderen extrem verwundbaren Bereichen. Aber wir sind tief besorgt darüber, dass die angesetzten Treffen hastig durchgeführt und nicht alle mit einschließen werden. Als Folge davon werden sie weder den umfassenden Charakter der nötigen Veränderungen bewältigen noch werden sie für eine angemessene Verteilung der Lasten sorgen.

Obwohl die Krise in den westlichen Ländern entstand, werden die Auswirkungen wahrscheinlich in den Entwicklungsländern am größten sein. Deswegen ist es entscheidend, dass alle Länder im Prozess der Veränderung des internationalen Finanzsystems zu Wort kommen. Es wird keine gerechte und nachhaltige Lösung für die Umformung des aktuellen Systems in einer Konferenz geben, die so kurzfristig vorbereitet ist und viele Länder sowie die Zivilgesellschaft ausschließt. Tatsächlich führen solche Anstrengungen viel wahrscheinlicher dazu, das Vertrauen und die Zuversicht der Öffentlichkeit zu untergraben und solche Länder weiter zu entrechten, die ohnehin eher zu regionalen Lösungen tendieren, als zu einem stärkeren, mehr zusammenhängenden und faireren internationalen Finanzsystem.

Unsere Forderungen – Zeit für grundsätzliches Umdenken

Wir, die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, unterstützen die grundsätzliche und weit reichende Umformung des internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems. Um diesem Zweck zu dienen, unterstützen wir eine von der UN einberufene hochrangige internationale Konfe-

renz zur Überprüfung der internationalen Finanz- und Währungs-Architektur, ihrer Institute und ihrer Führungsstruktur, aber nur, wenn das Treffen folgende Bedingungen erfüllt:

- Alle Regierungen der Welt müssen eingeschlossen werden und mitwirken;
- Vertreter der Zivilgesellschaft, Bürger-Gruppierungen, soziale Bewegungen und andere Interessenvertreter sind zu beteiligen;
- Bearbeitungsprozesse müssen transparent gestaltet werden und es muss Raum geben für die Klärung regionaler Fragen, besonders für die von der Krise am stärksten betroffenen Gebiete;
- Der Themenkatalog muss umfassend sein und das ganze Feld der Probleme und Institutionen ist zu behandeln;
- Der ganze Prozess muss transparent sein: Anträge und Entwürfe müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und frühzeitig vor dem Treffen ausführlich erörtert werden.

Der neue UN-Ausschuss für das globale Finanzsystem, das anstehende UN-Treffen zur Finanzierung der Entwicklung und weitere UN-Instanzen müssen voll einbezogen werden, um die Vorbereitungen für ein solches globales Treffen zu beginnen.

Es gibt keine schnellen Lösungen für den Übergang vom derzeitigen System, das Instabilität und Ungerechtigkeit gefördert hat, zu einem gerechten, nachhaltigen und überprüfbareren System, das zu Vorteilen für die Mehrheit der Menschen dieser Welt führt.

Attac Argentinien, Attac Chile, Attac Deutschland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Japan, Attac Quebec, Attac Spanien, Attac Togo, Attac Ungarn, Attac Uruguay
Liste aller unterzeichnenden Organisationen: <http://www.choike.org/bw2/>

Übersetzung: Charlotte Michaelis, coorditrad@attac.org und SiG-Redaktion

Attac Frankreich: Der neue Konsens von Washington ist da!

Pressemitteilung vom 18.11.2008

Das Ergebnis des G20-Treffens in Washington vom 15. November 2008 ist lächerlich und anstößig. Die von den Regierungen verabschiedete Erklärung ist quasi ein Modell zur „erneuten Bestätigung der Prinzipien des Neoliberalismus“. Nicht ein einziges Dogma, das zur Finanzialisierung der Weltökonomie und somit auch der Krise geführt hat, fehlt in der Abschlusserklärung.

Während die unbeschränkte Zirkulation des Kapitals, die Finanzinnovationen und die ungezügelter Verbreitung von Derivaten einhellig als Faktoren permanenter Instabilität anerkannt sind, wollen die G20 „die Entwicklung des Austauschs von Finanzprodukten und -dienstleistungen“ fördern und dafür sorgen, dass die Finanzinstitutionen „mit wachsenden Volumen von Derivaten handeln“ können.

Auch wenn das Papier ständig von „Regulation“ spricht, unternehmen die G20 keine einzige echte Maßnahme gegen Steueroasen und erwähnen das Bankgeheimnis erst gar nicht, obwohl viele Staats- und Regierungschefs behauptet hatten, diese abschaffen zu wollen.

Sie haben keine Angst, sich in Widersprüchen zu verwickeln. So heben die G20 einerseits die Notwendigkeit hervor, die Rezession zu verhindern, andererseits wollen sie „einen politischen Rahmen beibehalten, der zu Budgetnachhaltigkeit führt“, sprich sie wollen einen restriktiven Rahmen für die Finanzpolitik.

Muss man sich wundern, dass keineswegs eine Bilanz der 30 Jahre neoliberaler Politik gezogen wird? Die G20 ignoriert völlig den

deutlichen Anstieg der Ungleichheiten. Dieser geht einerseits auf die starke Verringerung des an die ArbeiterInnen gehenden Anteils des produzierten Reichtums zurück, und andererseits auf die Umsetzung von Strukturanpassungsmaßnahmen in den Ländern des Südens. So ist das Programm vom „Shareholder Value“ – eine Folge der Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen – die tiefe Ursache für das Verrücktspielen der Finanzmärkte und für ihre Krise.

In den 1980er und 1990er Jahren wurde die neoliberale Politik unter der Bezeichnung „Konsens von Washington“ heilig gesprochen. Heute kann man davon sprechen, dass ein neuer Konsens von Washington formuliert wurde, damit der Eindruck einer Neuerung erweckt wird, während es sich in Wirklichkeit um eine Kopie dessen handelt, was die Welt bereits an den Rand einer Katastrophe geführt hat. Die Streichung der Schulden der Großbanken hat den Verteidigern des Kapitalismus keinerlei Probleme bereitet, während die Streichung der Schulden der Länder des Südens noch darauf wartet, überhaupt in die Agenda aufgenommen zu werden.

Die Europäische Union hat in diesem Konzert nicht gerade originelle Töne von sich gegeben: In Übereinstimmung mit den anderen Großmächten verfolgt sie Struktur reformen des Arbeitsmarktes, wie sie vom Rat für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin) am 7. Oktober gefordert wurden, Reformen also, die die Verschlechterung der Lage der meisten Menschen in sich tragen und somit den Bedingungen für eine erneute Krise den Weg ebnen, ohne dass die aktuelle überhaupt schon eingedämmt worden wäre. Die dem französischen Präsidenten und derzeitigen

EU-Ratspräsidenten so wichtige „Neugründung des Kapitalismus“ ist nichts weiter als die Verschleierung einer neuen Flucht nach vorne in Richtung auf ein soziales Chaos.

Die wichtigsten Regierungen der G20 haben auf die Banker und Spekulanten – die Verursacher der Krise – besonders Rücksicht genommen und bezeugen nun erneut ihren blinden Glauben an die Segnungen des freien Marktes und die Vorteile des unbedingten Profitstrebens – koste es, was es wolle. Der Preis dafür ist hoch, denn es ist unter diesen Bedingungen unmöglich, Armut und Ungleichheiten zu verringern und die Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen, umweltfreundlichen Entwicklung neu zu orientieren.

Attac schlägt zusammen mit der gesamten globalisierungskritischen Bewegung vor, das Finanzwesen zu bändigen, dessen Akteure zu entwaffnen und die BürgerInnen zentral in die Entscheidungsfindungsprozesse einzubinden. Während die G20 vereinbart haben, sich am 2. April 2009 erneut zu treffen, wird Attac alle gesellschaftlichen Mobilisierungen unterstützen, die den Neoliberalismus zu überwinden suchen. Hierbei sind die Forderungen nach einer generellen Steuer auf Finanztransaktionen, der öffentlichen Kontrolle des Banken- und Finanzsektors und einer neuen Verteilung des produzierten Reichtums wesentlich. Dies ist nicht nur möglich, sondern hier und jetzt nötig und unerlässlich.

Original:

<http://www.france.attac.org/spip.php?article9236>

Attac Österreich: Casino schließen anstatt Spieltische kontrollieren! *IWF und WTO sind Garanten für weitere Krisen*

17.11.2008: „Die von den G20 angekündigte Regulierung der Marktteilnehmer und Produkte auf den Finanzmärkten kommt für Millionen Menschen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind, viel zu spät. Das globale Finanzcasino ist endlich zu schließen. Sich einzelne Spieltische und Gambler näher anzusehen, wird das Problem nicht lösen“, erklärt Christian Felber von Attac Österreich.

„Für einen grundsätzlichen Politikwechsel sind die G20, vor allem aber der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank die falschen Institutionen. Diese Form demokratisch nicht legitimer Gipfel ist zu beenden. Es benötigt ein Gremium unter UN-Führung, an dem alle Länder, Parlamente und sozialen Bewegungen beteiligt

sind“, fordert Felber.

Scharf kritisiert Attac die Absicht, den IWF zu stärken. „Damit sind neue Krisen programmiert. Der IWF ist mit seiner Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik einer der Brandstifter, der munter weiter zündelt“, so Felber. Für Ungarn, Südafrika, die Seychellen und für einige andere Länder wurden in den vergangenen Wochen unter dem Druck des IWF klassisch neoliberale Strukturanpassungsmaßnahmen aufgelegt – inklusive drastischer Zinserhöhungen und Haushaltskürzungen.

Als katastrophal bezeichnet Attac die Absicht der G20, die Doha-Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) zu einem Abschluss zu bringen. Schließlich gehe es bei den WTO-Verhandlungen um

eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte. „Das Abkommen zur Deregulierung von Buchhaltungsstandards liegt schon fertig auf dem Tisch und würde im Falle eines Doha-Abschluss automatisch in Kraft treten“, warnt Felber.

„Der Kern einer neuen Weltwirtschaftsordnung muss die Beseitigung der globalen ökonomischen Unterschiede und der sozialen Ungleichheit sein“ fordert Felber. Attac fordert unter anderem eine Weltsteuerbehörde, welche Dollarmillionäre (High Net Worth Individuals, HNWI) global besteuert, eine globale Transaktionssteuer einführt und globale Steuerflucht bekämpft, sowie ein System globaler Währungs Kooperation

<http://www.attac.at/6872.html>

Alexis Passadakis: Karten neu mischen - Weltfinanzgipfel in Washington

Die unsichtbare Hand des freien Marktes war irgendwie eingeschlafen. Die Subprime-Krise wuchs sich nach und nach zur Weltwirtschaftskrise aus. In hektischer Betriebsamkeit ließen die EU und die USA den Vorschlag von Ban Ki Moon für eine UN-Konferenz abblitzen, die aktuell den G 20 vorsitzende Regierung Brasiliens wurde ignoriert, um dann zu einem Treffen der G-20-Mitglieder nach Washington zu laden. Alle anderen mußten draußen bleiben, auch Gewerkschaften oder sonstige zivilgesellschaftliche Akteure.

Nach dem Gipfel wirken die vielzitierten Vergleiche mit einem neuen Bretton Woods sehr schal. Zwar kann man zugestehen, daß die Vorbereitungszeit kurz war und ein Schlüssellakteur, die künftige US-Regierung, nicht mit am Tisch saß, aber der radikale Bruch, den die Konferenz von 1944 für die Weltwirtschaft bedeutete, ist nicht in Sicht. Statt dessen passierte zweierlei: es wurden einige Grundsätze beschlossen, die das verwüstete Antlitz der Finanzmärkte mit ein wenig Schminke wieder aufhübschen sollen.

Transparenz und Aufsicht sind hier die Stichworte. Und: Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll wieder eine stärkere Rolle spielen – also eine der Institutionen, die seit 25 Jahren zu den Brandstiftern bei Wirtschaftskrisen gehört. Während die Staaten des Nordens, aber auch Länder wie China, Indien und Brasilien, Zinssenkungen und Konjunkturprogramme für sich in Anspruch nehmen, werden ganz aktuell Ungarn, Südafrika, Seychellen und andere weiterhin mit den klassischen neoliberalen Instrumenten geknebelt – inklusive drastischer Zinserhöhungen und Auflagen zu Haushaltskürzungen.

Katastrophal ist ebenso die Absicht der G20, die Doha-Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation zu einem Abschluss zu bringen. Schließlich geht es bei den WTO-Gesprächen auch um eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte. Das Abkommen zur Deregulierung von Buchhaltungsstandards liegt schon fertig auf dem Tisch und würde im Falle eines Doha-Abschlusses automatisch in Kraft treten. Mit

einem Versuch, die Krise in den Griff zu bekommen, hat das alles nichts zu tun. Ein Interesse, die tieferliegenden Ursachen anzugehen, wie das chronische Defizit der USA und die horrenden Exportüberschüsse der BRD und China, ist nicht zu erkennen.

Eine neue Weltwirtschaftsordnung muß aber genau die Beseitigung der globalen ökonomischen Unterschiede und der sozialen Ungleichheit im Zentrum haben. Das bedeutet Umverteilung von Nord nach Süd und innerhalb der Staaten. Das nächste Treffen findet Ende April in London statt. Es ist Zeit für soziale Bewegungen in Europa und weltweit, Druck zu entwickeln. Der Zug kann noch gestoppt und in eine andere Richtung gelenkt werden. Schließlich erleben wir gerade erst das Ende des Anfangs der Krise – die Karten liegen nun auf dem Tisch, aber sie werden in den kommenden Monaten neu gemischt werden.

<http://www.jungewelt.de/2008/11-17/051.php>

Jean-Marie Harribey: Eine Eins plus für die G20!

Der Gipfel vom 15. November hat alle seine Versprechen gehalten.

Das Versprechen, den Kapitalverkehr nicht einzuschränken, wurde gehalten, denn die G20 haben sich dazu verpflichtet, „zu gewährleisten, dass die Regulierungen effizient sind, die Innovation nicht bremsen und den Handel von Finanzprodukten und –dienstleistungen fördern“.

Das Versprechen, mit keinem Wort die Steueroasen und das Bankgeheimnis zu erwähnen, wurde ebenfalls gehalten.

Das trifft sogar noch mehr für das Versprechen zu, die Derivat-Märkte nicht zu beeinträchtigen, da die G20 für wünschenswert halten, „den Kreditderivatehandel auszuweiten“ oder auch „die Transparenz des Handels mit Kreditderivaten zu verstärken und abzusichern, dass die Infrastrukturen für diese Produkte den Handel mit immer größeren Mengen ermöglichen“.

Das Versprechen die „Transparenz“ zum A und O der Regulierung zu erklären, sowie die Rechnungslegungsstandards zu verbessern, wurde immer wieder wiederholt. Der gerechte Preis bleibt also weiterhin der Marktpreis.

Es wurde erwartet, dass die G20 das Prinzip des „Schutzes des Privateigentums“, der „Konkurrenz zwischen den Märkten und den Finanzsystemen“ und des „modernen und immer globalisierteren Finanzsystems“

noch einmal bekräftigen würden. Das haben sie getan.

Es gab absolut keine Zweifel an der Richtigkeit der Diagnose der Ursachen der Krise und damit lag man richtig, denn die G20 versicherten, dass der Anfang des Jahrzehnts 2000 von einer „langanhaltenden Stabilität“ gekennzeichnet war. Im selben Satz ihrer Erklärung merken die G20 an, dass „die Akteure der Märkte höhere Rendite erlangen wollten, ohne zuvor das Risiko angemessen eingeschätzt zu haben und ohne die nötige Wachsamkeit aufzubringen“. Das ist doch mal ein Beweis für die bewundernswerte Logik der G20.

Es wurde nur befürchtet, dass die G20 ihre Disziplin in der Geld- und Haushaltspolitik ein wenig vernachlässigen könnten. Damit lag man falsch, denn sie fügten ihrer Empfehlung „die innere Nachfrage zu fördern“ sogleich die Bedingung hinzu, „einen politischen Rahmen zu erhalten, der einen nachhaltigen Haushalt ermöglicht“.

Hatten die G20 die Absicht, sich selbst zur Weltregierung zu ernennen? Nur ein Muffel hätte so etwas vermuten können, denn die G20 haben darauf geachtet zu betonen, dass „für Regulierungen zuallererst die nationalen Regulierer zuständig sind“. Ein Seufzer der Erleichterung geht um, denn die nationalen Regulierer haben es ja schon vor dreißig Jahren aufgegeben.

Waren die G20 vielleicht zu ambitioniert? Ganz bestimmt nicht, ihre Hellsichtigkeit erlaubt es ihnen darauf aufmerksam zu machen, dass „wir eine übertriebene Regulierung vermeiden müssen, die das Wachstum schwächen und den Rückgang der Finanzflüsse, insbesondere in die Entwicklungsländer, verschlimmern könnte“. Den Banken und den Spekulanten die Schulden der Banken und Spekulanten streichen, ja! - aber den Entwicklungsländern die Schulden zu erlassen könnte ja vielleicht diesen Banken eine wichtige Einnahmequelle nehmen, man kann gar nicht vorsichtig genug sein.

Würden die vom Paar Bush-Sarkozy angeführten G20, bei denen Obama keinen Mucks von sich hören ließ, sich selbst zumuten, die geforderte Transparenz der Finanzmärkte umzusetzen und sich von den hohlen Phrasen zu lösen? Man kann ruhig durchatmen: „Die privaten Einrichtungen haben bereits gute Praktiken im Bereich der alternativen Kapitalanlagestrukturen und/oder der Hedge-Fonds entwickelt, und müssen jetzt Vorschläge für einheitliche gute Praktiken einbringen.“ Wir schlagen vor aus dieser Maxime den roten Faden für die Wirtschaftslehre zu machen, apolitisch, wie es sich gehört.

Die Rechnung wird für alle Armen dieser Welt bitter sein, aber die G20 haben sich ihre Eins plus wohl verdient.

Übersetzung: Marie Gilow, Coeditrad

Hugo Braun

Das Europäische Sozialforum in Malmö war ein Erfolg

Gemeinsame Kampagnen gegen Sozialabbau, NATO-Kriegspolitik und für Klimagerechtigkeit - Attac Europa mit neuen Initiativen

Das 5. Europäische Sozialforum im September im südschwedischen Malmö war sicher ein wichtiger Beitrag zur Formierung des Widerstands gegen den neoliberalen Kurs der europäischen Regierungen. Trotz einer geringeren Beteiligung wurden in hunderten Konferenzen und Workshops vielfältige Alternativen und Formen des Widerstands gegen die Politik des Krieges, des Sozialabbaus und der Umweltzerstörung entwickelt.

Dieses fünfte Treffen von globalisierungskritischen Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa seit Florenz im Jahre 2002 war in seiner ganzen Vielfalt von Diskussionen und Ideen ein weiterer folgerichtiger Schritt einer Bewegung, die wie keine andere in Europa den optimistischen Geist des Widerstands gegen die Erzreaktionären Herrschenden Kräfte des alten Europa und für ein lebensfrohes selbstbestimmtes Europa der Zukunft repräsentieren. Die Aktionsbeschlüsse gegen Krieg, Sozialabbau und Umweltzerstörung beweisen, dass diese Bewegung aktionsorientiert und handlungsfähig ist.

Besonders wichtig für die Zukunft dieses Forums war die aktive Beteiligung von europäischen Gewerkschaftsverbänden aber auch von großen Einzelgewerkschaften und der DGB-Jugend aus Deutschland. Auch der zunächst eher zurückhaltende, sozialdemokra-

tisch dominierte schwedische Gewerkschaftsbund LO zeigte sich am Ende von der Menge an Gemeinsamkeiten überrascht und versprach eine engere Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen.

Zum Ende des Malmöer Forums wurden die Teilnehmer sehr konkret und aktionsorientiert: Die Versammlung der Sozialen Bewegungen rief angesichts der bedrohlichen Krisenerscheinungen der neoliberalen Politik zu einer gemeinsamen Kampagne gegen die Angriffe der EU auf die Gewerkschafts- und Arbeiterrechte auf. Zum 60. Jahrestag der NATO forderte sie zu einer Massendemonstration am 4. April in Strasbourg auf. Für eine gerechte Klimapolitik soll zu den Klimagipfeln vor allem im Dezember 2009 in Kopenhagen eine breite Mobilisierung stattfinden.

Ein besonderer Höhepunkt des Sozialforums war eine bunte, fröhliche, ideenreiche und kämpferische Demonstration durch Malmö, mit der rund 15.000 Menschen die Forderung nach einem besseren Europa eindrucksvoll unterstrichen. Hunderte Attac-Mitglieder marschierten mit ihren Fahnen und Symbolen in einem gemeinsamen Block.

Die europäischen Attac-Organisationen, die dieses ESF aktiv mit vorbereitet hatten, waren in Malmö erstmals mit einem gemeinsamen inhaltlichen Profil angetreten und stellten in

mehr als 20 Veranstaltungen ihre kritischen Positionen zur Krise der Finanzmärkte und für ein soziales, demokratisches und umweltgerechtes Europa in den Mittelpunkt. Auf Initiative von Attac bildeten sich Netzwerke für ein soziales Europa, für eine demokratische Gesundheitspolitik, eine gerechte Wasserpolitik und gegen die Bahnprivatisierung. Attac rief zu einer gemeinsamen Kampagne zur Abrüstung der Finanzmärkte und zur Teilnahme an den Aktionen vor den europäischen Börsen am 15. Oktober auf.

Auch Attac als eines der wichtigsten globalisierungskritischen Netzwerke in Europa ist mit diesem Sozialforum in Malmö enger zusammen gerückt, hat seine europaweite Handlungsfähigkeit gestärkt und seiner engen Zusammenarbeit mit den in Malmö stark vertretenen Gewerkschaften eine neue Qualität verliehen.

Das nächste Europäische Sozialforum wird übrigens im Herbst 2010 in Istanbul stattfinden.

Doch wer nicht so lange warten und nicht so weit reisen möchte, für alle die wird im Oktober 2009 ein Sozialforum in Deutschland veranstaltet – im Wendland mit den widerständigen Atomgegnern.



Weltsozialforum in Belem (Brasilien) vom 27.1.2009 bis 1.2.2009

<http://www.fsm2009amazonia.org.br/forum-social-mundial>

Karin Baumert

Reclaim the City - Bericht aus Malmö vom Europäischen Sozialforum

Vom 17. – 21. September fand in Malmö das European Social Forum statt. Dort trafen sich auch zahlreiche städtische Kampagnen, Initiativen, AktivistInnen und städtische Bewegungen.

Wir hatten uns im Vorfeld gemeinsam organisiert und verabredet, um dort erstmalig gemeinsam zu diskutieren, unsere Erfahrungen auszutauschen. Mit großen Erwartungen fuhr ich hin...

Am Donnerstag, den 18. September fand in Rosengården Värner in Rydensskolan ein Seminar statt, das unter dem Thema: „Zurückforderung der Stadt, Widerstände gegen Zwangsräumungen, Abrisse, Gentrifizierung, Privatisierung, Spekulation...“ stand.

Gruppen aus Russland, Istanbul, Zürich und Deutschland stellten ihre Kämpfe vor.

In **Russland** gibt es nicht den klassischen, westeuropäische Häuserkampf, sondern Forderungen an und den Dialog mit der Regierung.

In einer eigenen Zeitung „demokratischer Aufbruch“ wird an der politischen Forderung „Gib mir die Stadt zurück“ gearbeitet. Vor allem will die Zeitung Informationen geben zu den Themen: Wer verdient an der Stadt, wer steckt hinter der Privatisierung/ wie hängen die Interessen zusammen.

Aus **Istanbul** gab es zunächst eine kleine Einschätzung der Situation. Die Stadt ist seit 1950 von 1 Mio auf jetzt 14 Mio Einwohner gewachsen. Die arbeitende Klasse lebt in Slums, die besser sind als in der 3. Welt. Wie ein Flächenbrand greift die Gentrifizierung durch. Die Bewohner der Slums werden durch die Privatisierung des Landes, auf dem sie wohnen illegalisiert und mit Bullengewalt geräumt, die Nachbarschaft zerschlagen. Von 2003 – 2007 hat sich die Stadt praktisch neu konstruiert. Traditionelle Siedlungsformen wurden abgerissen und mussten Shopping Center, Bürohäusern, Gated Communitys weichen. Für die Mittelklasse wurden 310 Tausend Wohnungen gebaut, für arme Famili-

en lediglich 3 Tausend. Istanbul präsentiert sich als sichere Anlagequelle für internationale Märkte und Finanzen.

Dagegen hat sich massenhafter Protest formiert. Die sulukule Plattform ist eine Gruppe von Journalisten, Akademikern, Architekten, Künstlern, Studenten, urban researchern, die kleinen Initiativen und städtischen Gemeinschaften helfen, für ihre Anliegen eine Öffentlichkeit schaffen. Sie wollen damit auch zeigen, was „urban transformation“ bedeutet. Die Frage für sie ist, was können städtische Nachbarschaften leisten, wie können sie unterstützt werden und verbunden z.B. mit dem Kampf gegen Privatisierung.

z.B. Gulsuyu/Gulensu, 2 Nachbarschaften, die 1950 gebaut wurden und in denen 50 Tausend Bewohner leben. 2004 wurde das Gebiet als städtisches Transformationsgebiet deklariert., die Nachbarschaften organisierten sich als Assoziationen. Sie kämpfen mit dem Gesetz, „mit dem Kampf“, aber auch in soziokulturellen Formen. Es geht ihnen nicht nur um städtische Transformationen, sondern auch um

Verteilung, Teilhabe...Die Organisation der Nachbarschaft läuft auch über Workshops für Kinder, kulturelle Aktivitäten, über Fotografie, städtische Agrikultur, wie food production. „Shows the missing point of the urban transformation policy of municipality and the government.“ (die verlorenen Punkte zeigen, in der Politik der Gemeinde und der Regierung)

Aus **Zürich** wurde über die Gentrifizierung des Districts No. 4/5 berichtet. Auch die Stadt Zürich orientiert sich an dem Leitbild der „global city“ mit ihren Hochhäusern und dem Beispiel Dubai als deren Innbegriff, ein Paradies - aber nicht für alle. Der District No. 4/5 ist die classic working class neighbourhood im Zentrum der Stadt, die Neufrankenstreet/Centralstation/Maag-area, das Hardturmstadion. Die Vertreterin der Initiative gegen Gentrifizierung sprach von einer Struktur die „it's really democratic“ und meinte damit den informellen Sektor, Prostitution u.ä..... Mit dem Projekt „new central station“ beginnt die klassische Verdrängung.

Veränderungen beginnen immer in der Nachbarschaft....

Aus Berlin wurde über die Aufwertung der Innenstadtbezirke und aktuell über die Kämpfe gegen Mieterhöhung, Zwangsumzüge, das Bethanien und MediaSpreeverken berichtet.

Am Sonnabend, den 20. September fand dann in Enskiftesthagen die Versammlung städtischer Bewegungen statt. Die Diskussion spielte im Zirkuszelt unter dem Geräusch von Regen und mit technisch schwieriger Übersetzung über einen Radiosender, der permanent gestört war, gleichzeitig sah man die ehrenamtlich arbeitenden ÜbersetzerInnen und konnte sie doch schlecht hören. Für eine in-doorübersetzung waren es zu viele Teilnehmerinnen, die aufkommende klammernde Feuchtigkeit und das nervende Geräusch permanenter Störung im Radio trugen vielleicht noch das ihrige für die Stimmung im Zelt bei, die davon bestimmt war, den Druck aufgrund der täglichen Erfahrungen in städtischen Kämpfen zu spüren und nun hier die Chance zu haben, verbindlich gemeinsame Absprachen zu treffen. So verwundert es nicht, dass mit viel Leidenschaft ob der eigenen Vorstellungen diskutiert wurde. Aber wie sollten wir all diese wichtigen Dinge diskutieren? Es fing, wie häufig mit der Formfrage an. Eine der Moderatorinnen schlug die Arbeit in Kleingruppen vor, worauf ihr die Vertreterin eine scheinbar starken französischen Initiative sofort widersprach und auch keinen Zweifel duldete, sie hatte anscheinend einen konkreten Plan, wollte den durchsetzen und war auch nicht wirklich neugierig. Ihr französischer Kollege bekräftigte die Dringlichkeit des sofortigen gemeinsamen Handelns damit, dass sie in der nächsten Woche einen Termin beim Minister hätten. Worüber sie da ernsthaft verhandeln würden, blieb unklar. Scheinbar wollte man mit der „Versammlung städtischer Bewegungen aus Malmö“ auffahren. Ob der Termin mehr zur Legitimation der Politik des Ministers dienen würde und was denn diese

würde und was denn diese Versammlung städtischer Bewegungen wirklich mitzugeben hätte, blieb ebenso im Raum des Zirkuszelt hängen, wie die Luft, die beim Ausatmen langsam Nebel bildete.

Aber mit ähnlicher Geschwindigkeit, wie der Postneoliberalismus auf jeden Protest aufspringt und ihn zu seinen eigenen Zielen erklärt, ließ sich auch die Gruppe, die irgendwie eine Versammlung der städtischen Bewegung darstellte, nicht zügeln und machte jetzt einfach ihr's. Jeder sprach, wozu er nicht gefragt wurde und es kam ein Kaleidoskop zutage, dass von keinem Postneoliberalismus zu integrieren wäre...hören wir kurz rein in die Diskussion....

aus Russland....

„Am 24. und 25. Oktober finden in Russland landesweit Aktionen statt. Es geht um verschiedene Kämpfe gegen Eigentümer, Schulden, Tarife. Vertreter aller Gruppen werden gemeinsam Aktionen durchführen und ihrer Forderung nach Änderung der Sozialpolitik durch die Regierung damit Ausdruck verleihen. Gibt es eine Wohnungsbewegung, so wie in Russland auch in Westeuropa? Das Recht auf eine Wohnung soll in Russland durchgesetzt werden und in die Sozialcharta einfließen. Dazu erhofft man sich von Westeuropa Unterstützung.“

aus der Türkei....

„was können wir kurz- oder mittelfristig tun? In Russland, der Schweiz, Spanien finden Kämpfe gegen die Transformationsprozesse statt. In der Türkei sollte man davon wissen, damit auch die eigenen Kämpfe mehr Sinn erhalten. Auch wollen wir andere Aktionsformen finden, als vor der Botschaft zu demonstrieren.“

....., z. B. interne Lobbymöglichkeiten, wie die UNO oder der europäische Gerichtshof. Wir müssen Möglichkeiten finden, wie wir Druck ausüben können, ein Reservoir aufbauen, aus dem wir schöpfen können, z.B. die Zusammenarbeit mit Architekten und Parlament....“

„...Netzwerke und Kommunikation stützt unsere Arbeit, z.B. habe ich vom Kampf in Russland erst vor einem Tag erfahren, auch Frankreich und Japan ist nicht überall bekannt...“

„...wir müssen die Kontakte auf einer permanenten Basis aufbauen, ein gemeinsames Problem, was städtischer Raum und das Recht auf Wohnen betrifft...“

aus Athen....

„die neoliberalen Attacken auf den städtischen Raum können sehr unterschiedlich sein; das Spektrum macht es nicht einfach, einen gemeinsamen Standpunkt der Bewegung zu schaffen; oft mangelt es an öffentlichen Mitteln und so entstehen neue Armutszonen von Migranten, Romas, Obdachlosen; von den unterschiedlichen Hintergründen her ist vielleicht die Idee eines Forums auf NGO-Level, Graswurzeln, die lokal arbeiten, vorstellbar. Am 10. Oktober trifft sich inura (international network for urban research and action) in Athen...“

aus London....

„in London wurde ja praktisch der Neoliberalismus erfunden, diese Stadt ist durch und

durch neoliberal, der Finanzsektor hat das absolute Privileg und steht praktisch über allem...Finanzsektoren wachsen, die Industrie schrumpft, neu Finanzzentren sind schon geplant... und dann die komplette Privatisierung des öffentlichen Raumes in London, es gibt praktisch nichts mehr, das der Stadt gehört; die individualisierte Gesellschaft ist in einer schwierigen Lage, es gibt diese große Fragmentierung, Leute befassen sich nicht mehr mit Politik, es ist keiner zu erreichen...im Londoner Sozialforum sind kleine Organisationen über das Internet vernetzt, auch international können wir uns über das Internet vernetzen...“

„...aber vielleicht soll es doch auch eine Sammelstelle der Sammelstelle geben, um den Kampf durchzuführen; aber nicht nur darum, sondern auch, um internationale Aktionen durchzuführen, Lobbyaktionen, die Druck ausüben, die Versammlung der Bewohner und Betroffenen in einer Form...aber natürlich auch die Frage der Mittel, wer findet Geld und organisiert das alles?“

„...ja Netzwerke sind nötig, in Afrika, Asien, Lateinamerika gibt es bereits starke Netzwerke als Habitat international, aber sie zum funktionieren zu bringen; wir brauchen einen permanent offenen Raum...“

aus Frankreich....

„wir müssen eine Etappe des Widerstandes leisten, mehr um den Kampf kümmern; es gibt internationale Netzwerke, das ist ein Fakt, sind wir bereit, auf eine höhere Etappe überzuwechseln?...“

„sind wir jetzt bereits dabei auf eine höhere Ebene zu wechseln, das Netzwerk der Netzwerke? Vielleicht sollen wir uns erst mal unsere Suche mitteilen, unsere Wege, Kämpfe, um die Solidarität zu vertiefen... als Forum für Wohnrechte und Landrechte...muss sich jemand kümmern“

aus Russland....

„die Kämpfe um das Wohnrecht sind bei uns Kämpfe auf der untersten Basis, damit wollen wir Einfluss auf eine Massenbewegung nehmen; es ist schon schwer Netzwerke in einer Region aufzubauen, geschweige in einem Land... schön wäre es, Verbindungen von Basisorganisationen aufzubauen! Aber wir brauchen ein Sekretariat, das sich um alles kümmert, eine AG, die Geld und Mittel auftreibt“

Und so vertrieb die Diskussion die Kälte, machte die technischen Unzulänglichkeiten zur Nebensache und gespannt lauschten alle auf die nächste Wortmeldung, auf der Stirn die Frage „Wofür wollen wir eintreten?“ worin wollen wir unsere Kraft stecken, in die Koordination der gemeinsamen Organisation mit einem Zentralkomitee oder in die Vernetzung ...

Ein Stadtforscher, der die ganze Zeit geschwiegen hatte, fand, „...sie sind noch nicht soweit, so wird das nichts“ und eine Aktivistin verließ vor Ende die Diskussion, ohne die Antwort abzuwarten, um zur Demo zu gehen. Da trafen sich 20 Tausend Menschen in den engen Straßen von Malmö....Wo waren die bloß alle auf einmal hergekommen?

Jürgen Wagner

Kriegsbündnis NATO:

Militärischer Garant westlicher Vorherrschaft in einer brüchig werdenden Weltordnung

Die NATO war – und ist bis heute – eine Militärallianz, deren Hauptzweck die Durchsetzung der Interessen ihrer (wichtigsten) Mitgliedsstaaten darstellt. Ging es zur Zeit des Kalten Krieges darum, die Sowjetunion zu besiegen, wollen die in der NATO vereinten Führungsmächte des kapitalistischen Systems nun ihre Vorherrschaft im internationalen System unter allen Umständen aufrecht erhalten. Doch diese Weltordnung weist nicht erst seit der jüngsten Finanzkrise unverkennbare Krisentendenzen auf und wird zunehmend brüchig.

Einerseits produziert das neoliberale Wirtschaftssystem immer häufigere Armutskonflikte, die "befriedet" werden müssen, um letztlich dessen Stabilität zu garantieren. Andererseits schwindet nicht nur in der sog. Dritten Welt die Akzeptanz, sich eben jener Weltordnung bedingungslos zu unterwerfen. Neue Staaten (oder, je nach Sichtweise: "Rivalen") sind auf den Plan getreten, die die wesentliche Dominanz mittlerweile teils offen in Frage stellen.

Angesichts dieser "Herausforderung" scheinen sich derzeit die – zweifellos vorhandenen – Interessensunterschiede innerhalb des kapitalistischen Blocks zugunsten einer erneuten Frontstellung einzuebnen ("The West against the Rest"). Spätestens mit der Wahl des neuen US-Präsidenten Barack Obama zeichnet sich eine "Neue Transatlantische Partnerschaft" ab, deren Kitt das Bestreben ist, die westliche Dominanz aufrecht zu erhalten und die ihren institutionellen Niederschlag in einer vitalisierten NATO findet.

Die Blaupause für eine Runderneuerung der NATO liegt bereits auf dem Tisch. Im Januar 2008 veröffentlichten fünf ehemalige hochrangige NATO-Generäle, unter ihnen der Ex-Chef des NATO-Militärausschusses Klaus Naumann, eine Studie (Toward a Grand Strategy in an Uncertain World), in der sich alles finden lässt, was das Militaristenherz begehrt: atomare Präventivschläge, Drohungen gegen rohstoffreiche Länder, Interventionen ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates, etc. Die Begründung lieferten die Strategen gleich mit: "Womit sich die westlichen Verbündeten konfrontiert sehen, ist eine lang anhaltende, proaktive Verteidigung ihrer Gesellschaften und ihrer Lebensart. Hierfür müssen sie die Risiken auf Distanz halten und gleichzeitig ihr Heimatland (homeland) beschützen." [1]

Militärischer Neoliberalismus

Bei der neoliberalen Globalisierung handelt es um die gezielte Umsetzung einer Strategie, die auf eine maximale Durchsetzung der Marktkräfte setzt. Als wesentliche Mittel hierfür fungieren Privatisierung, Deregulierung, Abbau staatlicher Sozialleistungen, Öffnung der Märkte bzw. Freihandel etc. Zwar ist hinreichend bekannt, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt hat, dennoch wird an dieser Strategie auf beiden Seiten des Atlantiks unbeirrt festgehalten.

Die Tatsache jedoch, dass hierdurch die fortgesetzte Verarmung der sog. Dritten Welt zugunsten westlicher Konzerninteressen billigend in Kauf genommen wird, hat enormen Einfluss auf die Frage von Krieg und Frieden in der Welt. Denn entgegen dem gängigen Mediendiskurs sind nicht Habgier, ethnische bzw. religiöse Konflikte o.ä. der ausschlaggebende Faktor für den Ausbruch von Bürgerkriegen, sondern Armut, wie selbst Studien der Weltbank einräumen. Der Politikwissenschaftler Michael Brzoska fasst den diesbezüglichen Stand der wissenschaftlichen Debatte folgendermaßen zusammen: "*Dabei ist in der Kriegersachenforschung unumstritten, dass Armut der wichtigste Faktor für Kriege ist. Armut steht als Indikator für wirtschaftliche als auch für soziale Benachteiligung, bis hin zum Mangel an Möglichkeiten, das eigene Leben in Würde zu gestalten. Die Kriege der Zukunft werden immer häufiger Kriege um Wohlstand und Würde sein – und zumindest jenen, die sie betreiben, rational erscheinen.*" [2]

Vor diesem Hintergrund ergibt sich aus Sicht der NATO-Staaten die zwingende Notwendigkeit, immer häufiger zur "Befriedung" dieser Konflikte auf militärische Gewalt zurückzugreifen, um den Dampfkesel der Globalisierungskonflikte halbwegs unter Kontrolle zu halten, da sie nicht beabsichtigen, an den zugrunde liegenden Ausbeutungsstrukturen irgend etwas zu verändern. Birgit Mahnkopf schreibt hierzu: "*Mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, den die NATO [...] Anfang der 90er Jahre vorgenommen hat, wurde der Nord-Süd-Konflikt, der zweifellos viel mit fehlender globaler Gerechtigkeit und wachsender globaler Ungleichheit der Lebenschancen zu tun hat, als ein 'globales Sicherheitsproblem' re-interpretiert. [...] Die Mächte der kapitalistischen Ordnung versuchen die*

Unordnung, die in der Reproduktionsstruktur des globalen Systems vor allem durch die Ökonomie erzeugt und durch den Markt externalisiert wird, unter Einsatz politischer und militärischer Macht zu beseitigen." [3]

Um nur ein aktuelles Beispiel zu nennen, wie diese Kausalkette funktioniert: Als Somalia in den 80er Jahren durch Struktur-anpassungsprogramme des IWF zur Übernahme neoliberaler Politiken gezwungen wurde, brach der Staat in der Folge zusammen. Staatsangestellte konnten nicht mehr entlohnt werden, weshalb u.a. die Küstenwache entlassen wurde. Dies hatte zur Folge, dass europäische Fischfangflotten die Region leerfischten und den somalischen Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Aus diesen zwei Gruppen – ehemalige Angestellte der Küstenwache und verarmte Fischer – setzt sich ein Großteil der nun in den Blick der Öffentlichkeit geratenen Piraten zusammen, die am Horn von Afrika Schiffe aufbringen (und damit aus NATO-Sicht den freien Warenverkehr gefährden). Anstatt aber die Ursachen des Phänomens anzugehen, entsendete die NATO jüngst Kriegsschiffe der Standing Maritime Group 2 in die Region, um das Problem wortwörtlich zu bekämpfen. [4]

So fungiert die NATO letztlich als Mängelmanager eines völlig diskreditierten und zutiefst ungerechten Systems, indem sie in letzter Instanz für die Aufrechterhaltung bestehender Ausbeutungsstrukturen bürgt. Gerade im Afghanistan-Krieg werden die Fähigkeiten zur "Stabilisierung" gescheiterter Staaten getestet und verbessert sowie Strategien zur Aufstandsbekämpfung verfeinert.

Afghanistan: Besatzung und Zivilmilitärische Aufstandsbekämpfung

Seit die NATO im Jahr 2006 auch im umkämpften Süden und Osten agiert und dort offensiv gegen den afghanischen Widerstand vorgeht, ist eine dramatische Eskalationsspirale in Gang gesetzt worden. Aus diesem Grund entsendet das Bündnis immer mehr Truppen an den Hindukusch: ihre Zahl ist von ursprünglich 5.000 auf mittlerweile 50.700 angewachsen. Von der vollmundig angepriesenen "Friedens- und Wiederaufbaumission" ist nichts mehr übrig geblieben, wie selbst die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik feststellt: "*In ganz Afghanistan hat sich die ISAF-Mission seit 2006 von einer reinen*

Stabilisierungsoperation zu einem Einsatz mit dem Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung entwickelt."[5]

Dennoch befindet sich der Widerstand auf dem Vormarsch, weshalb die NATO an Konzepten feilt, wie sie die Aufstandsbekämpfung effektiver gestalten kann. Die Kernidee in diesem Zusammenhang ist der so genannte "Comprehensive Approach", der in seiner deutschen Variante unter dem Titel "vernetzte Sicherheit" daherkommt. Gerade die jüngsten Erfahrungen im Irak und in Afghanistan haben in den Eilten zu der Erkenntnis geführt, dass solche quasi-kolonialen Besatzungseinsätze die Kompetenzen des Militärs weit übersteigen. Denn für eine erfolgreiche "Stabilisierung" (sprich: Kontrolle) werden darüber hinaus zivile Kapazitäten benötigt: Juristen, Ingenieure, Verwalter, Brunnenbauer, etc.

Die zentrale Idee des Comprehensive Approaches ist es, diese Kompetenzen über die "Zivil-militärische Zusammenarbeit" (CIMIC) für die Umsetzung militärischer Ziele nutzbar zu machen. Was man sich darunter vorzustellen hat, erläutert Daniel Fried, Staatssekretär für Europäische und Eurasische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium: "Viele der neuen Kapazitäten werden gegenwärtig in Afghanistan getestet – dort lernen wir auch, wie zivile und militärische Anstrengungen besser integriert werden können. Mit jedem Monat lernen wir mehr darüber, was im 21. Jahrhundert für eine Aufstandsbekämpfung erforderlich ist – ein kombinierter zivil-militärischer Ansatz, bei dem Soldaten Seite an Seite mit Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizeitrainern agieren."[6]

Konkret funktioniert dies in Afghanistan über 26 "Regionale Wiederaufbauteams" (PRTs), Einheiten, die sich sowohl aus Militärs als auch Zivilisten zusammensetzen. Dementsprechend umfasst ihr Auftrag nicht nur die Herstellung eines "sicheren Umfelds", sondern auch Wiederaufbaumaßnahmen. Überspitzt formuliert können diese PRTs also in einem Gebiet morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags bombardieren und abends eine Schule aufbauen. Ein Beitrag im Small Wars Journal (August 2008) mit dem bezeichnenden Titel "Die Integration von Spezialeinheiten und USAID in Afghanistan" beschreibt präzise, auf welche Weise die US-Entwicklungshilfeagentur dort einen direkten Beitrag zur Aufstandsbekämpfung leistet. Sie vergibt gezielt Gelder als "Belohnung für Gemeinden, die Aufständische hinausgeworfen haben" und zur "Stärkung der örtlichen Bereitschaft und der Fähigkeiten, sich den Aufständischen zu widersetzen." Weiter gehe es für USAID darum, die "Aufständischen von der Bevölkerung zu isolieren." Der Beitrag endet folgerichtig mit dem Fazit: "Die Entwick-

lungshilfeagenturen müssen die Samthandschuhe ausziehen."[7]

Darüber hinaus versucht das Militär zivile Akteure für Spionagetätigkeiten zu instrumentalisieren. Im Militärsprech klingt dies dann so: "Durch Aufbau und Pflege eines Beziehungsgeflechts zwischen den eingesetzten Streitkräften und den vielfältigen zivilen und nichtstaatlichen Akteuren im Einsatzland werden Informationen gewonnen, die die Streitkräfte zur Vervollständigung des Gesamtbildes nutzen."[8] Selbst die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) erkennt das Problem einer derartigen Einbindung ziviler Akteure: "Die Verquickung staatlicher und nichtstaatlicher Ansätze raubt der zivilen Hilfe zunehmend jene Eigenständigkeit, die sie gerade ihrem nicht-staatlichen Charakter verdankt, und lässt sie als Teil der politisch-militärischen Strategie der in Afghanistan präsenten Staaten erscheinen."[9] Noch deutlicher wurde Caritas International, das in einem Positionspapier kritisiert, dass "die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert."[10]

Aufgrund des hiermit einhergehenden Verlustes der politischen Neutralität lehnt die überwiegende Mehrheit der NGOs diese Zusammenarbeit mit dem Militär – bislang noch – kategorisch ab. Dennoch sind sie nicht mehr in der Lage, sich glaubhaft abzugrenzen, da das Militär – bewusst und erfolgreich – den Eindruck erweckt, Wiederaufbau und Militär seien untrennbar miteinander verwoben. Vor diesem Hintergrund werden alle zivilen Akteure in den Augen des afghanischen Widerstandes zu Kollaborateuren der Besatzer und damit zu legitimen Anschlagzielen. Die Folge ist, dass sich laut dem Afghanistan NGO Safety Office (ANSO) die bewaffneten Angriffe auf NGO-Mitarbeiter im letzten Jahr verdoppelt haben, allein im ersten Quartal 2008 kamen dabei 9 Menschen ums Leben. Das ANSO führt diese Entwicklung vor allem auf den Verlust der politischen Neutralität zurück und prognostiziert eine weitere Verschlechterung der Lage.[11] Schon jetzt haben sich zahlreiche Organisationen explizit mit der Begründung CIMIC verunmögliche ihnen den Verbleib aus Afghanistan zurückgezogen, u.a. Ärzte ohne Grenzen und die Welthungerhilfe.

Ein weiterer Aspekt wird in der gegenwärtigen Debatte um den Krieg in Afghanistan konstant ausgeblendet, nämlich dass Afghanistan im Zuge des (neoliberalen) Wiederaufbaus zu einem Selbstbedienungsladen für westliche Konzerne umfunktioniert wurde. Das Bundesamt für Außenwirtschaft bejubelt auch noch die hierbei führende Rolle Deutschlands: "Ein Erfolg ist die mit Hilfe

der Bundesregierung geschaffene 'Afghan Investment Support Agency - AISA', die Investoren innerhalb von nur einer Woche sämtliche Formalitäten abnimmt, deren Registrierung vornimmt und eine Steuernummer vergibt. [...] Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft und der Schutz von Investoren wurden in die neue afghanische Verfassung aufgenommen; [...] Die Bundesregierung hat im April 2005 ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit Afghanistan gezeichnet. [...] Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land." [12] Der betreffende Satz der afghanischen Verfassung lautet wörtlich: "Der Staat ermuntert und schützt private Kapitalinvestitionen und Unternehmen auf der Basis der Marktwirtschaft und garantiert deren Schutz im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen."[13]

Besagtes Investitionsschutzabkommen beinhaltet u.a. Zollreduzierungen, den 100%igen Firmenbesitz von Ausländern, einen weit reichenden Schutz vor Enteignungen, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren und 100%igen Gewinntransfer ins Ausland.[14] Die lobend erwähnte und von Deutschland ins Leben gerufene "Afghan Investment Support Agency" erweist sich dabei als wichtiger Durchlauferhitzer für westliche Investitionen. Ihren Angaben zufolge haben sich seit 2003 mehr als 6.200 Unternehmen als Investoren registriert. Das bei der Agentur erfasste Investitionsvolumen war Anfang 2008 mit rund 2,4 Mrd. US\$ angegeben worden. Zu den großen ausländischen Investoren zählen u.a.: Siemens, Tobishima Japan, British Petroleum, Air Arabia, Alcatel, Dagrif, Coca-Cola, KPMG, Roshan, Afghan Wireless, Alcatel, Hyatt, Serena Hotels und DHL. Auch deutsche Unternehmen gehen dabei also nicht leer aus.

Zuletzt unterzeichnete Präsident Hamid Karzai im April 2008 die in enger Zusammenarbeit mit der Weltbank erstellte und auf den berüchtigten Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) basierende Afghanistan National Development Strategy (ANDS). Sie schreibt die bisherige "Wiederaufbaupolitik" mitsamt ihren neoliberalen Grundannahmen lückenlos fort. "Die ANDS bleibt weiterhin der These vom liberalen Frieden verpflichtet, die das internationale Afghanistan-Engagement seit der Bonn-Vereinbarung vom Dezember 2001 determiniert. Sie besagt, dass Demokratie und eine freie Marktwirtschaft den inneren politischen Frieden fördern", schreibt Citha Mass, die Afghanistan-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik. [15]

Generell fällt das schreiende Missverhältnis zwischen humanitären und militärischen Ausgaben auf. Allein die USA haben bislang für ihren Krieg in Afghanistan \$172 Mrd. ausgegeben, Deutschland ca. \$3,5 Mrd. Demgegenüber wurden von den seit 2001 zugesagten 25 Mrd. US\$ für Hilfeleistungen für die Bevölkerung bis März 2008 lediglich 15 Mrd. US\$ bereitgestellt.[16] Darüber hinaus sind diese Zahlen mit äußerster Vorsicht zu genießen, kaum etwas von diesem Geld fließt in Maßnahmen zur unmittelbaren Armutsbekämpfung. Dies hängt einmal mit der gebundenen Hilfe zusammen, aber auch damit, dass ein großer Teil der Entwicklungshilfe für Sicherheitsbelange regelrecht zweckentfremdet wird. So werden z.B. die deutschen Gelder für den Aufbau der afghanischen Polizei dem Einzelplan 23 (BMZ-Haushalt) entnommen - bis 2008 etwa \$135 Mio. Im Ergebnis gab die gesamte internationale Gemeinschaft zwischen 2002 und 2006 lediglich \$433 Mio. Dollar für Gesundheits- und Ernährungsprogramme aus - allein die Kosten für die einjährige Verlängerung des deutschen ISAF-Einsatzes belaufen sich demgegenüber auf ca. \$680 Mio. - Tendenz steigend. Die Folgen dieser neoliberalen "Wiederaufbaupolitik" sind verheerend: Laut neuestem UNDP-Länderbericht hat sich die humanitäre Lage seit Beginn des NATO-Einsatzes sogar weiter verschlechtert: 61% der Bevölkerung sind chronisch unterernährt, 68% verfügen über keinen Zugang zu Trinkwasser.[17]

Vor dem Hintergrund dieser westlichen Kriegs- und Besatzungspraxis sehen immer größere Teile der afghanischen Bevölkerung in den westlichen Truppen keine Wohltäter, sondern Okkupanten. Mehr und mehr sind auch bereit, sich mit Waffengewalt gegen die Besatzungstruppen zur Wehr zu setzen. Dabei wäre es grob verkürzt, den wachsenden Widerstand pauschal als fundamentalistisch motiviert abzuqualifizieren - die Wirklichkeit ist komplexer. Selbst die der US-Luftwaffe zuarbeitende RAND Corporation kommt zu dem Ergebnis, lediglich 20% der Aufständischen seien ideologisch den Taliban zuzuordnen.[18]

Trotz dieser fatalen Resultate geht man im NATO Rahmen dazu über, den Comprehensive Approach institutionell dauerhaft zu verankern und als Doktrin für sämtliche Einsätze zu etablieren. So kündigte die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Bukarest an, man habe einen Aktionsplan für die "effektive Implementierung des Comprehensive Approach" verabschiedet. Da dieses Dokument aber geheim ist, nicht einmal Parlamentarier bekommen es zu Gesicht, kann man nur spekulieren, was es konkret beinhaltet. Kursierende Vorschläge verheißen nichts Gutes. So schlägt die SWP die Bildung eines eigenen CIMIC-

Oberkommandos der NATO vor. In einer anderen Studie mit dem bezeichnenden Titel "Aufstandsbekämpfung als Auftrag" plädiert die Denkfabrik für die Bildung einer strategischen Planungseinheit im Auswärtigen Amt: "Ihre Aufgabe wäre es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung zusammenzuführen. [...] Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame zivil-militärische Strategie für alle laufenden Auslandseinsätze erarbeiten und realisieren." Vor Ort soll es dann gleichzeitig zur Dauerintegration ziviler staatlicher Akteure unter die Fuchtel des Militärs kommen: "Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern." [19]

Rüsten für Rohstoffkriege

Öl und Gas sind die Schmiermittel des kapitalistischen Systems - und werden es zumindest mittelfristig auch bleiben. Daniel Yergin schrieb über die Bedeutung von Öl (und damit auch von Gas) für moderne Industriegesellschaften: "Die Kontrolle des Öls oder zumindest der Zugang zu ihm, war immer ein großes strategisches Ziel. Das Öl erlaubt den Nationen, Besitz anzusammeln, ihre Wirtschaft anzutreiben, Güter zu produzieren und zu verkaufen, Waffen zu kaufen oder herzustellen, Kriege zu gewinnen." [20]

In Zeiten rapide sinkender Vorkommen bei gleichzeitig stark ansteigendem Verbrauch ist es aus Sicht der NATO-Strategen erforderlich, möglichst große Teile der verbliebenen Energievorkommen - notfalls mit militärischer Gewalt - unter Kontrolle zu bekommen. In der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Riga (November 2006) wurde erstmals direkt davor gewarnt, dass "die Sicherheitsinteressen der Allianz durch eine Unterbrechung der Versorgung mit vitalen Ressourcen betroffen werden können." Aus diesem Grund rückt die militärische Rohstoffsicherung immer weiter ins Zentrum der Strategie- und Einsatzplanung. So übt die NATO bereits Einsätze in energiereichen Ländern, etwa bei einem Manöver der schnellen NATO-Eingreiftruppe (NRF) das Mitte 2006 auf den Kapverdischen Inseln in unmittelbarer Nähe der westafrikanischen Küste stattfand. In der Region lagern große Ölvorkommen, weshalb die Übung "Steadfast Jaguar" offen darauf abzielte, bei einem anti-westlichen Putsch auf einer der dortigen Inseln, deren "Rückeroberung" zu proben.[21]

Ganz offen wird im Hausblatt der Allianz, dem "NATO-Review", ein ganzes Bündel von Fällen beschrieben, in denen das Bünd-

nis militärisch aktiv werden müsse: "Da so viele der führenden Öl- und Gasförderländer mit politischer Instabilität konfrontiert sind, ergeben sich mehrere Szenarien für eine militärische Intervention, bei der die NATO einen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung leisten könnte. [...] Das neue Sicherheitsumfeld bedeutet, dass Interventionen in Ölförderländern, Marineaktivitäten entlang strategisch wichtigen Meeren und Terrorabwehroperationen gegen Öl-Dschihadisten, welche die Weltwirtschaft durch Angriffe auf unsere Energieversorgung lahm legen wollen, nahezu vorprogrammiert sind. Keins der Probleme, denen sich die internationale Energiewirtschaft gegenüber sieht, ist vorübergehender Art, und die Herausforderung hinsichtlich der Sicherheit der Energieversorgung wird im Laufe der Zeit wahrscheinlich nur noch weiter zunehmen." [22]

Die Konturen des Neuen Kalten Krieges

Das Bestreben den Großteil der Weltenergieversorgung zu kontrollieren zielt vor allem auch darauf ab, potenziellen Rivalen wie China im Konfliktfall buchstäblich den Saft abdrehen zu können. Zudem wollen die NATO-Staaten Russlands Versuche konterkarieren, via seines Rohstoffreichtums seinen Wiederaufstieg als Weltmacht zu bewerkstelligen. Vor diesem Hintergrund drohen die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Rohstoffvorkommen und deren Transportwege im schlimmsten Fall zum Ausgangspunkt für eine neuerliche Blockbildung im internationalen System zu werden - dem derzeit häufig erwähnten Neuen Kalten Krieg zwischen den USA und der EU auf der einen sowie Russland und China auf der anderen Seite.

Wie konkret ein solches Konfrontationsszenario bereits antizipiert wird, zeigt eine vom Bundeskanzleramt bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Auftrag gegebene Studie zur Energiesicherheit Deutschlands im Jahre 2050. Dort wird gleich zu Anfang folgendes Szenario beschrieben:

"Berlin im Winter 2050: Die Bundesregierung sieht sich gezwungen, bei der Europäischen Energieagentur in Brüssel eine Vergrößerung des deutschen Energiebudgets noch im laufenden Zuteilungsjahr einzufordern. Erkältungswellen und Grippeepidemien als Folgen der durch die Energie- und Wärmerationalisierungen verursachten unzureichenden Heizmöglichkeiten [drohen] eine bisher einmalige Staatskrise der Bundesrepublik Deutschland zu verursachen [und] haben die Regierung zu diesem Schritt bewogen. Dabei nimmt sie das Risiko in Kauf, den zwischen der Europäischen Union und der Chinesisch-Russischen Föderation im Jahr 2045 nach einer drohenden bewaffneten Auseinandersetzung erziel-

ten Ressourcenpakt indirekt in Frage zu stellen." [23]

Innerhalb der NATO scheint sich allmählich ein Konsens herauszubilden, die Allianz auch im Energiebereich gegen Russland (und China) in Stellung zu bringen. Geradezu alarmiert reagierte man im Bündnis auf die Pläne Russland, ein Gas-Kartell bilden zu wollen, mit dem die Energieproduzenten mehr (machtpolitischen) Einfluss auf die Konsumenten erhalten könnten. Daraufhin versendete der Wirtschaftsausschuss der Allianz Mitte November 2006 im unmittelbaren Vorfeld des NATO-Gipfels in Riga an alle Mitgliedstaaten einen Expertenbericht, der angab, Russland strebe ein internationales Erdgaskartell nach OPEC-Muster mit dem Ziel an, Energielieferungen als politisches Druckmittel einzusetzen und stufte dies explizit als Bedrohung ein. [24] Kurz danach ging der einflussreiche US-Senator Richard Lugar beim NATO-Gipfel Ende November 2006 buchstäblich in die Offensive und schlug die Bildung einer "Energie-NATO" vor: *"Wir hoffen, dass Energiekartelle nicht gebildet werden, um die verfügbare Versorgung zu begrenzen und den Markt zu manipulieren. [...] In den worst-case-Szenarien werden Öl und Gas die Währung, mit der die energiereichen Staaten ihre Interessen gegenüber importabhängigen durchsetzen. Die offene Verwendung von Energie als Waffe ist keine theoretische Gefahr in der Zukunft - dies passiert schon heute. Der Iran drohte bestimmten Staaten wiederholt damit, seine Öllieferungen einzustellen, falls ökonomische Sanktionen wegen seines Urananreicherungsprogramms gegen ihn verhängt würden. Russlands Einstellung der Energielieferungen an die Ukraine zeigten, wie verführerisch die Verwendung von Energie zur Erreichung politischer Ziele ist und unterstrich die Verletzbarkeit der Konsumenten. [...] Die Allianz muss anerkennen, dass die Verteidigung gegen solche Angriffe unter Artikel fünf fällt. [...] Wir sollten anerkennen, dass es kaum einen Unterschied dazwischen gibt, ob ein NATO-Mitglied dazu gezwungen wird, einer ausländischen Erpressung aufgrund der Einstellung der Energieversorgung nachzugeben und einem Mitglied, dass sich einer militärischen Blockade oder einer militärischen Demonstrationen an seinen Grenzen gegenüber sieht."* [25]

Russland wiederum reagiert hierauf, indem es die "Shanghaier Vertragsorganisation" (Shanghai Cooperation Organization, SCO), eine Art "Anti-NATO", in der u.a. auch China Mitglied ist, massiv aufwertet. Dies geschieht etwa über die Ankündigung, künftig auch Energiefragen in diesem Bündnis, das mittlerweile auch gemeinsame Militärmanöver veranstaltet, erörtern zu wollen. Nachdem der Iran bereits Beobachterstatus erhalten und inzwischen – ebenso wie Pakistan – eine Vollmitgliedschaft beantragt

hat, könnten sich hier die ersten Konturen einer erneuten Blockkonfrontation abzeichnen. So könnte die SCO durchaus der Nukleus einer "OPEC mit Bomben" sein, einer Allianz zwischen energiereichen OPEC-Staaten und dem atomaren und konventionellen Militärpotenzial Russlands und Chinas, wie westliche Strategen warnen.

Auch der Georgienkrieg spielt in diesem Kontext eine Rolle. Denn eine zentrale Pipeline (Nabucco), mit der die Europäische Union die Abhängigkeit von russischem Gas reduzieren will, soll über Georgien verlaufen, weshalb die Kontrolle des Landes für beide Seiten von immenser geostrategischer Bedeutung ist. Die Ende Oktober 2008 erfolgte Ankündigung der drei größten Weltgasversorger Russland, Iran und Katar, eine Gas-Opec gründen zu wollen sowie die darauf hin erfolgten scharfen Reaktionen zahlreicher NATO-Länder deuten zusätzlich darauf hin, dass schwere Konflikte bevorstehen könnten. So eröffnete Kurt Grillo, Leiter des BDI-Ausschusses "Rohstoffpolitik", seine Rede auf dem zweiten BDI-Rohstoffkongress am 20. März 2007 mit folgenden Worten: *"Herzlich Willkommen zu Beginn des 'Zweiten Kalten Krieges', dem 'Kampf um Rohstoffe'. Diese und ähnlich dramatische Begriffe prägen zunehmend die Diskussion um unsere Rohstoffversorgung und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sind es längst nicht mehr nur reißerische Schlagzeilen in den Medien."* [26]

Barack Obama und die Vitalisierung der NATO

Nach den teils heftigen transatlantischen Konflikten während der Amtszeit George W. Bushs scheint sich nun unter dem neuen US-Präsidenten Barack Obama eine Kehrtwende abzuzeichnen. Denn aufgrund ihrer schweren wirtschaftlichen Probleme sind die Vereinigten Staaten dringend darauf angewiesen, die Lasten für die Aufrechterhaltung der westlich dominierten Weltordnung auf mehr Schultern zu verteilen. Die Europäische Union, die ebenso von diesem System profitiert wie die Vereinigten Staaten, ist hierfür der natürliche Adressat.

Dies erfordert jedoch von den USA, künftig auf allzu krasse Alleingänge wie sie unter Bush üblich waren zu verzichten und die Europäische Union als machtpolitischen Akteur auf gleicher Augenhöhe zu akzeptieren. Für eine solche *"Neue Transatlantische Partnerschaft"* ist der in Europa extrem beliebte Barack Obama die Idealbesetzung. Schon fordert er von den EU-Verbündeten mehr Truppen für den Afghanistan-Krieg. Der Umgang mit dem "Chaos in der Welt", den Folgeerscheinungen der kapitalistischen Globalisierung, sowie das Bestreben, die aufkommenden Mächte Russland und China auf die Plätze zu verweisen, könnte dabei

der Kitt und die NATO das ausführende Organ dieser Neuen Transatlantische Partnerschaft sein.

Anmerkungen:

- [1] Naumann, Klaus/Shalikashvili, John/Lord Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, URL: [http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat\(b\).pdf](http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat(b).pdf) (21.01.2008). Eine genaue Analyse des Papiers findet sich bei Wagner, Jürgen: Der NATO-Gipfel in Bukarest: Runderneuerung zum Kriegs- und Besatzungsbündnis, in: AUSDRUCK (August 2008).
- [2] Brzoska, Michael: Wie werden wir die nächsten hundert Jahre überleben?, Zeit Online, 17.08.2006; vgl. auch Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report 2003; Congressional Budget Office: Enhancing US Security Through Foreign Aid, Washington, DC, April 1994, S. 5. UN Millennium Project: Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals. New York 2005, URL: <http://www.who.int/hdp/publications/4b.pdf> (10.04.2008), S. 8; Steward, Frances u.a.: Horizontal Inequalities and Conflict: Understanding Group Violence in Multiethnic, Palgrave 2008. Vgl. für eine hervorragende Literaturübersicht Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008, S. 36ff.
- [3] Mahnkopf, Birgit: Neoliberale Globalisierung und Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2004, S. 47-57.
- [4] Vgl. Pflüger, Tobias: Gefährliche Gewässer, Junge Welt, 23.10.2008.
- [5] Noetzel, Timo/Zapfe, Martin: Aufstands-bekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie 2008/S 13, Mai 2008, S. 15.
- [6] Fried, Daniel: NATO: Enlargement and Effectiveness, Testimony Before the Senate Committee on Foreign Relations, Washington, DC, March 11, 2008.
- [7] Mann, Sloan: The Integration of Special Operation Forces and USAID in Afghanistan, in: Small Wars Journal August 2008, URL: <http://smallwarsjournal.com/documents/79-mann.pdf> (09.09.2008).
- [8] Baumgard, Frank: Zivil-Militärische Zusammenarbeit in der Bundeswehr, in: Wehrtechnik V/2008, 96-105, S. 98.
- [9] Hoffmann, Claudia: Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan, in: Schmidt 2008, S. 49-55, S. 49.
- [10] Caritas fordert Strategiewechsel für Afghanistan, 10. Juni 2008.
- [11] Afghanistan NGO Safety Office, ANSO Quarterly Data Report (Q.1-2008), URL: http://www.humansecuritygateway.info/documents/ANSO_quarterlydatareport_Jan-March2008.pdf (08.09.2008).

[12] Bundesamt für Außenwirtschaft: Wirtschaftsentwicklung 2006, 27.11.2006, URL: <http://tinyurl.com/43m65p> (08.09.2008).

[13] Official Afghan Constitution, Artikel 10, URL: <http://arabic.cnn.com/afghanistan/ConstitutionAfghanistan.pdf> (08.09.2008).

[14] Vgl. Baraki, Matin: Afghanistan nach den Taliban, in: APuZ, Nr. 48 / 22.11.2004. Schon bevor Deutschland das Abkommen forcierte, hat das afghanische Parlament ein entsprechendes Gesetz erlassen: "Im September 2002 ratifizierte die afghanische Regierung das law on domestic and foreign private investment in Afghanistan, das keine Unterscheidung zwischen ausländischen und inländischen Investitionen macht. Dieses Gesetz ermöglicht 100% ausländische Investitionen, den vollständigen Transfer von Gewinnen und Kapital aus dem Land heraus, internationale Schlichtungsverfahren sowie „stromlinienförmige“ Lizenzverfahren. Auch werden Ausländer, die Kapital nach Afghanistan bringen, für vier bis acht Jahre von Steuern befreit." Vgl. Bertelsmann Transformationsindex: Afghanistan, URL: <http://bti2003.bertelsmann-transformation-in->

dex.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/asien_ozeanien/Afghanistan.pdf (10.09.2008).

[15] Maass, Citha D.: A Change of Paradigm in Afghanistan, SWP Comments, June 2008, S. 2.

[16] Vgl. Matt Waldman: Falling Short - Aid Effectiveness in Afghanistan, ACBAR Advocacy Series, Oxfam 2008.

[17] Vgl. Afghanistan Human Development Report 2007 – Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice, UNDP 2007, S. 18-23.

[18] Ahmed, Samina: Are We Learning? Military Engagement - The Taliban, Past and Present, in: Cheryl, Benard u.a.: Afghanistan - State and Society, Great Power Politics, and the Way Ahead Findings from an International Conference, Copenhagen, Denmark, 2007.

[19] Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Januar 2008.

[20] Yergin, Daniel: Der Preis, Frankfurt 1991, S. 964.

[21] Vgl. Wagner, Jürgen: Das neue Objekt der Begierde: Afrikanische Ölkriege und die Rolle des "Westens", in: Z, September 2007.

[22] Christophe Paillard in: Debatte: Sollte die NATO eine bedeutende Rolle hinsichtlich der Sicherheit der Energieversorgung spielen?, in: NATO-Review (Frühjahr 2006).

[23] Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Eine ressortübergreifende Herausforderung, Berlin, Juni 2008. Hervorhebung JW.

[24] Kreimeier, Nils/Wetzel, Hubert: EU und USA zittern vor neuer "Opec", Financial Times Deutschland, 06.03.2007.

[25] Vgl. Energy and NATO, Senator Lugar's keynote speech to the German Marshall Fund conference on Monday, November 27, 2006 in Riga, Latvia, in advance of the NATO Summit.

[26] Die Erwartungen der Industrie an eine strategische Rohstoffpolitik, Rede von Ulrich Grillo, Vorsitzender der BDI-Präsidialgruppe "Internationale Rohstofffragen" am 2. BDI-Rohstoffkongress 20. März 2007.

<http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2008-39.pdf>

Tobias Pflüger

Obama: Friedenspolitisch leider wenig Anlass zu Optimismus

Pressemitteilung 2008/029, Brüssel, den 5.11.2008

Auch wenn - gerade in Europa - viele Hoffnungen mit der Wahl Barack Hussein Obamas zum neuen US-Präsidenten verbunden sind, zeigt jedoch eine genauere Betrachtung, dass gerade aus friedenspolitischer Sicht eher Anlass zu Besorgnis angebracht ist.

Ein Blick auf das Beraterteam des gewählten US-Präsidenten zeigt auf, wohin es unter Barack Obama gehen könnte: Beispiel Wesley Clark: Er war derjenige, der als NATO-Oberbefehlshaber den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien leitete. Samantha Power steht dafür, dass für die gewaltsame Verbreitung von "Demokratie", "Menschenrechten" und freien Märkten jedes militärische Mittel recht ist.

Der frisch gewählte US-Präsident will zusammen mit seinem Vize-Präsidenten auch nach 2010 eine Kerntruppe für bestimmte Aufgaben im Irak belassen: für das Vorge-

hen gegen die Reste von Al-Kaida, den Schutz unserer Dienstleister und Diplomaten, und die Ausbildung und die Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte. Auch deren Umfang hat Obama bereits angedeutet: 30.000 Soldaten! Ist das der von vielen Wähler/innen erhoffte Abzug aus dem Irak?

Gerade was die amerikanisch-russischen Beziehungen angeht, wäre ein "change" dringend nötig, um die sich verschärfenden Konflikte nicht in einen "Neuen Kalten Krieg" abgleiten zu lassen. Doch auch hier kann die Auswahl von Obamas Beratern, insbesondere Zbigniew Brzezinski, alles andere als zuversichtlich stimmen. Zum Georgienkrieg verglich Brzezinski Putins Vorgehen mit der Hitlers und forderte, dass dies nur zu "Ausgrenzung und wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen" führen kann. Wenn Russland diesen Kurs weiterfährt, muss es letztendlich innerhalb der Staatengemeinschaft isoliert werden."

Schließlich steht zu erwarten, dass Obama nicht zuletzt aufgrund der großen wirt-

schaftlichen Schwierigkeiten der USA - von den EU-Ländern einen deutlich größeren militärischen Beitrag zur Aufrechterhaltung der derzeitigen Weltordnung einfordern wird. So will Obama nicht nur den Krieg in Afghanistan auch nach Pakistan ausweiten und etwa 10.000 Soldaten mehr dorthin schicken, sondern er fordert auch von den Verbündeten eine deutlich größere Beteiligung - insbesondere in Afghanistan.

Es deutet sich eine "Neue Transatlantische Partnerschaft" an, die ihre institutionelle Entsprechung in einer revitalisierten NATO finden würde, dafür wäre der in der EU äußerst beliebte Obama geradezu der ideale Kandidat. Die Folge wäre aber lediglich eine Verschiebung der militärischen Beiträge und eine noch militaristischere EU-Außenpolitik. Auf die Freude über die Wahl Obamas in der EU und Deutschland könnte also der große Katzenjammer folgen.

<http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/5301861/>

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: -Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Bestellung per Mail an sig-abogmx.de

Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Florence Proton (Attac Schweiz)

Kurt Tucholsky: Die freie Wirtschaft

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf euren Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein,
wir wollen freie Wirtschaftler sein!
Fort die Gruppen – sei unser Panier!

Na, ihr nicht.
Aber wir.

Ihr braucht keine Heime für eure Lungen,
keine Renten und keine Versicherungen.
Ihr solltet euch allesamt was schämen,
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehn –
wollt ihr wohl auseinandergehn!
Keine Kartelle in unserm Revier!

Ihr nicht.
Aber wir.

Wir bilden bis in die weiteste Ferne
Trusts, Kartelle, Verbände, Konzerne.
Wir stehen neben den Hochofenflammen
in Interessengemeinschaften fest zusammen.
Wir diktieren die Preise und die Verträge –
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.
Gut organisiert sitzen wir hier ...

Ihr nicht.
Aber wir.

Was ihr macht, ist Marxismus.
Nieder damit!
Wir erobern die Macht, Schritt für Schritt.
Niemand stört uns. In guter Ruh
sehnen Regierungssozialisten zu.
Wir wollen euch einzeln. An die Gewehre!
Das ist die neuste Wirtschaftslehre.
Die Forderung ist noch nicht verkündet,
die ein deutscher Professor uns nicht begründet.
In Betrieben wirken für unsere Idee
die Offiziere der alten Armee,
die Stahlhelmlaute, Hitlergarden ...

Ihr, in Kellern und in Mansarden,
merkt ihr nicht, was mit euch gespielt wird?
mit wessen Schweiß der Gewinn erzielt wird?
Komme, was da kommen mag.
Es kommt der Tag,
da ruft der Arbeitspionier:

»Ihr nicht.
Aber Wir. Wir. Wir.«

*Theobald Tiger (also Kurt Tucholsky), Die Weltbühne,
04.03.1930, Nr. 10, S. 351.*

Anm. der SiG-Redaktion: Dieser Text ist nicht zu verwechseln mit der Fälschung, die die Frankfurter Rundschau enthüllt hat: <http://www.fr-onli->

ne.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/feuilleton/1618259_Freiheitlich.html

DGB-Aufruf zur europäischen Demonstration am 16. Dezember 2008 in Straßburg

Mehr Arbeitnehmerrechte in Europa durchsetzen

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und unseren europäischen Schwester-gewerkschaften zu einer Demonstration und Kundgebung am 16. Dezember 2008 in Straßburg am Sitz des Europäischen Parlamentes auf. Das Europäische Parlament wird in dieser Sitzungswoche über die Rechte für Europäische Betriebsräte, die Verschlechterung der europäischen Arbeitszeitregulierung sowie die Mitbestimmung in europäischen Unternehmen entscheiden.

Wir demonstrieren für ein sozialeres Europa. Das bedeutet für uns:

- Vorrang der sozialen Grundrechte vor den wirtschaftlichen Binnenmarktfreiheiten
- bessere Arbeitnehmerrechte in Europa
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort
- Verbot von Lohn- und Sozialdumping
- mehr Rechte der europäischen Betriebsräte und mehr Mitbestimmung in europäischen Unternehmen
- keine Verschlechterung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie
- wirkungsvolle Regulierung der Finanzmärkte

Wir wehren uns gegen eine Politik, die soziale und arbeitsrechtliche Standards in Europa verschlechtert! So höhlen die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofes bestehende Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte aus. Dennoch weigert sich die Europäische Kommission beharrlich, die Entsende-richtlinie zu novellieren. Gleichzeitig startet die EU-Kommission Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte und die Mitbestimmung in den Unternehmen - zuletzt beim VW-Gesetz. Hinzu kommt die geplante Verschlechterung der Arbeitszeitrichtlinie.

Das alles werden die Gewerkschaften in Europa nicht widerspruchslos hinnehmen. Deshalb demonstrieren wir in Straßburg für bessere Arbeitnehmerrechte in Europa.

Ohne soziale Rechte hat Europa keine Zukunft - ohne soziale Rechte hat Europa nicht die Unterstützung der Menschen.

Der DGB organisiert Busfahrten nach Straßburg:
http://www.dgb.de/termine/termindb/termin_single?termid=2655